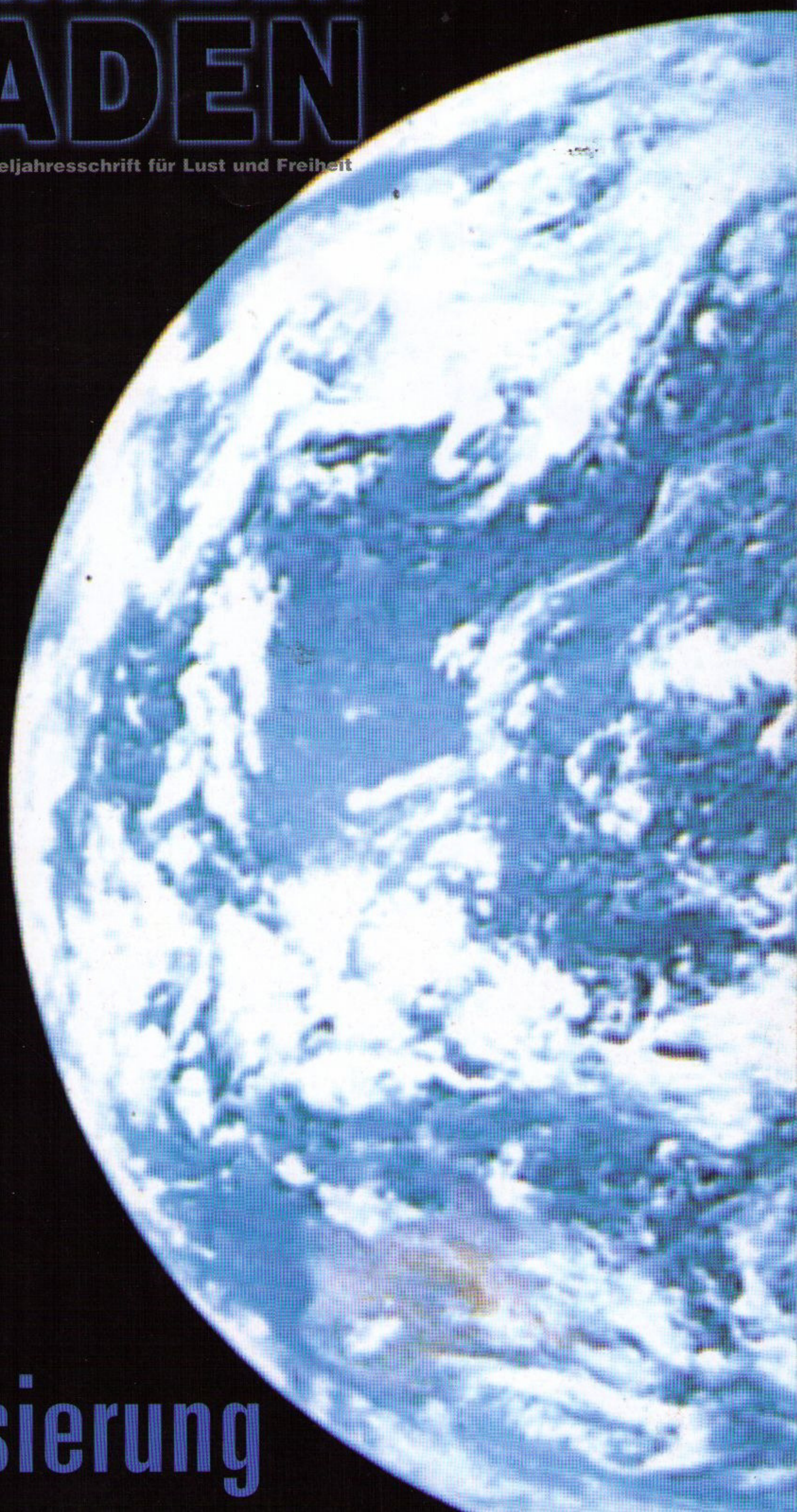
NR.76 24. Jahrgang Frühjahr 2004 4 €

# SCHWARZER FADEN

Vierteljahresschrift für Lust und Freiheit



Beiträge von:

**Noam Chomsky**

**Takis Fotopoulos**

**Michael Wilk**

**Paul Street**

**Michael Moore**

# Globalisierung

# Inhalt



Blühende Landschaft auf dem Mars.

Der Schwarze Faden – Vierteljahresschrift für Lust und Freiheit (erscheint seit Mai 1980) versteht sich als libertäre Zeitschrift zu aktuellen Themen und Diskussionen. Wir bemühen uns darüber hinaus um Beiträge zur Aktualisierung des Anarchismus zur Vertiefung der Patriarchatskritik (Sondernummer Feminismus z.B., Nr.2 noch lieferbar!), zur Kulturkritik, für selbstorganisierte Ansätze aller Art, für Arbeiten und Berichte, die über den deutschen Tellerrand hinausreichen und für das Lebendighalten einer Geschichte von unten. Organisation heißt für uns gegenkulturelle Vernetzung der Projekte, Initiativen, Gruppen und Einzelnen, aber nicht Partei und Stellvertreterpolitik. Mitarbeit in Form von Artikeln, Interviews, Photos etc. ist erwünscht.
ABO: 15,– Euro für 4 Nummern.
Kontakt: SF-Redaktion, PF 1159, 71120 Grafenau,
Tel. 07033/44273,
Artikel bevorzugt als e-mail an:
trotzdemusf@t-online.de
Der Vertrieb der Zeitschrift wird aus Hamburg erfolgen, das Layout wird in Frankfurt erstellt, die Beiträge und Zuschriften, ABObestellungen etc. bitte nach Grafenau bei Stuttgart.

An diese Selbstdarstellung des „alten" Schwarzen Faden wird auch die neue Folge des SF nahtlos anknüpfen. Das Schweigen im Jahr 2003 hatte nichts mit theoretischer Neuorientierung oder Umorientierung zu tun, wir hatten allerdings große Mitarbeiterprobleme und es blieb schlicht keine Zeit für die Fortführung unserer Arbeit.

Ein wenig hat es sicherlich mit den schwieriger gewordenen gesellschaftlichen Verhältnissen zu tun, mensch muss deutlich mehr arbeiten um zu überleben. Die Nischen werden enger und weniger, der Euro tat seinen Dienst, die Teuerungen allüberall sind für alle von uns äußerst spürbar geworden. Natürlich wären wir gern präsent gewesen, um den unnötigen Krieg gegen den Irak zu denunzieren, um den deutschen Militäreinsatz in Afghanistan zu kommentieren, um Bush und Blair, Schröder und Merkel zu beobachten, um uns in die heiße Israel-Palästina-Debatte einzumischen, um die Globalisierungspolitik und die Widerstandsaktionen dagegen (selbst-)kritisch zu begleiten . Wir hätten gern die ersten Schritte des Weltsozialforums dokumentiert und die Reden abgedruckt und verbreitet und wir hätten sehr gern ein paar neue Stimmen kritischer und widerständiger Intelligenz veröffentlicht. Auch ausführliche Nachrufe hätten geschrieben werden müssen, Johannes Agnoli z.B. und Helmut Kirschey sind 2003 verstorben, um nur zwei uns wichtige Menschen zu nennen. Mumia und Leonard Peltier und viele andere politische Gefangene sind immer noch im Knast! Wir hätten uns kulturpolitisch mit dem „Herrn der Ringe" und dem verderblichen Einfluss des „Rings der Macht" auseinandergesetzt. Aber auch mit weniger auffälliger Kulturarbeit wie der Aufführung des Stücks „Shoah" nach dem Trotzdem-Buch „Shoah" von Claude Lanzmann am Theater in St. Gallen/Schweiz oder neuen Straßenaktionen bis hin zu Handy-organisierten Events in Kaufhäusern etc. Es hätte auch Hohn und Spott regnen können über die deutsche Bürgerseele, die einen Herrn Schill aufs Podest hebt, um zu erleben, wie erschreckend gering diese Herrschaften mit Geist ausgestattet sind. Auch ein Herr Stolpe wäre gut weggekommen, selten hat ein Ex-Kirchenmann soviel tolle Kollekte in den Sand gesetzt und das in Zeiten knapper Kassen.

Doch halt, da sind wir bereits beim Mythos. So knapp sind wir nun wahrlich nicht, es wird nur kräftig anders verteilt und das weltweit! Für die Bundeswehr in Afghanistan gibt es genug Geld, für die Bundestagsabgeordneten mehr Diäten und damit sie nicht gar zu sehr unter den Teuerungen leiden, sollten sie sogar von den 10 Euro Krankenkassenbeiträgen pro Vierteljahr ausgenommen werden. Für die Konzerne werden nach wie vor Standortvorteile gesucht und gefunden, das Gehalt der Vorstände muss nicht in die Tarifverhandlungen, der deutsche Export boomt und wer hat nicht den Export für unseren Wohlstand verantwortlich gemacht? Japan ist nicht mehr die übermächtige Konkurrenz vergangener Jahre, die USA schlittert – Bush sei Dank – in eine Überschuldung und Russland verliert durch die EU-Erweiterung wertvolle Absatzgebiete.

### Deutschland in der Krise?

Deutschland trifft Frankreich und Großbritannien, Schröder trifft Bush. Die Türkei erfüllt praktisch keine Auflagen zur Verbesserung der Menschenrechte, aber auf dem Papier sind die Fortschritte festgeschrieben und deshalb fährt Schröder nicht allein, sondern die halbe deutsche Industrie begleitet ihn nach Ankara.

Deutschland streckt sich, nach Osten, Südosten und sogar in den Iran. Die Politik der Grünen und der SPD hat sich längst umorientiert und ihre Stammwählerschaft verraten. Angesichts der Wählerverdrossenheit eigener Stammwähler, sieht die Sozialdemokratie die Notwendigkeit, das soziale Image wieder aufzupolieren. Ein Herr Müntefering sollte kaschieren, was ein Herr Schröder abschaffte: doch der neue soziale Touch hört sich dann recht holprig an: die Schwarzarbeiter sind schuld, dass unser Sozialsystem zusammenkracht (O-Ton Müntefering in Karlsruhe). Das ist ungefähr das gleiche wie: die Arbeitslosen sind schuld, dass unsere Arbeitslosenversicherung gekürzt werden muss oder die Kranken sind schuld, dass die Krankenversicherungen althergebrachte Leistungen verweigern.

Deutschland in der Krise? Sicherlich nicht. Der Sozialstaat in der Krise, ja; der ehemalige sozialdemokratische Konsens „Befriedung der Bevölkerung durch Ruhigstellung und Befriedigung elementarer Bedürfnisse nach Wohnen, Arbeit, Gesundheitsfürsorge" wurde ironischerweise von der SPD selbst unter tatkräftiger Mithilfe der ehemaligen „neuen Linken" („man kann nicht mehr immer das kleinere Übel, SPD, wählen, man muss etwas Neues schaffen!") abgeschafft. Auf gut schwäbisch: „a gmähts Wiesle" für die CDU/CSU – und widerständige Zeiten!

### Unterstützungsmöglichkeiten unseres Neuanfangs:

Finanzen: Damit der Schwarze Faden weiterhin gesichert erscheinen kann, suchen wir UnterstützerInnen. Es gibt aus der Vergangenheit Menschen, die dem Faden monatlich 10.-, 15.- oder 20.- Euro zukommen

ließen und dies auch im Jahr 2003 nicht eingestellt haben. Wir bedanken uns für dieses Vertrauen, dass wir wiederkommen und freuen uns, dass wir es mit dieser Ausgabe 76 tatsächlich geschafft haben.

Wenn sich nun aus dem LeserInnenkreis insgesamt 33 Menschen finden, die uns monatlich 20,– € zukommen lassen können, würde dies die Arbeit an der Zeitschrift und an einer neuen Website vollkommen absichern. Da wir bereits einige UnterstützerInnen haben, – ein spezieller Dank geht hiermit nach Wiesbaden, Dortmund, Frankfurt, Fürth, Thedinghausen, Groß-Umstadt, Paderborn, Detmold, Bremen und Berlin!!!, – brauchen wir nur noch 23. Bitte denkt es durch und wenn ihr den Faden wichtig findet, meldet Euch!

Mitarbeit: natürlich bedeutet ein Jahr Pause automatisch, dass einige Kontakte der Redaktion eingeschlafen sind, dass neu Interessierte keine Antwort erhielten, weil wir selbst nicht wussten, wie und ob es weitergehen kann. Der Neubeginn soll nun all diejenigen animieren, sich nochmals zu melden, die uns zwischenzeitlich ihre Hilfe angeboten hatten, sei es für das Layout, das dezentral unterstützt werden kann, sei es für einzelne Bürotätigkeiten, die ausgelagert werden können, sei es in Form von Artikeln, Interviews vor Ort, Fotos oder beim Wiederverkauf der Hefte zu 30% Rabatt.

Wir freuen uns, dass wir für einzelne Tätigkeiten bereits Unterstützung erhalten haben, so werden Mahnungen und eventuelle e-mail-Rundbriefe in Zukunft aus der Schweiz versandt werden, der Vertrieb der Zeitschriften wird von Hamburg aus erfolgen. Dieses Konzept, die Tätigkeiten um den SF und für den SF weiter zu dezentralisieren und auf viele Schultern zu verteilen, scheint uns der richtige Weg, um die Überlastung einzelner Mitarbeiter, wie sie sich in der Vergangenheit nur allzu häufig einschlich, zu vermeiden und das Erscheinen des SF sicherer zu machen. Der Schwarze Faden erscheint als eigenständiges Projekt, er fühlt sich aber nach wie vor mit der Trotzdem-Verlagsgenossenschaft eG eng verbunden.

Die Genossenschaft befand sich im Jahr 2003 finanziell in der Krise, sie konnte sich aber zum Jahresende konsolidieren, auch durch die Unterstützung der Genossen um Dinge Der Zeit aus Zürich, von Anares/Comenius aus Bern und vom Trotzdem-Büchertisch in Mainz; ein herzliches Dankeschön an dieser Stelle!!!

Die Genossenschaft hat im Herbst 2003 deutliche Sparmaßnahmen beschlossen, zudem werden im Jahr 2004 wichtige Bücher (Chomsky, Souchy, Schikanen gegen Fussballfans, Kriegsdienstverweigerung, Soziale Bewegungen, Wahlkritik) erscheinen, die ein Überleben der Genossenschaft sicherstellen. Wir wollen an dieser Stelle ausdrücklich dafür werben, Mitglied in der Genossenschaft zu werden (250 Euro einmalige Aufnahmegebühr, ohne Nachschusspflichten) um diese wichtige Arbeit abzusichern.

Seit dem Mai 2003 werden die Bücher der Trotzdem-Verlagsgenossenschaft vom ALIVE-Buchversand in Stuttgart (Fax 0711-626992 oder e-mail: info@schmetterling-verlag.de) ausgeliefert.
Im Internet findet mensch den SF und den Trotzdem-Verlag weiterhin unter folgenden Seiten:
**www.schwarzerfaden.de**
**www.trotzdem-verlag.de**

**Zu dieser Ausgabe**

Nachdem weder Bush noch Blair in der Lage waren im Irak Massenvernichtungswaffen zu finden, sollen nun Untersuchungsausschüsse sich mit den Informationen aus den Geheimdiensten befassen. Dass die Geheimdienste eigene, den Regierungschefs entgegenlaufende, aussenpolitische Interessen verfolgten, damit solche Untersuchungsausschüsse notwendig wären, kann als absurd und ins Reich der Fabeln verwiesen werden. Zumal sich jeder noch daran erinnert, wie gerade die Blair-Regierung eine alte Magisterarbeit, als hochbrisante Geheimdiensterkenntnisse verkaufte, die die Gefährlichkeit des Saddam-Regimes und somit auch die Notwendigkeit eines Krieges offenlegen sollte. John Pilgers Artikel „Blairs Desinformationspolitik" befasst sich mit diesen Komplex von Lügen und Täuschungen.

Es geht und ging im Irakkonflikt um die Kontrolle über die Region, in der die größten Erdölreserven der Welt liegen. Weder Massenvernichtungswaffen, noch die Menschenrechte waren auch nur peripher ein Grund für Bush und die „Willigen" in den Krieg zu ziehen. Das ist auch am politischen und wirtschaftlichen Wiederaufbau zu sehen, wie die Artikel von Noam Chomsky und Paul Street aufzeigen. Der Irak ist ein klassisches Stück von Imperialismus, der sich heute geschönt im Begriffe der „Globalisierung" präsentiert. Im Irak wird eine Statthalter-Regierung installiert werden, die die wirtschaftlichen Interessen der westlichen Welt sichert.

So beschäftigt sich der zweite Teil des Heftes auch mit dem ökonomischen Aspekt der Globalisierung. Eingeleitet wird dieser Teil von Michael Moores Pamphlet über die Partizipation der Bürger an dem Segen der Marktwirtschaft via Aktienbesitz. Noam Chomsky beleuchtet zwei wichtige Instrumente der World Trade Organisation, die sogenannten TRIPs und TRIMs. Der Schwerpunkt haben wir auf den Akteuren und Prozessen gelegt, die sich dieser Neoliberalisierung der Welt in den Weg stellen. Andrej Grubacic, Mitglied von Peoples Global Action, hat in seiner Kritik an den Weltsozialforum in Porto Alegre, den Sinn von solchen Megaevents des Widerstandes herausgearbeitet, der unsere Ansicht nach über das Weltsozialforum hinausweist und von daher eine noch ganze Zeit lang aktuell bleiben wird. Michael Wilk setzt sich mit der Tendenz innerhalb der Globlisierungskritiker auseinander, die unter den Begriff des „Global Governance" zusammengefasst werden kann. Eine Richtung, die vor allem von großen „NGOs" vertreten wird und die Institutionen der UNO zu einer Art „Weltregierung" ausweiten wollen. In welche Richtung der Widerstand gegen die Globalisierung des Neoliberalismus gehen sollte zeigt Takis Fotopoulos in seinem Artikel „Für eine demokratische Globalisierung auf". Wir haben ihn stark gekürzt und die Auseinandersetzung mit den verschiedenen Ansätzen der Kritik an der Globalisierung herausgenommen. Bei größerem Interesse werden wir den Originaltext im Internet zur Verfügung stellen. Ansonsten können wir nur auf sein Buch „Umfassende Demokratie" hinweisen, in denen die gekürzten Aspekte ausführlich dargelegt sind.

Viel Spass bei der Lektüre

John Pilger

# Blairs Desinformationspolitik

Übersetzung: Tony Kofoet

Im Gefolge des Hutton-Fiaskos bleibt eine Wahrheit unangreifbar: Tony Blair befahl die grundlose Invasion eines anderen Landes unter einem vollkommen falschen Vorwand und Lügen und Täuschungen, die in London und Washington produziert wurden, verursachten den Tod von bis zu 55.000 Irakern, unter ihnen 9.600 Zivilisten.

Betrachten wir für einen Augenblick diejenigen, die den Preis für Blairs und Bushs Aktionen bezahlten, die selten in der Berichterstattung der Medien erwähnt werden. Es wird davon ausgegangen, dass monatlich 1000 kleine Kinder durch nichtexplodierte Streubomben sterben oder verletzt werden. Die Folgen der uranhaltigen Waffen – eine Massenvernichtungswaffe – die von den angloamerikanischen Streitkräften benutzt wurden, sind derart, dass die Messwerte, der von den Briten zerstörten irakischen Panzern so hoch sind, dass ein Überwachungsteam der britischen Armee weiße Ganzkörper-Strahlenschutzanzüge, Gesichtsmasken und Handschuhe trug. Irakische Kinder spielen auf und in der Nähe dieser Panzer. Britische Truppen „werden Zugang zur biologischen Überwachung haben", behauptet das Verteidigungsministerium.

Die Iraker haben keinen Zugang und keine Experten, die sie medizinisch unterstützen und Tausende leiden jetzt an einer damit in Zusammenhang stehenden Reihe von Krankheiten wie Fehlgeburten und Haarausfall, schrecklichen Augen-, Haut- und Atemwegsproblemen.

Weder die Briten noch die Amerikaner zählen ihre irakischen Opfer und die Tatsache, geschweige denn das Ausmaß der Massaker, die an Menschen begangen wurden, und die materiellen Zerstörungen werden von einer Regierung, die behauptet, sie sei von Lord Hutton, dessen Bericht von den meisten Briten deutlich als eine Parodie gesehen wird und den Rücktritt des Premierministers als angemessen erscheinen lässt, rehabilitiert worden, nicht einmal zugegeben.

Blair hat jetzt eine Untersuchung über „das Versagen des Geheimdienstes" angekündigt, der ihm auf mysteriöse Weise Beweise für Massenvernichtungswaffen vorenthalten habe, die, wie er wiederholt betonte, sein „Ziel" beim Angriff auf den Irak waren. Genau wie der Zwist mit der BBC und die Hutton-Untersuchung ziemlich bewusste Ablenkungsmanöver waren, ist auch seine neueste Untersuchung eine weitere Panikmaßnahme. Es wird deutlich, dass – wie es ein US-Journalist darstellte – George W. Bush „jetzt Tony Blair im Regen stehen lässt".

Blair ist bisher stets Bush gefolgt. Bei der Ankündigung vom letzten Wochenende über seine eigene Untersuchung bezüglich „des Versagens der Geheimdienste" hofft Bush, sich selbst als unschuldiges, ungerecht behandeltes Mitglied der Öffentlichkeit darzustellen, das wissen will, warum Amerikas zahlreichen Spionagedienste die Nation nicht über die Tatsache alarmiert haben, und die jetzt von Bushs eigenem Waffeninspekteur David Kay bestätigt wurde, dass es keine Massenvernichtungswaffen gab und dass wahrscheinlich keine seit der Zeit vor dem Golfkrieg von 1991 existierten und die Begründungen, den Krieg zu beginnen „beinahe alle falsch" gewesen seien. Roy McGovern erzählte mir: „Das Ganze war zu 95% eine Farce". McGovern ist ein ehemaliger hochrangiger CIA-Analytiker und einer aus einer Gruppe ehemaliger hoher Geheimdienstoffiziere, von denen einige beschrieben haben, wie die Bush-Administration forderte, dass Geheimdienstberichte so geformt werden sollten, dass sie mit den politischen Zielen in Einklang standen und welche Rolle Großbritannien bei dieser Farce spielte.

„Das waren Geheimdienstberichte, die absoluter Unsinn waren", erklärte ein früherer Geheimdienstoffizier dem New Yorker, „aber die Briten wollten in England und überall auf der Welt Geschichten in Umlauf bringen". Er beschrieb, wie dem britischen Geheimdienst undurchführbare (unglaubwürdige) Geheimdienstberichte zugeleitet wurden und dieser dann die Zeitungen damit versorgte.

## Operation Rockingham

Der ehemalige oberste UN-Waffeninspekteur Scott Ritter behauptet, der britische Geheimdienst habe diese falschen Informationen systematisch weiterverbreitet. Den Hinweis auf diese Geheimoperation gab der Waffenexperte David Kelly am Tag vor seinem Selbstmord, was von Hutton später ignoriert wurde. Kelly teilte dem vom Premierminister eingesetzten Geheimdienst- und Sicherheitskomitee mit: „Ich fungiere als Verbindungsmann der Rockingham-Zelle".

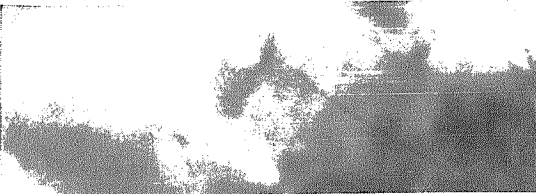
Wie Ritter enthüllt, bezog sich diese Aussage auf die streng geheime „Operation Rockingham", die innerhalb des britischen Geheimdienstes eingerichtet wurde, um Informationen „herauszufiltern", die verdreht werden konnten, um als „Beweis" für die Existenz eines Waffenarsenals im Irak zu dienen. Es war eine vollkommen politische Operation, deren Fehlinformationen – so Ritter – ihn und seine Inspekteure „zu einem Ort, an dem ballistische Waffen vermutet wurden", führte. „Wir fanden nichts. Aber unsere Suchaktion gestattete den USA und Großbritannien die Behauptung, dass die Waffen existierten."

Ritter stellt fest, dass die falschen Geheimdienstberichte der Operation Rockingham an das gemeinsame Geheimdienstkomitee weitergegeben wurden. Das Komitee war für die beiden „Dossiers" verantwortlich, in denen die Blair-Regierung behauptete, Saddam Hus-

sein sei eine Bedrohung. Ritter behauptet, die für Rockingham arbeitenden Offiziere hätten im Auftrag der Politik „auf höchster Ebene" gehandelt.

Wie hoch? Bis oben zu Blair selbst? Schließlich war es Blair, der aus dem Fund der Massenvernichtungswaffen eine persönliche „Mission" machte. Die Frage nach dem „wie hoch" muss dringend beantwortet werden. Wird man Scott Ritter zu Blairs Untersuchung vorladen? Und wird Blair dem Untersuchungsausschuss erklären, warum die britischen „Waffendossiers" vom Februar 2003, die Hutton lieber ignorierte, derart falsch waren und sich als das wortwörtliche Plagiat der Doktorarbeit eines amerikanischen Studenten erwiesen, von der selbst die Rechtschreibfehler übernommen wurden.

In Wahrheit hat die Blair-Regierung beinahe vom Tag des Amtantritts 1997 an gewusst, dass die irakischen Massenvernichtungswaffen ziemlich sicher im Anschluss an den Golfkrieg von 1991 zerstört wurden, genau wie Bushs Waffenexperte David Kay es jetzt bestätigt hat.

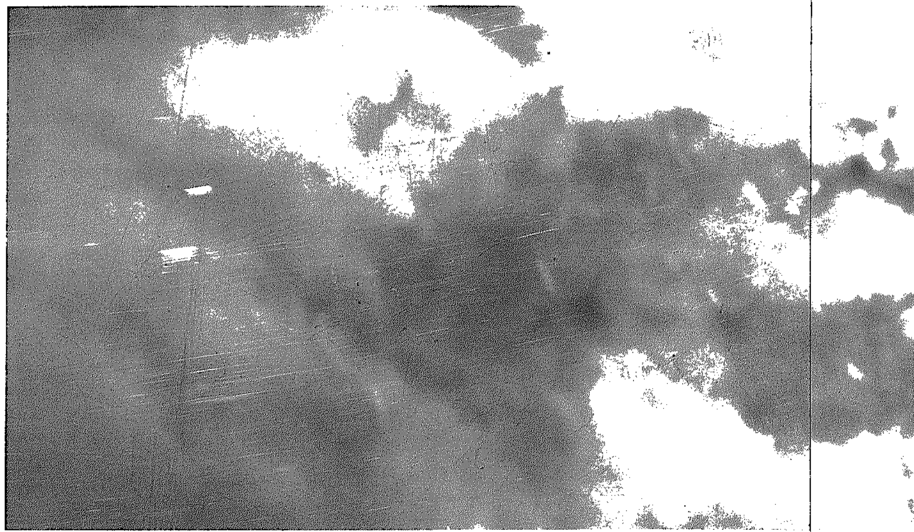


## Was wusste Blair?

Im Februar letzten Jahres enthüllte eine Abschrift einer durchgesickerten Befragung des irakischen Generals Hussein Kamel, dass sowohl die us- als auch die britische Regierung gewusst haben müssen, dass Saddam Hussein nicht länger im Besitz von Massenvernichtungswaffen war. General Kamel war kein normaler Abtrünniger, er war Bushs und Blair Starzeuge für die Argumente ihrer Regierungen gegen Saddam. Er ist ein Schwiegersohn des Diktators, hatte die vollständige Befehlsgewalt über die irakischen Waffenprogramme und lief mit Kisten voller Dokumente über.

Als Außenminister Colin Powell die angloamerikanischen Argumente für einen Angriff auf den Irak vor dem UN-Sicherheitsrat vorbrachte, verließ er sich auf die Verlässlichkeit der Beweise von General Kamel und zollte diesen Tribut. Was er nicht enthüllte, wie die Abschrift der Befragung Kamels offenbart, war die kategorische Stellungnahme Kamels: „Ich befahl die Zerstörung aller chemischen Waffen. Alle Waffen – biologische, chemische, Raketen und Nuklearwaffen – wurden vernichtet".

Der CIA und Großbritanniens MI6 wussten dies natürlich; und es steht außer Zweifel, dass Bush und Blair nicht informiert waren. Beide ließen sich das nicht anmerken – genauso wie Colin Powell die sensationellsten Informationen seines Informanten, die seine gesamten künstlichen Behauptungen widerlegt hätten, unterdrückte. General Kamel (der später von Saddam Hussein ermordet wurde) bestätigte Scott Ritters Behauptung, dass der Irak um „90 bis 95 Prozent" abgerüstet worden sei.



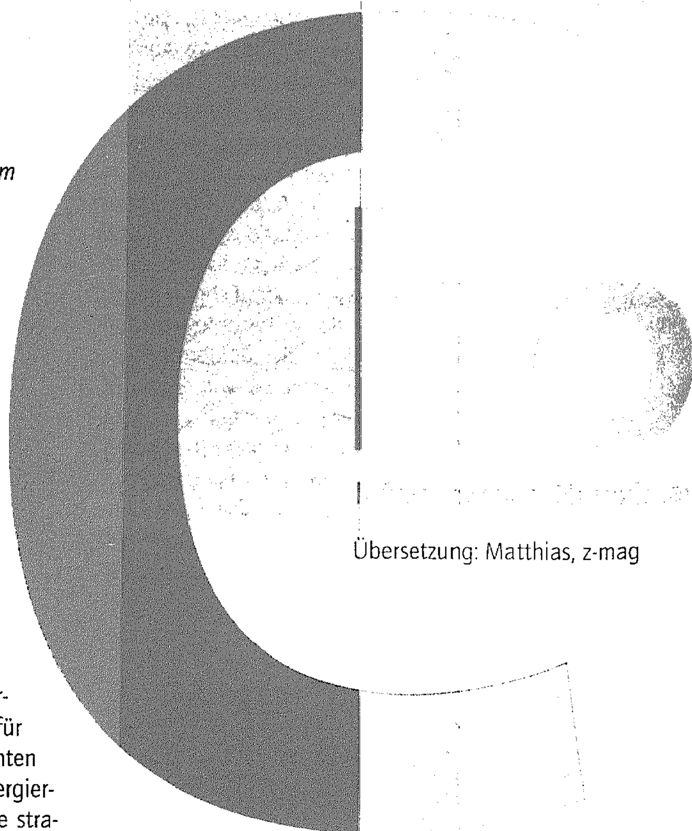
Der Irak wurde angegriffen, so dass die USA und Großbritannien das Öl und den Besitz des Landes beanspruchen konnten. Nur Mary Poppins hätte etwas anderes geglaubt. Die neuesten Beweise in einer langen Liste finden sich im Wall Street Journal, die Zeitung der herrschenden Klasse der USA, die Kopien von den geheimen Plänen der Bush-Administration über die Privatisierung des Landes durch den Verkauf seiner Besitztümer an westliche Gesellschaften und die Errichtung riesiger Militärbasen erhielt.

Der Plan wurde im Februar letzten Jahres entworfen, gerade als Tony Blair der britischen Bevölkerung versicherte, der einzige Grund sei die „Bedrohung" durch Saddam Hussein.

Der Bush/Blair-Angriff auf den Irak hat Tote, Zerstörung und große Verbitterung im Irak hervorgerufen. Es deutet alles darauf hin, dass die meisten Iraker ihre Lebensbedingungen jetzt als wesentlich schlechter betrachten als unter der Herrschaft Saddam Husseins. Mehr als 13.000 Menschen werden in Konzentrationslagern in ihrem eigenen Land festgehalten.

Das sind viel mehr als in den letzten Jahren in Saddams politischen Gefängnissen inhaftiert waren. Gegen niemanden ist eine Anklage erhoben worden, die meisten können ihre Familienangehörigen nicht sehen; die Vorwürfe über Folterungen und Brutalität durch die Besatzer nehmen täglich zu. Wie die in den USA ansässige Menschenrechtsorganisation Human Rights Watch letzte Woche berichtete, fanden die größten Grausamkeiten in den 1980ern statt, zu einem Zeitpunkt als Saddam von den USA und Großbritannien unterstützt wurde.

Der Aufstand im Irak nimmt zu und hat seit der Gefangennahme von Saddam deutlich an Stärke gewonnen. Zwölf verschiedene Gruppen sind daran beteiligt, einschließlich derjenigen, die immer gegen Saddam waren; der Widerstand ist gut organisiert und wird nicht eher aufhören, bis die „Koalition" das Land verlässt. Die Errichtung einer „Marionettendemokratie" wird bloß die Zahl der Angriffsziele erhöhen. Wie Blair eigentlich aus der imperialen Geschichte wissen müsste, ist dies genau das, was in den anderen britischen Kolonien passierte, bevor sie ihre Besatzer herauswarfen, ebenso in Vietnam.



Übersetzung: Matthias, z-mag

*Was sind die Ziele der amerikanischen Präsenz im Irak und im Nahen Osten?*

Das hauptsächliche Ziel ist die Kontrolle der riesigen Energiereserven des in der Region um den Persischen Golf, eben auch im Irak. Das ist das im Vordergrund stehende Ziel der westlichen Industriemächte, seit der Zeit als der Irak von den Briten erschaffen worden war, um sicherzustellen, dass die irakischen Ölreserven in britischen Händen sein würden, und dass der neu geschaffene Staat Irak keinen freien Zugang zum Golf hat. Zu dieser Zeit war die USA kein führender Akteur im Weltgeschehen. Aber nach dem Zweiten Weltkrieg war die USA die bei weitem grösste Weltmacht, und die Kontrolle der Energiereserven des Nahen Ostens wurde zu einem der vordersten Ziele ihrer Außenpolitik, wie es dies zuvor für ihre Vorläufer war. In den vierzigerJahren erkannten die Planer der USA, dass (in ihren Worten) die Energieressourcen des Golfs eine „überwältigende Quelle strategischer Macht" und „einer der grössten materiellen Preise der Weltgeschichte" sind. Natürlich hatten sie vor sie zu kontrollieren – aber für viele Jahre konnten sie sie für sich nicht besonders nutzen, und in der Zukunft wird die USA, laut US Nachrichtendiensten, sich mehr auf stabilere Ressourcen am Atlantik (also Westafrika und auf der westlichen Hemisphäre) verlassen.

Oberste Priorität bleibt dennoch die Kontrolle der Ressourcen am Golf, von denen erwartet wird, dass sie in der nächsten Zeit zwei Drittel des weltweiten Energieverbrauchs decken. Abgesehen davon, dass „Profite jenseits den Träumen der Habgier" erzielt werden, bleibt die Region noch immer „eine überwältigende Quelle strategischer Macht". Eine Region mit Hebelwirkung zur Kontrolle der Welt. Die Kontrolle der Energiereserven des Golfs bietet eine „Vetomacht" über die Handlungen von Rivalen, wie der führende Planer George Kennan vor einem halben Jahrhundert bemerkt hat.

Europa und Asien verstehen das sehr gut, und sie haben schon lange versucht einen eigenen unabhängigen Zugang zu Ölressourcen zu bekommen. Ein Grossteil des Rangelns um die Macht im Nahen Osten und in Zentralasien hat mit diesen Themen zu tun. Die Bevölkerungen der Region werden als beiläufig betrachtet, so lange sie passiv und gehorsam sind. Wenige wissen das so gut wie die KurdInnen, zumindest wenn sie sich an ihre eigene Geschichte erinnern.

Die Planer der USA haben sicher vor im Irak einen Klientenstaat zu etablieren, mit demokratischen Formalitäten, wenn das möglich ist, wenn nur für Propagandazwecke. Aber der Irak soll das sein was die Briten, als sie die Region betrieben, eine „arabische Facade" nannten, mit der britischen Macht im Hintergrund, wenn das Land zu viel Unabhängigkeit sucht. Das ist ein bekannter Teil der Geschichte dieser Region im vergangenen Jahrhundert.

Es ist auch die Art in welcher die USA ihre eigenen Gebiete in der westlichen Hemisphäre für ein Jahrhundert geführt hat. Es gibt überhaupt keine Andeutung für irgendeine wunderliche Änderung. Die Besatzungstruppen der USA haben im Irak ein wirtschaftliches Programm gestartet, das kein souveränes Land jemals akzeptieren würde: Es garantiert beinahe, dass die irakische Wirtschaft von westlichen multinationalen (hauptsächlich US-) Konzernen und Banken übernommen wird.

Es gibt natürlich auch immer einen inländischen Sektor der sich durch Kollaboration mit der herrschenden „Facade" bereichert. Bis jetzt ist die Ölindustrie von den ausländischen Übernahmen ausgenommen worden, weil das zu eklatant gewesen wäre. Aber das wird wahrscheinlich noch passieren, wenn die Aufmerksamkeit abnimmt. Ausserdem hat Washington bereits verkündet, dass es vor hat ein „status of forces" Abkommen aufzuerlegen, welches es der USA erlauben wird im Irak Militärkräfte zu behalten und – was sehr wichtig ist – Militärbasen, die ersten stabilen US-Militärbasen direkt im Herzen der größten Energiereserven der Welt.

*Als Experte für amerikanische Geschichte und Politik, glauben sie, dass es gut für die KurdInnen ist, wenn sie dem amerikanischen Projekt im Irak vollkommen vertrauen?*

Sie kennen das berühmte kurdische Sprichwort was Vertrauen schenken angeht besser als ich. KurdInnen die mit ihrer eigene Geschichte vertraut sind brauchen nicht daran erinnert werden, wie sie 1975 von den USA verraten worden sind, zurück gelassen um vom Klientenstaat im Iran massakriert zu werden, und wie dieselben

# Noam
# msky

i. Kareem



## Irak – die Etablierung eines Klientenstaates

Leute, die jetzt in Washington regieren, Saddam Hussein in der ganzen Zeit in der er seine schlimmsten Gräueltaten beging unterstützten – lange nachdem der Krieg mit dem Iran vorbei war. Und zwar wie die Bush-Regierung offenherzig bekannt gab: wegen ihrer Verpflichtung die US-Exporteure zu unterstützen; sie fügten natürlich die übliche Rhetorik hinzu, wie die Unterstützung ihres Freundes Saddams den Menschenrechten und der „Stabilität" nützlich sei.

Die selben Leute unterstützten Saddam auch als er 1991 den Aufstand niederschlug der den Tyrann stürzten hätte können, und erklärten wieder warum. Man kann in der New York Times lesen, dass für die USA „die beste aller Welten" eine „militärische Junta mit einer eisernen Faust" wäre, die den Irak genauso regieren würde wie es Saddam tat, und dass Saddam mehr Hoffnung für die „Stabilität" des Iraks bietet als jene welche ihn umstürzen wollen. Sie geben nun vor entsetzt über die Massengräber im Süden und über die Gräueltaten in Halabja zu sein, aber das ist reiner und offensichtlicher Betrug, wenn wir schauen, was sie taten als diese Gräueltaten passierten. Natürlich wussten sie alles über die Massaker, aber sie kümmerten sich nicht darum. Und diese später geheuchelten Entrüstung über das Halabja Massaker, wie viel medizinische Hilfe haben sie den Opfern im letzten Jahrzehnt zur Verfügung gestellt? Das betrifft nicht nur die USA. Das ist – unglücklicherweise – die Standard-Reaktion von Machsystemen, in der sicheren Gewissheit, dass die intellektuelle Klasse zu Hause eine passende Verschleierung aus hohen Idealen basteln werden.

Wenn die Schwachen sich solchen Machtsystemen anvertrauen, kann dies sehr leicht in einer Katastrophe münden. Sie können sich schon entscheiden mit den mächtigen Staaten zu kooperieren, aber wenn sie das tun, sollten sie es ohne Illusionen machen. Und das wiederum weiß niemand besser als die Kurden, nicht nur hier im Irak sondern auch in der Türkei und anderswo.

*Die USA fanden im Irak keine Massenvernichtungswaffen und redet jetzt darüber dem Nahen Osten Demokratie zu bringen, wird dieses Projekt erfolgreich sein, und wird diese Demokratie echt sein?*

Nachdem sie keine Massenvernichtungswaffen gefunden haben, hat Washington seine Propaganda auf das Thema „Etablierung von Demokratie" verlegt. Das ist schlicht eine Widerlegung von ihrer früheren Behauptung, dass die „einzige Frage" wäre, ob Saddam entwaffnet werden würde. Aber mit einer unterwürfigen intellektuellen Klasse und mit regierungsloyalen Medien kann solch eine Farce ohne Störungen fortgesetzt werden. Fragt man sich, als rationaler Mensch, was diese Leute, die jetzt von der „Etablierung von Demokratie" reden, gemacht haben, als ihre Interessen gefährdet waren, kann man diese Aussagen sehr schnell einschätzen. Ich werde nicht die komplette Aufzählung durchgehen, aber jene welche daran interessiert sind diese Behauptungen einzuschätzen sollten das sicherlich tun. Sie werden herausfinden, dass „Demokratie" geduldet wird, aber nur wenn es eine „top-down Version der Demokratie" ist, in welcher die Eliten, die mit den US- Business und Staatsinteressen kollaborieren die Kontrolle innehaben.

Außerdem wird heute die gleiche Politik verfolgt, ohne die kleinste Änderung. Bringt die USA Demokratie nach Usbekistan? Oder nach Äquatorialguinea, das



*Das Weiße Haus verteidigte sich gegen Vorwürfe, es habe die Szene absichtlich arrangiert. Man habe von dem „getürkten Turkey" zuvor nichts gewusst, versicherten Beamte dem Reporter. Es sei üblich, die Kantine an Festtagen derart zu dekorieren.*

auch von einem Monster regiert wird, der mit Saddam Hussein vergleichbar ist, aber vom Weißen Haus Bushs herzlich willkommen geheißen wird, weil er auf einem großen See von Öl sitzt. Man betrachte Paul Wolfowitz, der vom Propagandasystem als führender „Visionär" beschrieben wird, der Demokratie verlangt und dessen „Herz blutet" wenn er an das Leiden der armen Muslime denkt. Wahrscheinlich erklärt das, warum er einer der führenden Apologeten General Suhartos von Indonesien war, einem der größten Massenmörder und Folterer der modernen Zeit, und ihn noch 1997 lobte, gerade bevor er von einer internen Revolte gestürzt worden ist. Es ist zu einfach fortzufahren.

Für die reichen und Mächtigen ist diese Illusion über sich selbst befriedigend und bequem. Viele finden es recht angenehm sich selbst großzügig mit Lob zu überhäufen, eine der wichtigsten Rollen der Intellektuellen, in der ganzen Geschichte schon. Für die Schwachen und Schutzlosen ist der Glaube an Illusionen kein kluger Entschluss – wie die Opfer von jahrhundertelanger imperialistischer Praxis sicherlich verstehen sollten.

*Ist der derzeitige Krieg der USA zum Schutz ihrer nationalen Sicherheit legitim? Was sagen sie zur nationalen Sicherheit der USA?*

Die nationale Sicherheit der USA wird nur durch Terror und Massenvernichtungswaffen bedroht – welche früher oder später sehr wahrscheinlich kombiniert werden, vielleicht mit furchtbaren Konsequenzen. Nachrichtendienste der USA und anderer Länder, und unabhängige ausländische Aussenpolitikanalysten, haben vorhergesagt, dass die Invasion des Iraks zu vermehrtem Terror und vermehrter Verbreitung von Massenvernichtungswaffen führen wird, und ihre Vorhersagen sind bereits bestätigt worden. Die Gründe sind offensichtlich.

Die führende Weltmacht hat in der Nationalen Sicherheitsstrategie von September 2002 ihre Absicht verkündet jeden anzugreifen, wie es ihr gefällt, ohne glaubhaften Vorwand oder internationale Autorisierung. Dann machte sie sich sofort daran eine „exemplarische Aktion" durchzuführen um der Welt zu demonstrieren, dass sie genau das meint was sie sagt, und marschierte in einem wichtigen Land ein, von dem sie natürlich wusste, dass es fast ohne Verteidigung war.

Wenn potentielle Ziele des „Krieges gegen den Terror" das beobachten, werden sie nicht ausrufen: „Danke, bitte schneidet mir auch den Hals durch". Sie werden es mit Abschreckung und auch manchmal mit Rache versuchen. Niemand kann, was militärische Stärke angeht, mit der USA konkurrieren, die soviel für ihr Militär ausgibt wie der ganze Rest der Welt zusammen. Die Waffen der Schwachen sind der Terror und Massenvernichtungswaffen. Das ist der Grund für die fast einstimmigen Vorhersagen von ExpertInnen, dass die Gefahr von Terror und Massenvernichtungswaffen von der Verkündung der „Nationalen Sicherheitsstrategie" und der Invasion des Iraks vergrössert werden.

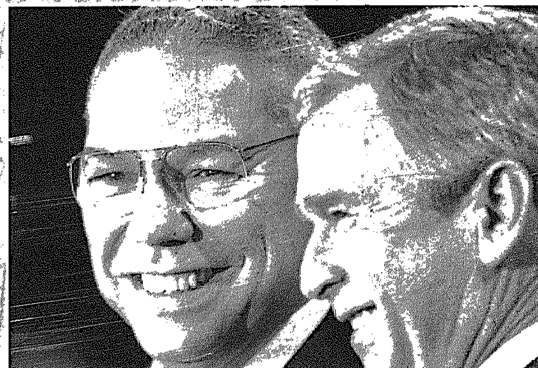
Die Bush-Regierung weiß das genauso gut wie die Nachrichtendienste und unabhängige politische Analysten. Sie wollen zwar nicht die nationale Sicherheit der USA schädigen und die Bevölkerung ernsten Gefahren aussetzen, aber das hat nicht die höchste Priorität für sie, anderes ist für sie weitaus wichtiger: die Herrschaft über die Welt und die Umsetzung eines radikalen reaktionären Programms im eigenen Land. Einem Progamm, das darauf abzielt die progressiven Teile der Gesetzgebung des letzten Jahrhunderts abzubauen, die die allgemeinen Bevölkerung vor den Auswirkungen eines zügellosen Wirtschaftsliberalismus schützen sollte. Sie wollen auch einen sehr mächtigen Staat: sobald sie ins Amt kamen erhöhten sie die Regierungsausgaben auf das höchste Niveau seit der Zeit als sie schon einmal an der Macht waren, vor 20 Jahren, in der Reagan-Regierung. Aber der mächtige Staat den sie wollen soll die Interessen der Reichen und Privilegierten verfolgen, nicht jene der allgemeinen Bevölkerung. Politische Führer nehmen sehr oft auf dem Weg zu Macht, Herrschaft und Reichtum das Risiko einer Katastrophe in Kauf, wie man immer wieder in der Geschichte sehen kann.

*In welchem Ausmaß sucht die USA internationale Legitimität und Vereinbarungen?*

Die USA hat schon seit langem ihre Verachtung für den Sicherheitsrat, den Weltgerichtshof und das internatio-

top-down-version

„Die offene Frage ist, wie viel sie hatten, falls überhaupt welche, und falls sie welche hatten, wo sind sie hingekommen? Und wenn sie keine hatten, warum war das dann nicht vorher bekannt?"
Erklärung von Powell zu Massenvernichtungswaffen



nale Recht und internationalen Organisationen im Allgemeinen, gezeigt. Das wird auch überhaupt nicht bestritten. Aber diese Regierung ist so extrem in ihrer Verachtung für das internationale Recht und seine Institutionen, dass sie sogar von der Elite der Aussenpolitik dafür verurteilt worden ist, was noch nie zuvor einer Regierung geschehn ist. Ausserdem ist dies alles so offensichtlich und dreist, dass man es wirklich nicht näher ausführen braucht.

*Waren die UNO und andere internationale Organisationen erfolgreich dabei ihre Unabhängigkeit zu bewahren?*

Offensichtlich nicht. Die Bush-Regierung hat die UNO vor einem Jahr darüber informiert, dass sie eine „relevante Rolle" spielen kann, wenn sie die Befehle der USA befolgt, oder sie kann, wie es Colin Powell formuliert hat, ein Debattierclub sein. Und daran hat sich bis heute nichts geändert und es wird sich auch nichts ändern, nicht nur im Fall des Iraks.

Wenn man nur den Nahen Osten betrachtet hat die USA ihre Politik der letzten Jahre weitergeführt, ihren Klientenstaat Israel durch Vetos vor Sicherheitsratsbeschlüssen und die Blockade von Beschlüssen der Generalversammlung zu schützen; und natürlich indem sie militärische Hilfe und wirtschaftliche Unterstützung für ihren Klientenstaat zur Verfügung stellt, um ihm zu erlauben sein Integrationsprogramm der wertvolleren Teile des Westjordanlandes in Israel weiter zu betreiben.

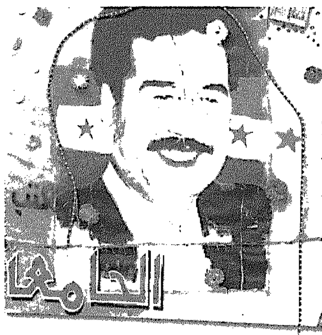
Das ist einer der Gründe warum die USA bei der Anzahl der Vetos von Sicherheitsratsresolutionen seit den sechziger Jahren, als die UNO als Folge der Dekolonisierung und der Erholung der Industriemächte vom Krieg etwas unabhängiger von den USA wurden, weit in Führung lag. Aber der Nahost-Konflikt ist natürlich nicht der einzige Grund. Die USA spricht ihr Veto gegen Sicherheitsratsresolutionen auch in einer Vielzahl anderer Fälle aus, su zum Beispiel bei einer Mahnung an alle Staaten internationales Recht zu beachten – ohne dass die USA explizit erwähnt wurden, aber jeder verstand, an wen diese Resolution gerichtet war.

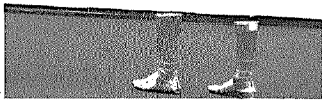
*Sie betrachteten die USA als Führer der Terroristen, warum? Und in welchem Ausmaß könnte sie Menschenrechte schützen?*

Ich habe die USA nicht „einen Führer der Terroristen" genannt, aber ich habe die lange und entsetzliche Geschichte der terroristischen Akte der USA und ihre entscheidende Unterstützung für den Terrorismus ihrer Klienten im Detail dokumentiert. Wenn ich diese Geschichte betrachte, benutze ich die offizielle Definition der US Regierung für das Wort „Terrorismus".

Wenn man davon nicht überzeugt ist schaue man sich die reichhaltige Dokumentation an – auch die Geschichte der KurdInnen, bis heute, obwohl die entscheidende US-Unterstützung für den Staatsterror gegen die KurdInnen hauptsächlich in den neunziger Jahren in der Türkei stattfand, als die Türkei der führende Empfänger von militärischer Hilfe der USA wurde – abgesehen von Israel und Ägypten – und als sie Millionen von KurdInnen von den verwüsteten ländlichen Gebieten trieb, Zehntausende tötete, und jede nur vorstellbare Art von Barbarei beging, was einige der schlimmsten Verbrechen der furchtbaren neunziger Jahren waren, gerade hier in der Nähe von ihnen. Ich habe einige der Folgen persönlich gesehen, in den Slums von Istanbul in die die Flüchtlinge getrieben worden sind, in den Stadtmauern von Diyarbakir, wo sie zu überleben versuchen, und anderswo. Aber sie müssen das sicherlich selbst wissen; es ist ja gleich nebenan passiert ist. Und das ist nur ein kleiner Auszug aus der Geschichte, und dieser lässt die direkte Durchführung von terroristischen Gräueltaten aus. Auch darüber gibt es lange und häßliche Dokumentationen.

Tatsächlich ist nur die USA vom Weltgerichtshof für das, was eigentlich internationaler Terrorismus ist, verurteilt worden, und zwar wegen ihrem Angriff auf Nicaragua. Der Gerichtshof trug der Reagan-Regierung – also jenen, die jetzt wieder in Washington an der Macht ist – auf, ihren terroristischen Krieg gegen Nicaragua einzustellen. Natürlich ignorierte die Regierung den Entschluss des Gerichtshofes, eskalierte auf der Stelle den terroristischen Krieg, und legte Vetos gegen die Sicherheitsratsresolutionen ein welche das Urteil des





art cologne
Saddam von Augusto Canedo
Galerie Alvarez-Porto
Portugal
Foto: Herby Sachs, version-foto.de



Gerichtshofes unterstützen. Die USA ist keinen Falls allein, was diese Praktiken betrifft. Im Allgemeinen sind solche Praktiken in dem Ausmaß vorhanden, in dem die Macht besteht Verbrechen zu begehen. Wiederum ist dies den Opfern seit einigen Jahrhunderten bekannt, oder sollte es ihnen zumindest sein.

*Können Machtsysteme Menschenrechte schützen?*

Natürlich können sie das, und manchmal tun sie das, auch die USA. Das passiert wenn der Schutz von Menschenrechten Machtinteressen dient oder wenn eine aufgebrachte Bevölkerung das verlangt. Beide dieser Faktoren waren für den US-Schutz für die irakischen KurdInnen in den neunziger Jahren verantwortlich, während die USA gleichzeitig die entscheidende militärische und diplomatische Unterstützung für die grauenhafte Unterdrückung der KurdInnen über der Grenze bereitstellte – aber die Bevölkerung der USA war und bleibt uninformiert über diese Verbrechen; die entscheidenden Beweise werden von den Medien und den intellektuellen Klassen unterdrückt, wie es oft der Fall ist.

*In manchen ihrer Arbeiten sagen sie, dass es keine Hoffnung für eine bessere Zukunft gibt, weil die Macht der USA zunimmt, warum sind sie ein pessimistischer Mensch? Bedeutet das, dass das amerikanische Modell nicht erfolgreich sein wird?*

Ich habe das nie gesagt. Eher das Gegenteil. Es gibt große Hoffnung für eine bessere Zukunft, und sie zu schaffen sollte die hauptsächliche Priorität für die Menschen in den USA, im Westen im Allgemeinen, und auf dem Rest der Welt sein. Und es gibt sehr positive Zeichen, was ich andauernd betone. Was das „amerikanische Modell" betrifft, kommt es darauf an, was sie meinen. Die Menschen in den Vereinigten Staaten haben viele wunderbare Errungenschaften die für sie sprechen: Der Schutz der Redefreiheit ist zum Beispiel einzigartig auf der Welt, soweit ich das weiß, und viele andere Rechte sind gewonnen worden. Das waren keine Geschenke von Oben, sondern das Ergebnis von engagiertem öffentlichem Kampf. Wenn dies das Modell ist, an das Sie denken, hoffe ich dass es noch erfolgreicher sein wird, in den USA und anderswo.

Wenn Sie mit dem „amerikanischen Modell" das meinen, was in der Nationalen Sicherheitsstrategie Bushs verkündet wird, und in die Praxis umgesetzt wird, oder das neoliberale wirtschaftliche Modell, welches darauf ausgelegt ist die Kontrolle des Großteils der Welt auf transnationale Korporationen übertragen wird, welche miteinander und mit einigen mächtigen Staaten verbunden sind – was die internationale Wirtschaftspresse „die de facto Weltregierung" nennt, dann hoffe ich sicherlich, dass es nicht erfolgreich sein wird, was wir alle tun sollten.

*In welchem Ausmaß sind die Medien und die Propaganda erfolgreich dabei, die amerikanischen BürgerInnen dazu zu bringen, die Politik ihrer Regierung zu akzeptieren? Könnten Gegner dieser Politik ihre Stimme hörbar machen lassen?*

Das ist unterschiedlich. Man betrachte, zum Beispiel, die Invasion des Iraks. Die Invasion wurde eigentlich im September 2002 bekannt gegeben, zusammen mit der Nationalen Sicherheitsstrategie. Dem folgte eine massive Propagandakampagne der Regierung, bzw. den Medien, welche schnell große Teile der US-Meinung ganz vom internationalen Spektrum schoben. Eine Mehrheit kam zu dem Eindruck, dass Saddam Hussein eine akute Gefahr für die USA ist, dass er für die Verbrechen des 11. Septembers 2001 verantwortlich war, und dass er in Zusammenarbeit mit Al Qaeda neue Gräueltaten plant, usw. Diese Überzeugungen waren sehr nahe mit der Unterstützung der Invasion verbunden, was nicht überraschend ist. Man wusste sogleich, dass sie vollkommen falsch sind, aber das war nicht wichtig: Lügen die laut und unaufhörlich verkündet werden, werden zu einer Höheren Wahrheit.

Trotzdem war die Propagandakampagne nur zum Teil erfolgreich. Der Protest gegen die Invasion erreichte ein Niveau weit jenseits von allem was es in der Geschichte Europas oder den Vereinigten Staaten je gegeben hat. Als die USA 1962 Südvietnam angriff – es ist unbestrit-

top-down-version



art cologne
Saddam von Augusto Canedo
Galerie Alvarez-Porto
Portugal
Foto: Herby Sachs, version-foto.de

ten, dass sie das tat – gab es überhaupt keinen Protest. Der Protest blieb für 4 oder 5 Jahre auf niedrigem Niveau; bis dahin war Südvietnam, das hauptsächliche Ziel des US Angriffs, beinahe zerstört, und der Angriff hatte sich auf fast ganz Indochina ausgedehnt. Zum ersten Mal in der Geschichte des Westens gab es einen enormen Protest gegen die Invasion des Iraks, noch bevor er Krieg offiziell erklärt worden ist. Das ist nur eines der vielen Beispiele wie Machtsysteme die Kontrolle über ziemlich große Teile ihrer Bevölkerungen verloren haben. Die weltweiten Bewegungen für globale Gerechtigkeit, was es auch zum ersten Mal gibt, sind ein anderes starkes Beispiel. Und es gibt viele weitere.

*Manche kritisieren sie als den militantesten Amerikaner unter jenen welche Gegner Israels sind, mache sagen, dass sie sich als Jude selbst hassen. Wie kommt es, dass sie Israel in einer solchen Art kritisieren?*

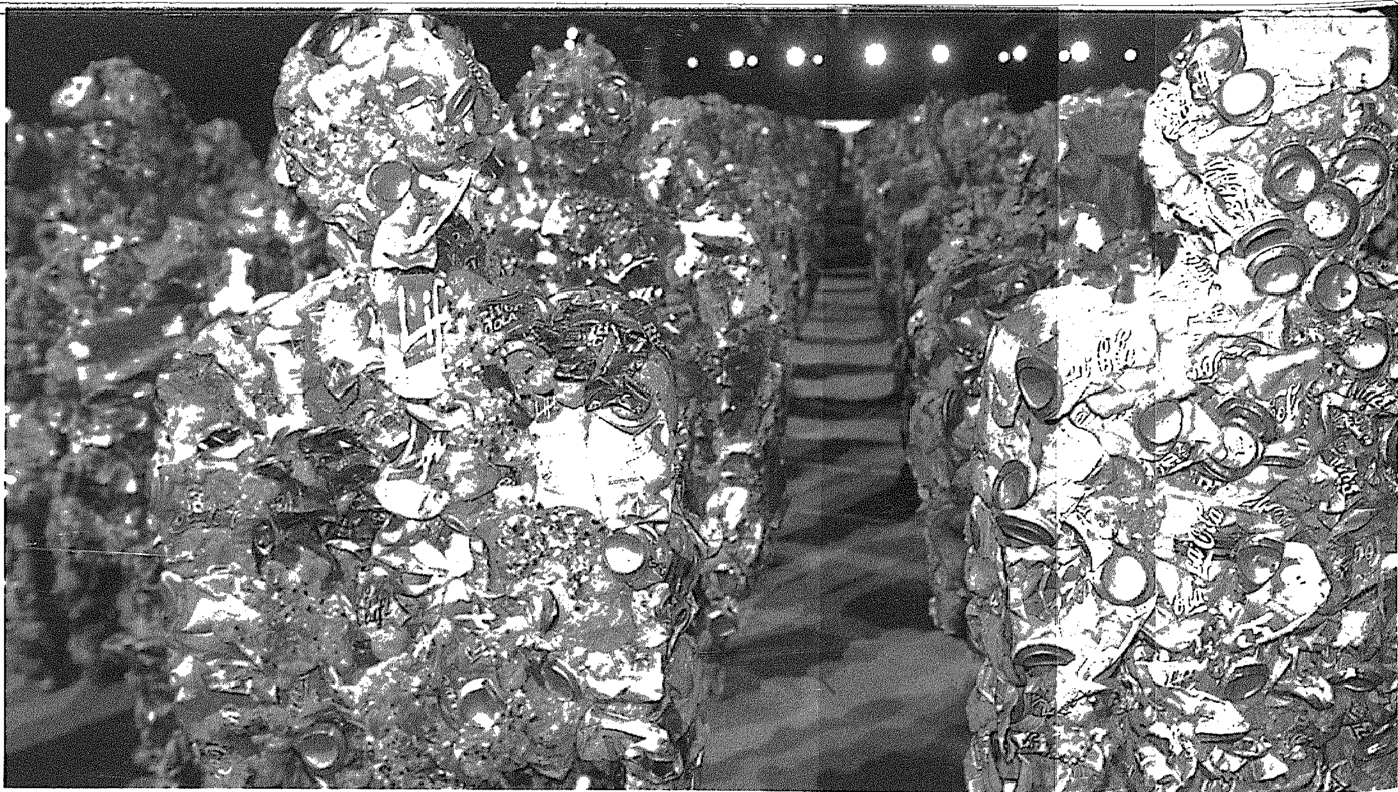


Diese Vorwürfe sind interessant. Jene welche die Bibel kennen, kennen auch ihre Ursprünge. Die Vorwürfe gehen zurück auf König Ahab, der in der Bibel der Inbegriff des Bösen ist. König Ahab beschuldige den Propheten Elias Israel zu hassen. Elias war ein „sich selbst hassender Jude", um die Terminologie der heutigen Schmeichler des Hofes auszuborgen, weil er die Politik des Königs kritisiert hat, und Gerechtigkeit und Respekt für die Menschenrechte verlangt hat. Ähnliche Vorwürfe waren in der ehemaligen Sowjetunion üblich: Dissidenten wurde vorgeworfen Russland zu hassen. Und es gibt weitere Beispiele in Militärdiktaturen und totalitären Staaten. Derartige Kritik spiegelt tief sitzende totalitäre Werte wieder.

Für einen hingebungsvollen Anhänger totalitären Denkens, müssen die herrschenden Mächte mit den Leuten, der Kultur, und der Gesellschaft identifiziert werden. Israel ist König Ahab, Russland ist der Kreml. Für Totalitäre ist eine Kritik des Staates eine Kritik am Land und an seinen Menschen. Für jene welchen Demokratie und Freiheit irgendetwas bedeutet, sind solche Vorwürfe nur ein Witz.

Wenn ein italienischer Kritiker Berlusconis als „anti-Italiener" oder als „sich selbst hassender Italiener" verurteilt wird, würde das in Rom oder Milan in die Lächerlichkeit gezogen werden, aber dies war in den Tagen von Mussolinis Faschismus möglich. Das ist besonders interessant, wenn solche Einstellungen in freien Gesellschaften geäußert werden, wie in dem Fall, den sie zitiert haben.

Tatsächlich kritisiere ich nicht besonders Israel, sondern ich kritisiere die entscheidende Rolle der USA – schließlich mein Land – bei der Unterstützung von barbarischen Verbrechen seines Klientenstaates, und bei der Verhinderung einer friedlichen Lösung von jener Art, wie sie von fast der ganzen Welt seit den 70ern befürwortet wird. Für die totalitäre Mentalität bedeutet dies „Israel hassen", oder „die Vereinigten Staaten hassen". König Ahab und die Schmeichler an seinem Hof, der Kreml und seine Kommissare, und andere, die erbärmliche Unterwerfung unter die Machthabenden verlangen, werden sicherlich zustimmen. Jene, welche Freiheit, Gerechtigkeit und Menschenrechte schätzen, werden einen anderen Weg gehen, wie es in der Geschichte immer schon gewesen ist.



*Ausstellung der"Müllmenschen" des Kölner Aktionskünstlers H.A. Schult auf der Kölner Fachmesse Entsorga. Foto: R.Maro, version-foto.de*

„Wirtschaftsglobalisierung", schreibt John Pilger sei „ein Projekt, das so alt ist wie Kanonenboote" (in "Humanitarian Intervention is the Latest Brand Name of Imperialism", New Statesman vom 28. Juni 1999). Die historische Parallele zwischen imperial-staatlicher Gewalt und Globalisierung, die Pilger hier herstellt, wird an interessanter Stelle wiederholt – so im Sunday Magazine der New York Times. Dort schrieb vor vier Jahren der Araberfresser, Times-Kolumnist und Globalisierungsenthusiast Thomas Friedman folgende Zeilen – gerade als sich die Clinton-Administration anschickte, Belgrad zu bombardieren: „Die verborgene Hand des Markts wird nie ohne eine verborgene Faust agieren. MacDonald's blüht nicht ohne McDonnell Douglas, Konstrukteur des F-15. Und die verborgene Faust, die die Welt für die Technologien des Silicon Valley sicher erhält, heißt US-Armee, Airforce, Navy, Marine-Korps... Ohne Amerika 'on duty' gibt es kein Amerika 'online'". („A Manifesto for the Fast World", New York Times, 28. März 1999)

### Das neoliberale Rezept hinter der US-Zerstörung des Irak

Ein Beispiel aus jüngerer Zeit ist der Irak – ein Land, verheert in weniger als zwei Dekaden durch drei Kriege, zwei US-Invasionen und das massenmörderische zehnjährige Programm der von den USA aufoktroyierten Wirtschaftssanktionen. Und während die tödlichste aller Armeen in der Geschichte ihre indefinitive Besatzung des Landes fortsetzt, teilt, laut New York Times, der oberste Zivilverwalter der USA im Irak, Paul Bremer, dem von den USA ernannten irakischen Regierungsrat mit, der Irak müsse einen Großteil seiner „Industrien für ausländische Investitionen aufhebeln". Laut eines Bremer-Memos an den Rat, so die Times, „muss" der Irak „eine offene Wirtschaft kreieren, in einer Region, die mit ihren heimischen Märkten lange Zeit protektiv verfuhr" – eine Region, dominiert vom „sozialististischen Wirtschaftsdogma". Der „künftige Wohlstand" der Nation werde davon abhängen, „wie erfolgreich sie ausländische Investitionen anlocken (kann)". Indem sie ihr „sozialistisches" und „protektionistisches" Vermächtnis überwinden, so Bremer, „eröffnen" die Irakis „eine neue Lebensader für eine Ökonomie, die während Saddam Husseins Regime nach Kapital dürstete" – auf diese Weise könnten sie ihre Wirtschaft „demokratisieren". Dabei erlaubt der Bremer-Vorschlag, laut Times, andererseits „ausländischen Investoren, ihre Profite außer Landes zu schaffen, ohne Verpflichtung, ihr Geld (im Irak) zu reinvestieren." (Richard A. Oppel, Jr., „U.S. Seeking Foreign Investment for Iraq," New York Times, 26. August 2003. A10). Bremers Memo exemplifiziert das orthodox-neoliberale Rezept für eine globale Entwicklung – bekannt unter dem Namen 'Washington-Konsens'. Gemäß dieser Formel (mit imperialer Willkür aufoktroyiert (denn interessanterweise sind die reichsten Nationen von vielen der wichtigsten Diktate ausgenommen) durch die USA und den von ihnen dominierten Weltfinanz- und -handelsorganisationen, wie IWF, Weltbank u. WTO) maximiert sich Wachstum, bei gleichzeitigem Anstieg der Armut, durch den Abbau von Schranken des freien Kapitalflusses, des Waren-, Währungs- und Dienstleistungsflusses. Dazu müssen Nationalökonomien einerseits der Disziplin des globalen kapitalistischen Markts unterworfen werden und sich andererseits für dessen Möglichkeiten öffnen.

### Das neoliberale „System funktioniert nicht auf der Ebene der Menschen"

Der Bremer'sche „Vorschlag" wird in allen wichtigen Punkten auf die Unterstützung Ahmed Chalabis rechnen können, eines früheren internationalen Bankers u. Washington-Lobbyisten. Der neoliberale Chalabi – in den USA ausgebildet (University of Chicago) – ist Liebling George Bushs. Jetzt sitzt er jenem Komitee des irakischen Regierungsrats vor, das das Memo „studieren" soll. Dem irakischen Volk ist anzuraten, Bremers Ratschlag mit Vorsicht zu genießen. Denn nach über 25 Jahren globaler „Entwicklung" – gemäß den sogenannten Richtlinien zum „freien Handel / freien Kapitalfluss", wie sie Bremer und Chalabi favorisieren, kommt das 'United Nations Human Development Program' zu folgendem Schluss: Die „globale Ungleichheit bei Einkommen und Lebensbedingungen hat inzwischen groteske Proportionen angenommen." Laut Bericht

*Paul Street*

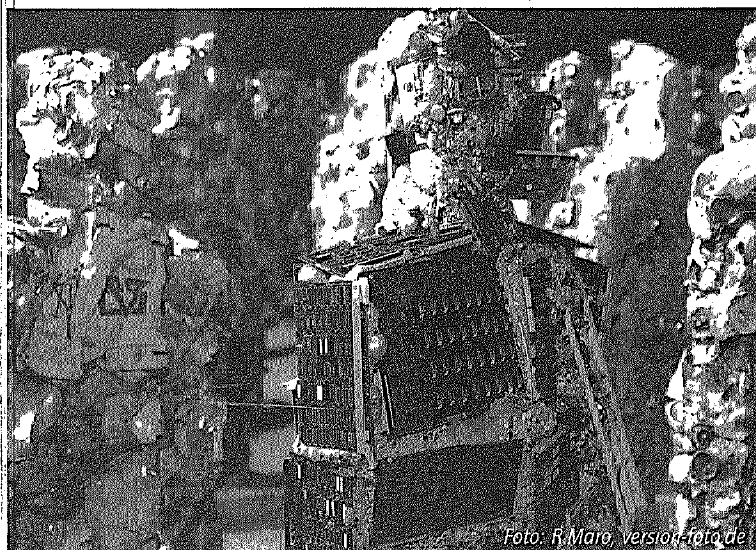
# Globalisierung von oben nach unten

Übersetzung: Andrea Noll

des 'Human Development' der Vereinten Nationen „konzentriert" die Globalisierung „Macht und Reichtum auf eine kleine, privilegierte Gruppe von Menschen, Nationen und Korporationen, und die anderen werden marginalisiert". Eine Beurteilung, die seltsamerweise auch durch die CIA und das 'US Space Command' – in deren Vision-Statements zum 21. Jahrhundert – gestützt wird. Beide Agenturen sagen eine Steigerung der terroristischen Bedrohung für die „nationalen Interessen der USA und US-Investitionen" voraus. Diese Bedrohungen erwüchsen zum Teil aus der „Globalisierung". Man gibt zu, die Globalisierung habe zur Vergrößerung der Kluft zwischen „Besitzenden" und „Habenichtsen" auf dem Planeten geführt (interessanterweise das genaue Gegenteil von dem, was in offiziellen US-Statements erklärt wird, nämlich, der „Freihandel" sei universal von nutzen).

Das Datenmaterial gibt ihnen recht. Die Einkommenskluft zwischen dem reichsten Fünftel und dem ärmsten Fünftel aller Weltnationen (berechnet durch das durchschnittliche nationale Pro-Kopf-Einkommen) betrug 1960 noch 30:1. 1997 betrug die Ratio schon 74:1. 1980 war das mittlere Einkommen in den 10% reichsten Ländern 77 mal so hoch wie das in den 10% ärmsten Ländern; bis 1999 vergrößerte sich die Kluft auf 122. „1980", so Weller und Hersh, „lebten die 10 Prozent Ärmsten der Welt – 400 Millionen Menschen – von einem Betrag, der 79 USCents pro Tag entsprach oder weniger. Dieselbe Anzahl (Menschen) hatte 1990 79 US-Cents zur Verfügung, 1999 noch 78 US-Cents. Das Einkommen der Ärmsten dieser Welt konnte also nicht mal mit der Inflation Schritt halten". Die 200 reichsten Menschen der Welt (größtenteils aus den entwickelten Staaten des Nordens) konnten ihren Reichtum zwischen 1994 u. 1998 auf $1 Billion verdoppeln, während gleichzeitig mehr als 1,3 Milliarden Menschen in den 'Entwicklungsländern' mit weniger als 1 Dollar am Tag auskommen mussten (1 Dollar ist die Grenze, unter der laut Weltbank „bittere Armut" anfängt). Der Boston Globe schreibt, bis zur Jahrtausendwende sei die „Globalisierung für die reichsten 20 Prozent der Weltbevölkerung zu einem Boom geworden, für alle anderen jedoch (war es) eine Pleite". Der Korrespondent der Chicago Tribune, RC Longworth hielt zum Ende des 20. Jahrhunderts fest, die „sprudelnde Wirtschaft" der Welt, „macht wenige reich", „den Rest umgeht sie". Longworth Einschätzung: „das 21. Jahrhundert begann ebenso wie das 20. mit einer Belle Epoche, für die, die das Glück hatten, in ihren Genuss zu kommen." Aber für die „Mehrheit" der Welt, „(die)... in den Elendsvierteln der Außenbezirke des globalen Dorfs leben, sieht die Sache ganz anders aus". Longworth denkt an „den Rest der Menschheit" – jenseits der reichen Minderheiten: „Millionen nomadisierende Arbeitslose in China, Straßenmenschen in Kalkutta, europäische Arbeiter ohne Job, 28 Prozent der Amerikaner haben Hungerlöhne, halbgebildete junge Männer in Marokko, die in vier Sprachen betteln, die hoffnunglos Armen Afrikas, Kinderarbeiter in Bangladesh, Rentner in Polen und Russen, die sich fragen, was ist aus unserem Leben geworden?"

Besonders erschütternd die Berichte aus Russland – jener gefeierten neuen „Demokratie", jener „offenen Wirtschaft", befreit aus den satanischen Klauen der „sozialistischen" Diktatur. Aber der Enthusiasmus des russischen Volks für die Globalisierung unter US-Führung und „den Marsch der Freiheit" (gemäß neoliberaler u. neokonservativer Doktrin dasselbe) bzw. für den Globalkapitalismus hat einen Dämpfer erhalten. Nach dem Zusammenbruch des „marxistischen" Sowjetstaats fiel die Nation in die schlimmste Depression, die eine industrialisierte Gesellschaft je erlebt hat. John Lloyd, früherer Chef des Moskau-Büros der Financial Times, berichtet in einem Artikel der New York Times, Sommer 1999, mit dem Titel 'Russische Devolution (Rückentwicklung)': Im Russland nach dem Kalten Krieg seien die „Russen – frei, um reich zu werden – ärmer" geworden. Und weiter: „Der Reichtum der Nation hat abgenommen – zumindest jener Teil des Reichtums, in dessen Genuss das Volk kommt. Man nimmt an, dass die Top 10% 50% des staatlichen Reichtums besitzen; die am unteren Ende, 40%, (besitzen) weniger als 20%. Zwischen 30 und 40 Millionen (Russen) leben unterhalb der Armutsgrenze, die bei etwa $300 monatlich festgelegt ist. Das Bruttoinlandsprodukt sackte mit jedem Jahr der russischen Freiheit weiter ab, mit Ausnahme vielleicht – 1997. Aber da


Foto: R. Maro, version-foto.de

stieg es bestenfalls um weniger als 1 % an. Die Arbeitslosigkeit, die zu Sowjetzeiten offiziell gar nicht existierte, liegt inzwischen offiziell bei 12 %, in Wirklichkeit aber wohl bei 25 %. Männer sterben heute im Durchschnitt mit Ende 50. Krankheiten wie Tuberkulose und Diphterie sind wieder da. Soldaten leiden an Unterernährung. Die Population geht rapide zurück". Dank solcher Zahlen u. Berichte musste selbst Weltbank-Präsident James Wolfensohn vor drei Jahren einräumen, das globale neoliberale „System funktioniert nicht" "auf der Ebene der Menschen" – so nennt er das. Eine sehr wesentliche Ebene – sollte man doch hoffen. „Haben wir die Demokratie nur", so Lula da Silva, als er in den 90gern Führer der 'Brasilianischen Arbeiterpartei' war, „damit uns das Recht zusteht, vor Hunger zu schreien?" Und im selben Jahrzehnt schreibt Noam Chomsky in einer Studie, die sich kritisch mit dem globalen Neoliberalismus auseinandersetzt: „Freiheit ohne Chancen ist ein Geschenk des Teufels".

## Globalisierung von oben nach unten

Die vom „Teufel Beschenkten" sind aber keineswegs Opfer der Globalisierung per se. Ihre Probleme rühren von den „Mechanismen" einer speziellen Form der Globalisierung – die unter dem Kommando des westlichen Kapitals steht: eine privilegienfreundliche Globalisierung von oben nach unten. Das herrschende non-liberale Modell, aufoktroyiert durch die USA und den von ihr dominierten globalen Finanz- und Handelsorganisationen, „kickt" den Ländern, die im Weltssystem an der Peripherie existieren, „die Leiter weg" – die Leiter zur Entwicklung. So verhindert man, dass diese Länder zu den gleichen politischen Strategien greifen können, die in den Kernländern und den semi-peripheren „industriellen Spätentwicklern" „erfolgreich" zur Entwicklung des internationalen Wettbewerbs geführt haben. Zu diesen Strategien zählen: Einfuhrbeschränkungen, Industriepolitik, staatliche Industrien u. umfassende Kontrolle von ausländischem Kapital bzw. der Wechselkurse.

Das von den USA favorisierte Modell spielt die überschuldeten „Entwicklungsländer" unfair gegeneinander aus – in einer Orgie des Exportwettbewerbs – während ihnen gleichzeitig (im Namen des „freien Markts") das Recht verweigert wird, die heimische Wirtschaft vor massiv subventionierten Importen der „entwickelteren" Länder und vorm Eindringen der ebenfalls massiv staatlich subventionierten multinationalen Konzerne mit Sitz in den reichen Nationen zu schützen. Wollen arme Länder Zugang zur Weltwirtschaft, fordert das Modell von ihnen einen hohen Preis. Geopfert werden muss eine gesicherte Ernährungslage und das ökologische Gleichgewicht. Die geringen (Finanz-) Mittel werden aus Bereichen wie Bildung, Gesundheit, soziale Dienstleistungen und Umweltschutz abgezogen und an die reichen Aktionäre und Konzerne weitergeleitet. Das Modell benutzt den 'Schutz geistigen Eigentums' der den reichsten Staaten zusteht, um den 'Entwicklungsländern' mehrere $ 10 Milliarden abzuknöpfen. Unter diesem 'Schutz' versteht man die teure, ineffiziente und für viele tödliche Patent-Monopolisierung, die überwiegend Konzernen aus Europa und Nordamerika zugutekommt. Das Modell dereguliert globale Währungen und den Kapitalfluss und macht Länder und Regierungen so zu Geiseln häufig wechselnder Marktstimmungen, es erzeugt Finanzkrisen, unter denen Millionen Menschen leiden. Das Modell privilegt autoritäre Strukturen gegenüber echter Demokratie, da demokratischere Staaten tendenziell höhere Löhne zahlen und bessere Umweltstandards halten. Noch schlimmer, das Modell überschwemmt die Welt mit einer Flut von Waffen. Auf diese Weise wird weiter Benzin in die Flammen der Gewalt und des Terrors gekippt – Flammen, genährt durch die destabilisierenden Auswirkungen der Konzern- und Finanzkapitalisierung. Das Modell produziert Müll und zerstört die natürlichen Lebensräume – in so gewaltigem Maßstab, dass die Erde sich nicht mehr regenerieren, nicht mehr selbstheilen, kann. Das Modell plündert und requiriert, was früher „Gemeingut" war – Gemeingut, der Menschen und der Natur – zum privaten Nutzen, häufig ist es der der Konzerne. Alles – ganz gleich ob Wasser, Land, Luft, Tiere, Vegetation, Krankenversicherung, Wissenschaft, Bildung, Kultur, öffentlicher Raum, menschliche Arbeitskraft, Liebe oder Politik – wird zur Ware, zu einer Chance für private Investoren.

Wen wundert's, dass die „Wirtschaftsglobalisierung" Kanonenboote braucht, A-10 Warzenschwein-Kampfflieger und B-2 Bomber.

Eigentlich unnötig anzumerken, dass diese Art der globalen Integration mit „Demokratie" nichts zu tun hat. Edward S. Herman sagt: „... die Globalisierung (von oben nach unten) der letzten Jahrzehnte beruhte nie auf der demokratischen Entscheidung der Völker der Welt, vielmehr war dieser Prozess wirtschaftsgesteuert, durch Wirtschaftsstrategien und Taktik, zum Wohle der Wirtschaft". Und ganz oben auf der Liste dieser „Wirtschaftsziele" steht die Schwächung des Volks als Souverän – im In- wie im Ausland. Mittels der Globalisierung versucht das Kapital, Volks- und Regierungsregularien zu umgehen, zu unterlaufen bzw. auszuschalten. Die Macht der Arbeit soll zurückgefahren werden – sowohl in den Kernländern des globalen Wirtschaftssystems als auch an dessen Peripherie.

Demokratie heißt: eine Person gleich eine Stimme; alle haben den gleichen Einfluss auf die Politik, unabhängig (unter anderem) von ihren Besitzverhältnissen. Es ist daher kaum vorstellbar, dass eine demokratisch empowerte Volksmehrheit irgendeines Landes – oder die Weltbevölkerung – ein solches Weltsystem akzeptieren würde. Wen wundert's da, dass eine Globalisierung, die obigem Modell folgt, zum „Kanonenboot" (Pilger) bzw. zur (mehr oder minder) „versteckten Faust" (Friedman) greifen muss? Und wen wundert's, dass es eine Verbindung gibt zwischen dem wuschelköpfigen, mürrischen Bremer und dem grauen Pentagon-Gangster Donald Rumsfeld bzw. dass Bremer Rumsfelds Untergebener ist? Rumsfeld zitiert gern Al Capone: „Ein nettes Wort und eine Kanone wirken besser als ein nettes Wort allein".

# Von Tellerwäschern und „toten B

*von Michael Moore*

Vielleicht der größte Erfolg des Kriegs gegen den Terror, dass man es geschafft hat, die Nation vom Krieg der Konzerne gegen uns abzulenken. In den beiden Jahren, die seit den Angriffen vom 11.9. vergangen sind, befand sich Amerikas Geschäftswelt auf einer Art durchgeknallter Poltertour. Resultat, Millionen Durchschnittsamerikaner verloren ihre Rücklagen, ihre Renten wurde geplündert, und die Hoffnung auf eine komfortable Zukunft für ihre Familien gedämpft, wenn nicht gar zerstört. Die Banditen der Geschäftswelt (und ihre Regierungs-Komplizen), die unsere Wirtschaft ruiniert haben, versuchten, die Schuld den Terroristen anzuhängen, sie versuchten, sie Clinton anzuhängen und uns. Tatsache ist, die gründliche Zerstörung unserer wirtschaftlichen Zukunft liegt einzig und allein an der Gier der Konzern-Mudschahedins.

Der Takeover fand genau vor unserer Nase statt. Unter Zwang hat man uns irgendwelche äußerst wirksamen "Drogen" eingeflößt, die uns ruhigstellen sollten, während uns diese Bande gesetzloser Geschäftsführer (*CEOs*) ausraubte. Die eine Droge heißt Angst, die andere Horatio Alger. Die Angstdroge wirkt folgendermaßen: Ständig wird uns gesagt, böse Schreckgestalten werden euch töten, aber setzt euer Vertrauen ruhig in uns, eure Konzernführer, wir werden euch beschützen. Und weil wir so genau wissen, was das Beste ist, stellt keine Fragen, wenn wir euch bitten, unsere Steuererleichterungen zu zahlen oder wenn wir eure Leistungen im Krankheitsfall kürzen oder die Kosten für den Hauskauf hochtreiben. Aber falls ihr das Maul aufreißt, die Regeln nicht befolgt und euch nicht den Hintern abschuftet, werdet ihr von uns einen Tritt bekommen – und viel Glück bei der Jobsuche angesichts dieser Ökonomie, ihr Penner! Die zweite Droge ist netter. Unsere erste Dosis hat man uns schon als Kind verpasst – in Form eines Märchens, aber eines Märchens, das Wahrheit werden kann! Es geht um den Horatio-Alger-Mythos. Ende des 19. Jahrhunderts war Alger einer der populärsten amerikanischen Autoren. Im Mittelpunkt seiner Geschichten stehen Charaktere aus verarmten Verhältnissen, die es mit Schneid, Entschlossenheit und harter Arbeit zu einer Menge gebracht haben – im Land der unbegrenzten Möglichkeiten. Die Botschaft lautet: In Amerika kann's jeder zu was bringen – 'big' ist angesagt. Wir hier in Amerika sind süchtig nach diesem glückseligen Vom-Tellerwäscher-zum-Millionär-Mythos. Leute in anderen industriellen Demokratien sind schon zufrieden, wenn sie genug Geld machen, um ihre Rechnungen bezahlen und die Kinder großziehen zu können. Die wenigsten kennen die mörderische Gier, reich zu werden. Diese Leute leben in der Realität. Und in dieser Realität gibt es ein paar wenige Reiche – zu denen du nicht gehörst. Also gewöhn' dich dran. Natürlich sind die Reichen in diesen Ländern sehr, sehr vorsichtig, um das Gleichgewicht nicht zu stören. Auch unter ihnen gibt es geldgierige Bastarde, aber selbst die müssen sich an die Limits halten. Nehmen wir nur das produzierende Gewerbe. Ein britischer *CEO* verdient 24 mal soviel wie sein Durchschnittsarbeiter – die größte Kluft in Europa. Deutsche *CEOs* beispielsweise verdienen nur 15 mal mehr wie ihre Angestellten und schwedische *CEOs* 13 mal mehr. Hier in den USA bekommt der durchschnittliche *CEO* 411 mal mehr Gehalt als sein Blue-Collar-Arbeiter. Reiche Europäer zahlen bis zu 65% Steuern – und machen nicht viel Wind. Die Leute könnten sie sonst zwingen, noch mehr abzudrücken. Aber in den USA haben wir Angst, es ihnen heimzuzahlen. Wir hassen es, unsere *CEOs* ins Gefängnis zu stecken, wenn sie Gesetze brechen. Und wir sind überglücklich, wenn wir ihnen die Steuern kürzen können, selbst wenn unsere Steuern raufgeh'n! Denn, wir wollen uns schließlich nicht ins eigene Fleisch schneiden – wenn wir eines Tages Millionär sind. Es ist ja so glaubhaft – wir haben es selbst erlebt, es passiert tatsächlich! In jeder Gemeinde existiert zumindest eine Person, der/die sich brüstend als Vom-Tellerwäscher-zum-Millionär-Vorzeigemodell präsentiert, jemand die/der die eher weniger subtile Botschaft vertritt: "SCHAUT HER! ICH HAB'S GESCHAFFT! UND IHR KÖNNT ES AUCH!"

> Die gründliche Zerstörung unserer wirtschaftlichen Zukunft liegt einzig und allein an der Gier der Konzern Mudschaheddins.

Ein verführerischer Mythos, der in den 90gern viele Millionen Menschen der arbeitenden Bevölkerung dazu gebracht hat, an die Börse zu geh'n und zu investieren. Sie haben gesehen, wie reich die Reichen in den 80gern wurden und für sich gedacht: "Hey, das könnte mir auch passieren!" Und die Reichen taten alles, um sie in dieser Haltung zu bestärken. Dazu muss man wissen, 1980 besaßen lediglich 20% der Amerikaner Aktien. Wall Street war ein Spiel für Reiche – Sperrgebiet für Otto Normalverbraucher und Erika Mustermann. Ende der 80ger aber war die Sache mit den Exzess-Gewinnen für Reiche so ziemlich ausgereizt und guter Rat teuer – wie sollte man den Markt weiter am wachsen halten? Kann sein, es war der Geistesblitz eines einzelnen Brokergenies oder aber die aalglatte Konspiration aller Gutbetuchten. Jedenfalls hieß das Spiel jetzt: „Hey, überzeugen wir die Mittelklasse, uns ihr Geld zu überlassen, und wir werden noch reicher!" Plötzlich schien es, als ob jeder, den ich kannte, auf den Aktienzug aufsprang. Man ließ zu, dass die Gewerkschaft sämtliche Rentengelder in Aktien anlegte. Und die Medien überschlugen sich mit solchen Stories – ganz normale Leute aus der Arbeiterschicht könnten als Fast-Millionäre in den Ruhestand gehen! Es war wie ein Fieber, das alle ansteckte. Arbeiter lösten flink ihre Lohnschecks ein und riefen ihren Broker an, damit der noch mehr Aktien kauft. Ihren Broker! Natürlich gab es Aufs und Abs. Aber meistens ging's bergauf, so oft bergauf, dass du dich selber sagen hörtest: „Meine Aktien sind auf 120% gestiegen. Mein Wert hat sich verdreifacht". Dein Alltagsschmerz wurde gelindert, wenn du an die Altersvilla dachtest, die du dir eines Tages kaufen kannst oder an den Sportwagen, den du dir schon morgen leisten kannst, falls du dich auszah-

Übersetzung: Andrea Noll

auern"

len lässt. Nein, lieber noch nicht auszahlen! Die Sache steigt noch! Langen Atem beweisen! Easy Street – ich komme!

Schwindel. Das alles war nur ein Trick, ausgeheckt von den Konzern-Mächtigen, die nicht im Traum daran dachten, dich in ihren Club aufzunehmen. Sie brauchten einfach nur dein Geld, um auf die nächste Ebene zu kommen – jene Ebene, die verhindert, dass sie je wirklich für ihren Lebensunterhalt arbeiten müssen. Ihnen war klar, der große Boom der 90ger würde nicht ewig halten. Also brauchten sie euer Geld, um den Wert ihrer Firmen künstlich in die Höhe zu treiben. Ziel war es, die Aktien bis zu einem phanstastischen Wert hochzujagen, so dass man am Auszahltag für immer ausgesorgt hat – ganz gleich, wie schlecht die Wirtschaft läuft. Und genau das passierte. Während der Durchschnittsidiot noch auf die Blubberköpfe von CNBC hörte, die ihm sagten, kauf' noch mehr Aktien, stahlen sich die Ultrareichen klammheimlich vom Markt. Und die Aktien ihrer eigenen Firmen verkauften sie als Erstes. September 2002 veröffentlichte 'Fortune magazine' eine schwindelerregende Liste von Konzern-Gangstern, Leute, die sich zwischen 1999 und 2002 wie Banditen weggestohlen hatten, während der Wert ihrer Firmenaktien um 75% und mehr fiel. Ganz oben auf dem Sündenregister der Name Qwest Communications. Zu Spitzenzeiten wurden Qwest-Aktien mit fast $ 40 gehandelt. Drei Jahre später waren dieselben Aktien nur noch $ 1 wert. Und in der Zwischenzeit machten sich Qwest-Direktor Phil Anschutz, Qwests Ex-CEO Joe Nacchio und andere leitende Angestellte mit $ 2.26 Milliarden aus dem Staub – indem sie verkauften, bevor der Kurswert vollends abstürzte. Der Durchschnitts-Investor blieb im Geschäft und vertraute weiter auf die miesen Ratschläge. Und der Markt stürzte ab, ab, ab. Mehr als 4 Billionen Dollar gingen durch die Börse verloren und eine weitere Billion an Rentenfonds und Studiengeldern für die Uni. Hier nun meine Frage: Wie kann es sein, dass nachdem sie die amerikanische Öffentlichkeit geschröpft und den amerikanischen Traum der meisten Arbeiter zerstört haben, die Reichen nicht gekielholt oder gevierteilt oder in der Morgendämmerung am Stadttor aufgehängt werden? Stattdessen bekommen sie einen feuchten Kuss vom Kongress – in Form einer Rekord-Steuerkürzung – und der Rest ist Schweigen. Wie kann das sein? Meiner Ansicht nach liegt es daran, dass wir immer noch Horatio-Alger-Junkies sind. Wir hängen nach wie vor an der Fantasie-Droge. Trotz des erlittenen Schadens und obwohl man ihm/ihr das Gegenteil bewiesen hat, will der Durchschnittsamerikaner/die Durchschnittsamerikanerin einfach nicht vom Glauben lassen, auch er oder sie (meistens er) könnte eines Tages, wenn auch nur vielleicht, das große Los ziehen. Greift ihn nicht an, den reichen Mann – eines Tages könnte ich dieser Reiche sein!

Hört zu, Freunde, ihr müsst euch der Wahrheit stellen: ihr werdet nie reich. Die Chance ist 1 zu eine Million. Ihr werdet nicht nur nicht reich, ihr werdet euch vielmehr den Rest eures Lebens den Hintern aufreißen, nur um euer Kabelfernsehen zu bezahlen und den Kunst- und Musikunterricht für eure Kinder, die auf eine öffentliche Schulen gehen, wo diese Kurse früher umsonst waren. Und alles wird nur noch schlimmer. Vergesst die Rente. Vergesst soziale Absicherung. Vergesst eure Kinder. Sie werden sich nicht um euch kümmern können, denn wenn ihr alt seid, werden sie kaum genug Geld für sich selbst haben. Und falls Sie jemand sind, der/die immer noch an dem Glauben festhält, nicht alles an Konzern-Amerika sei schlecht, hier ein Beispiel, was unsere guten Wirtschaftskapitäne nun wieder ausgeheckt haben. Sind Sie sich im Klaren, dass Ihre Firma eventuell eine Lebensversicherung auf Sie abgeschlossen hat? Oh, wie nett von denen, werden Sie sagen. Yeah, ich zeig' Ihnen, wie nett das wirklich ist: In den letzten 20 Jahren haben Firmen wie Disney, Nestle, Procter & Gamble, Dow Chemical, JP Morgan Chase u. WalMart klammheimlich Lebensversicherungen auf ihre Angestellten der unteren und mittleren Ebene abgeschlossen und sich selbst – also das Unternehmen – als Begünstigte eingesetzt! Sie lesen richtig: Wenn Sie sterben, kassiert Ihre Firma – nicht etwa Ihre Hinterbliebenen. Falls es Sie noch während Ihrer Berufstätigkeit erwischt, umso besser. Die meisten Lebensversicherungen sind so ausgestaltet, dass mehr ausbezahlt wird, wenn der/die Verblichene jung war. Aber selbst wenn Sie ein langes, erfülltes Leben haben sollten und sterben, nachdem Sie Ihre Firma längst verlassen haben, wird diese an Ihnen verdienen. Und ganz unabhängig davon, wann Sie abtreten, die Firma kann Ihre Police beleihen bzw. sie von der Steuer, die der Konzern abführt, abziehen. Viele dieser Unternehmen haben ein System entwickelt, wie sie dieses Geld als Bonus an leitende Angestellte weitergeben – Autos, Häuser, Karibik-Trips. Wenn Sie sterben, machen Sie Ihren Chef zum glücklichsten Mann – in seinem Jacuzzi-Whirlpool auf St. Bart's. Und nun raten Sie mal, wie Konzern-Amerika diese spezielle Art der Lebensversicherung im Stillen nennt?



*Josef Ackermann beim Einlauf in den Gerichtssaal.*

„Versicherung für tote Bauern".

Ganz recht, „tote Bauern". Denn das sind Sie für die: Bauern. Und tot bringen Sie denen eventuell mehr als lebend.

*„Was motiviert die USA dazu, nachhaltige Entwicklung voranzutreiben?"*

Das ist mir neu – die USA treiben nachhaltige Entwicklung voran? Soweit mir bekannt ist, setzen sie sich für unnachhaltige Nichtentwicklung ein. Die in der amerikanischen Politik eingebetteten Programme sind darauf ausgerichtet, Entwicklung und Wachstum zu behindern. So etwa die WTO-Regeln, TRIPs und TRIMs – das Abkommen über handelsrelevante Aspekte des geistigen Eigentums und das Abkommen über handelsbezogene Investitionsmaßnahmen. Die Gesetze zum geistigen Eigentum schützen lediglich das Kontroll- und Preismonopol und garantieren, dass Konzerne – oder, in der Zwischenzeit, Megakonzerne- das Recht haben Monopolpreise festzusetzen; dass Pharmazeutischen Produkten ein Preisniveau garantiert wird, auf dem sie für einen Großteil der Welt unerschwinglich bleiben. Unerschwinglich selbst für Menschen hier bei uns. Medikamente in den USA sind viel teurer als die gleichen Medikamente im benachbarten Kanada, teurer sogar als in Europa. In der dritten Welt bedeutet dies schlicht den Tod für Millionen Menschen.

Andere Länder können diese Arzneien herstellen. Früher gab es im Patentrecht Verfahrenspatente. Ich weiss gerade nicht, inwieweit diese rechtens waren, aber Verfahrenspatente, das hieß dass, wenn irgendein Pharmaziebetrieb eine Verfahren zur Herstellung einer Arznei entwickelt hatte, dann konnte jemand Schlaueres daherkommen und eine besseres Verfahren entwickeln. Nur das Verfahren an sich war patentgeschützt. Wenn also, z. B. der pharmazeutische Sektor in Brasilien einen besseren und billigeren Weg fand, gut, dann konnten er den gehen. Patente wären in so einem Fall unverletzt geblieben. Die Regeln der Welthandelsorganisation bestehen hingegen auf Produktpatente, was die Entwicklung besserer Methoden unmöglich macht. Man beachte, dass Wachstum und Entwicklung damit verhindert werden. Und das ist so gewollt. Die Absicht ist es, Innovation, Wachstum und Entwicklung zu behindern und extrem hohe Profite zu sichern.

Natürlich behaupten die Pharmakonzerne und andere, sie wären auf diese Regelung angewiesen, um die Kosten für Forschung und Entwicklung reinzuholen. Aber sehen wir doch mal genauer hin. Ein sehr beachtlicher Teil der Forschung und Entwicklung wird ohnehin von der Gesellschaft bezahlt. Im engeren Sinne liegt dieser Anteil bei 40 – 50 %. Aber diese Schätzung greift zu kurz, sie rechnet die biologische und wissenschaftliche Grundlagenforschung nicht mit ein – die wird komplett vom Staat bezahlt. Wenn man also realistisch rechnet, wird ein sehr hoher Prozentsatz ohnehin schon mit öffentlichen Geldern finanziert. Nehmen wir mal an, wir fahren das auf 100 % hoch. Dann gäbe es gar keine Motivation für Monopolpreise mehr, dem Wohlfahrtsstaat käme dies gewaltig zu gute. Ökonomisch vertretbare Gründe, die dagegen sprächen, gibt es nicht. Nun, ein ökonomisches Motiv gibt es doch, den Profit. Aber hier ist er bemüht, Wachstum und Entwicklung zu behindern.

*Aber was ist mit dem Abkommen über handelsbezogene Investitionsmaßnahmen (TRIMs)?*

Was diese bewirken? Das TRIPs (Abkommen über handelsrelevante Aspekte des geistigen Eigentums) ist schlichter Protektionismus zugunsten der Reichen und Mächtigen, via öffentlich subventionierter Konzerne. TRIMs ist da ein wenig subtiler. Es verlangt, dass kein Staat den Entscheidungen eines Investors Bedingungen auferlegen darf. Nehmen wir an, General Motors möchte Outsourcing betreiben, also Teile in einem anderen Land fertigen lassen, unter Billiglohnbedingungen und ohne Gewerkschaften, und sie dann wieder an General Motors zurückschicken. Nun, die erfolgreichen Entwicklungsländer Asiens – ein Grund für ihre Entwicklung war, dass sie solche Praktiken verboten haben. Sie bestanden darauf, dass Auslandsinvestitionen so gerichtet werden müssen, dass sie für das Empfängerland produktiv wirksam sind. Es musste also ein Technologietransfer stattfinden, oder man konnte vorschreiben, in welche Standorte investiert wird, oder ein Teil der Investition musste in den Export gewinnbringender Fertigerzeugnisse münden. Lauter solche Instrumente. Sie sind ein Grund für das asiatische Wirtschaftswunder. Übrigens haben sich alle anderen Entwicklungsländer genauso entwickelt, inklusive der Vereinigten Staaten, mit Technologietransfer von England. Solche Maßnahmen werden durch das Abkommen über handelsbezogene Investitionsmaßnahmen blockiert. Oberflächlich klingt es so als ob der Freihandel gefördert werde, tatsächlich aber wird Spielraum riesiger Konzerne und deren zentralisierte Kontrolle über grenzüberschreitende Transaktionen erweitert. Denn genau das sind Outsourcing und firmeninterner Transfer – zentralistisch kontrolliert. Handel im eigentlichen Sinne ist dies keiner. Und, wiederum, Wachstum

Noam Chomsky

# Von TRIPs

Prinzipien der WTO unterminieren Wachstum u

und Entwicklung werden dadurch behindert.

Im größeren Kontext gesehen wird hier ein Regelwerk festgeschrieben, das jene Form der Entwicklung verhindert, die in allen reichen und industrialisierten Ländern stattgefunden hat – nicht die denkbar beste Form der Entwicklung, aber Entwicklung immerhin. Wenn man zurückblickt auf die Vereinigten Staaten, Japan, Korea, Deutschland, Frankreich, – alle diese Staaten haben sich entwickelt, indem sie radikal gegen die Prinzipien verstiessen, die heute in die Welthandelsorganisation eingebaut werden. Diese Prinzipien dienen dazu, Wachstum und Entwicklung zu unterminieren und die Machtkonzentration zu sichern. Das Thema nachhaltige Entwicklung tritt gar nicht in Erscheinung. Das steht auf einem ganz anderen Blatt. Nachhaltige Entwicklung bedeutet, z. B., sich sogenannten externen Effekten zu widmen; jenen Dingen, für die Firmen sich nicht interessieren.

Nehmen wir mal den Handel. Handel soll Wohlstand fördern. Vielleicht tut er das, vielleicht nicht. Wir wissen es jedenfalls nicht, solange wir nicht die Kosten des Handels mit berechnen, inklusive der Kosten, die unbeachtet bleiben, so zum Beispiel der Kostenfaktor Umweltverschmutzung. Wenn etwas von hier nach dort geschafft wird, erzeugt dies Verschmutzung. Das nennt man einen „externen Effekt", das rechnen wir nicht. Dann gibt es Resourcenverbrauch, wie etwa den der Böden bei landwirtschaftlicher

# und TRIMs

ınd Entwicklung und sichern die Machtkonzentration




Foto: Ralf Maro, version

Produktion. Es gibt militärische Kosten. So wird der Ölpreis innerhalb einer gewissen Spanne gehalten, nicht zu hoch, nicht zu niedrig, indem ein beachtlicher Teil des Pentagon auf Ölproduzenten in Nahost gerichtet wird. Nicht weil die Vereinigten Staaten Wüstenmanöver liebt, sonder weil dort das Öl ist. Wir wollen sicherstellen, dass der Preis nicht zu hoch steigt, nicht zu tief fällt, sondern auf gewünschtem Niveau bleibt. Umfangreich ist die Forschung hierzu nicht, aber die Untersuchung eines Beraters für die U.S.-Energiebehörde schätzt, dass etwa 30% der Subventionen für den Ölpreis vom Pentagon geleistet werden, etwa in dieser Größenordnung.

Solcher Beispiele gibt es viele. Ein Kostenfaktor des Handels ist die Zerstörung der Erwerbsgrundlage bestimmter Menschen. Wenn wir subventionierte Agrargüter aus den USA nach Mexiko exportieren, werden Millionen armer Bauern aus der Landwirtschaft hinausgedrängt. Das ist ein Kostenfaktor. Es entstehen sogar mehrfach Kosten: Diese Millionen von Menschen leiden nicht allein, sie werden in die Städte getrieben, wo ihre Anwesenheit das Lohnniveau senkt, so dass andere leiden, darunter übrigens auch amerikanische Arbeitskräfte, die nunmehr mit noch niedrigeren Löhnen konkurrieren müssen. Das sind Kosten. Wenn man sie in die Bilanz aufnimmt, entsteht ein komplett anderes Bild ökonomischer Interaktion.

Das gilt übrigens auch schon für Dinge wie das Bruttoinlandsprodukt. Wenn man sich die Messgrößen des Bruttoinlandsprodukts ansieht – diese sind hochgradig ideologisch. Eine Möglichkeit, das Bruttoinlandsprodukt in den Vereinigten Staaten zu erhöhen, besteht darin, Straßen nicht zu sanieren. Und genau das geschieht auch. Wenn man Straßen nicht repariert, gibt es überall viele Schlaglöcher, und wenn Autos darüber fahren nehmen sie Schaden. Dass bedeutet, dass man ein neues Auto kaufen muss. Oder man muss es zur Reparatur in die Werkstatt bringen. Das alles vergrößert das Bruttoinlandsprodukt. Menschen erkranken an Luftverschmutzung. Das vermehrt das Bruttoinlandsprodukt, denn sie müssen ins Krankenhaus und Ärzte bezahlen, und die brauchen Medikamente, und so weiter. Die Dinge, die das Bruttoinlandsprodukt in der Gesellschaft, wie sie heute organisiert ist, vermehren, sind oft kein Maß für Lebensqualität im Sinne des Wortes.

Es hat Versuche gegeben, andere Messgrößen zu entwickeln, die solche Faktoren beachten. Sie bieten ein ganz anderes Bild der Lage. Die Vereinigten Staaten sind zum Beispiel eine der wenigen Industrienationen, die keinen regelmäßigen Bericht der „Sozialindikatoren" veröffentlichen, soziale Messwerte wie Kindesmisshandlungen, Sterblichkeit, lauter solche Dinge. Die meisten Staaten tun das. Jahr für Jahr messen sie ihre Sozialindikatoren. Nicht so die USA; das macht es schwer, ein Maß für die soziale Gesundheit des Landes zu kriegen. Aber es hat Anstrengungen in diese Richtung gegeben.

Es gibt ein Großprojekt an der Fordham University, einer jesuitischen Hochschule in New York. Sie versuchen dort seit Jahren ein Maß für soziale Gesundheit in den Vereinigten Staaten zu entwickeln. Ihr jüngster Bericht ist erst vor ein paar Monaten erschienen. Interessantes Material. Ihrer Analyse zufolge sind all die Indikatoren der Art, wie ich sie beschrieben habe, etwa bis 1975, das heisst, während des sogenannten „goldenen Zeitalters", mehr oder weniger zusammen mit dem Wirtschaftswachstum gestiegen. Sie haben sozusagen mit der Wirtschaft Schritt gehalten. So wie die Wirtschaft gewachsen ist, hat sich auch die soziale Gesundheit verbessert. Seit 1975 divergieren die Zahlen. Die Wirtschaft ist weiter gewachsen, wenngleich langsamer als zuvor, aber die soziale Gesundheit hat sich verschlechtert. Und sie verschlechtert sich weiter. Die Studie kommt sogar zu dem Schluss, dass die Vereinigten Staaten sich in einer Rezession befinden, in einer schwerwiegenden Rezession, vom Standpunkt der Messwerte betrachtet, die eigentlich wichtig sind. Wenn man also auf Themen wie nachhaltige Entwicklung schaut, Entwicklung im eigentlichen Sinne. Aber dazu bedarf es einer völlig anderen Perspektive auf all die Fragen der Ökonomie, der Konsequenzen, und so weiter. Eine Perspektive, die man unbedingt einnehmen sollte. Diese Fragen stellen sich, wenn man von nachhaltiger Entwicklung spricht, aber die USA betreiben gewiss kein solches Programm. Sie sollten es, tun es aber nicht.

Wenn von der Geschichte des Weltsozialforums die Rede ist, verweisen Historiker oft auf die drei wesentlichen Bedeutungen des Worts: „Forum" heisst zum einen, Ort, wo man sich trifft, an dem Diskussionen stattfinden, also „Agora". Gemäß der zweiten Bedeutung ist „Forum" gleich „Markt"; die dritte Bedeutung lautet: eine gewählte, zentrale Körperschaft, deren Entscheidungen bindend sind u. gelten. Das dritte „Sozialforum" in Porto Alegre (2003) war alles andere als „agora" – eher noch mehr „Markt" – und die Gefahr ist groß, dass es sich in eine richtiggehende Körperschaft gewählter Repräsentanten verwandelt (nur, dass diese nicht gewählt sind). Noam Chomsky sagt, die Schaffung einer „Internationalen", die auf antiauthoritären Prinzipien gründet und losgelöst ist vom historischen Ballast alter Antagonismen, wäre eine begrüßenswerte Entwicklung für die Andere-Globalisierungs-Bewegung. Rechtfertigt das Dritte Weltsozialforum (WSF) einen Optimismus in diese Richtung? Oder sehen wir uns vielmehr - nach wie vor - mit der Möglichkeit der Entstehung einer spezifischen 'Internationale der Verantwortungslosigkeit' konfrontiert?

Andrej Grubacic

# Leben nach dem Sozialforum

Meiner Ansicht nach lassen sich in Bezug auf die sogenannte „Antiglobalisierungs-Bewegung" zwei parallele Prozesse feststellen. Den einen Prozess will ich hier als „neuen Radikalismus" charakterisieren. Dieser nahm seinen Anfang mit dem Aufstand der Zapatisten. Durch ihn entstand das *Peoples Global Action* Netzwerk. Der zweite Prozess – ich nenne ihn den „traditionalistischen", enstand unabhängig vom anderen und erfuhr einen Schub durch Schaffung des WSF und der Regionalforen. Die weitere Geschichte dieser beiden – größtenteils parallel verlaufenden – Tendenzen ist weitgehend bekannt. Die Demonstrationen (Global Days of Action), die Foren, zudem Indymedia (das eine ganz spezifische Form der Kommunikation zwischen den Aktivisten schuf) – diese drei Dinge sind die wichtigsten und herausragendsten Manifestationen der Bewegung.

Den „neuen Radikalismus" kennzeichnet, dass man hier versucht, sich von den Praktiken der Altlinken zu lösen. Man verläßt das Terrain konventioneller Politik und entwickelt stattdessen einen eigenen Politikraum – „Politik von unten". Präfigurative Politik (eine Form der Organisierung, in der sich ganz bewusst die Welt widerspiegelt, die man sich zu schaffen wünscht) zählt ebenso dazu wie direkte Aktion, sozialer Ungehorsam, Antikapitalismus sowie Antidirigismus. Im Block der Traditionalisten hingegen sammeln sich die liberal-reformistischen Kräfte, die Repräsentanten der NGOs sowie Mitglieder altlinker, antikapitalistischer Parteien. Auch wenn an der Rhetorik etwas gefeilt wurde (siehe die berühmte „Zivilgesellschaft"), die Praxis ist doch dieselbe geblieben. Man will den Kapitalismus reformieren und ihm ein humanes Antlitz verleihen, man betreibt Lobbyarbeit über und mittels politischer Parteien und versucht, neue Parteimitglieder zu rekrutieren. Ziel ist der Kampf für eine neue Revolution, die diesmal aber keine „verratene" sein soll. Das Paradigma der Traditionalisten impliziert Loyalität gegenüber der traditionellen Praxis des politischen Aktionismus. Der '„neue Radikalismus" hingegen versucht ganz gezielt, mit diesen alten Paradigmen zu brechen. Was die Traditionalisten jedoch begriffen haben – das muss man ihnen wirklich lassen: die neue Bewegung birgt neue Elemente. Dass sie das begriffen haben, beweist allein schon ihre Idee, sich in „Foren" zu organisieren (Foren sind eine „neue" Organisationsform; die Organisierung hingegen verläuft weiter auf die „altbewährte" Art), und das beweist auch das Bemühen politischer Parteien, sich in Netzwerke zu verwandeln – vergleichbar dem Attac-Netzwerk.

Wie bereits gesagt: die unterschiedlichen Ausrichtungen (von „neuem Radikalismus" und Traditionalisten) haben zu unterschiedlichen, von einander unabhängigen Identitäten geführt. Dass diese Unterschiedlichkeit ein Handicap darstellen soll, kann ich so nicht sehen. Sie kann im Gegenteil sehr nützlich sein für die Bewegung. Auf diese Weise zieht die Bewegung Energie aus ganz unterschiedlichen Quellen. Und wir können von den Reformisten lernen – viel mehr beispielsweise als von jenen antiauthoritären Sektierern, die nur ihre Marginalisierung kultivieren bzw. ihren „antiauthoritären Narzismus". Problematisch wird es allerdings, wenn „globalisiert den Widerstand" zu „monopolisiert den Widerstand" umfunktioniert wird, wenn das Gleichgewicht zwischen den beiden geistigen Ausrichtungen gestört ist und der Spielraum für Dialog zu eng wird. Das vergangene Weltsozialforum war massiver Beweis für ein derartiges Ungleichgewicht, ebenso das kürzlich zu Ende gegangene Europäische Sozialforum (ESF) in Florenz. Eine Bürokratisierung der Bewegung respektive die Etablierung einer Forums- Bürokratie treten zunehmend zutage, ebenso die Gefahr, dass unsere „Globalisierung von unten" in eine „Globalisierung von der Mitte aus" mündet sowie das Phänomen der „NGO-isierung der Bewegung", in Verbindung mit BINGO-Politik (Big International Non Governmental Organisations (Große Internationale Nicht-Regierungsorganisationen)). Aber wollen wir tatsächlich eine Bewegung, auf der es zugeht wie auf einer Cocktail-Party in der Lounge des Plaza-Hotels von Porto Alegre? Wollen wir eine Bewegung von Bürokraten mittleren Alters, mit Palästinensertüchern um den Hals, bewaffnet mit ihren Reminiszenzen von '68 (oder 1917)? Wollen wir Sozialforen, die von unsichtbarer Hand organisiert werden? Ich stimme nicht mit Naomi Klein überein, wenn sie sagt, das Weltsozialforum sei gehijacked worden – es hat uns ja noch nie „gehört". Aber vielleicht hat ja doch so etwas wie Hijacking statt-



Foto: Ralf Maro, version

gefunden, allerdings in etwas anderem Sinne. Nicht das Forum wurde gehijackt, vielmehr ist der antiauthoritäre Geist, der es inspiriert hat, abhandengekommen. Er wurde missbraucht. Sogar der Slogan „Eine andere Welt ist möglich" stammt von den Zapatistas. Die Torte im Gesicht des brasilianischen PT-Präsidenten kann man als Metapher betrachten, als Metapher für die Gegensätzlichkeit zweier sehr unterschiedlicher geistiger Standpunkte bzw. zweier emotional gegensätzlicher Haltungen zu Politik: Auf der einen Seite diejenigen, die konventionelle Politik lediglich verändern wollen – also weitere Versuche in diese Richtung starten; und auf der andern Seite ringen Menschen um etwas ganz Neues, jenseits von Wahlen und Lobbyarbeit. Hier (bei uns) geschieht kollektive Absage an Parteipolitik, geschieht kollektives Streben nach einer „Politik ohne Macht". Ich stelle die Frage: Ist es möglich, ja notwendig, beide Haltungen im Gleichgewicht zu halten?

Eine Antwort darauf (nämlich auf die Frage unserer strategischen Haltung als „neue Radikale" gegenüber dem Weltsozailforum und den regionalen Sozialforen) – bietet der Dialog zwischen Lindon Ferer und Michael Albert. Beiden Autoren ist gemein, sie bewegen sich gedanklich innerhalb des Schemas: „Tritt aus oder kontaminiere" (so lautet übrigens auch die Überschrift eines exzellenten Artikels von L. Ferer). Beide Autoren haben sich – trotz eines gewissen vorsichtigen Pessismus' – für die „Kontaminierung" entschieden. Nach Ende von Weltsozailforum 3 ist es meiner Meinung nach an der Zeit, dieses strategische Dilemma – verlassen oder kontaminieren – aufzulösen und zwar in einer andern, einer zweiten Möglichkeit: „verlassen oder partizipieren".

Die Zeit ist meiner Ansicht nach reif für alternative Formen der strategischen Kommunikation mit diesem ganzen Forums-Prozess. Ich denke da an HUB/Florenz oder Intergalactica oder an „Life after Capitalism" – letzteres, zwei Projekte aus Porto Alegre. HUB u. Intergalactica sind zwei interessante Projekte, bei denen es um das Modell des selbstorganisierten Raums geht, eines Laboratoriums, eines Experiments zum Thema sozialer Ungehorsam – ein Experiment im Geiste völliger Gleichberechtigung (Horizontalität), in dem mit der klassischen Konferenz-Form politischer Debatten gebrochen wird. Was man an HUB (auf dem ESF in Florenz) allerdings bemängelt hat: zu wenig Organisation; außerdem wurden Theorie und visionäres Denken vernachlässigt. Unser neuer radikaler Aktivismus soll aber nicht in eine globale Dauerparty münden. Das Projekt „Life After Capitalism" (LAC) war angekündigt als Forum innerhalb des Weltsozialforums – als Forum mit Schwerpunkt strategische, politische u. ökonomische Vision sowie bezüglich verschiedener Aspekte des täglichen Lebens. Was man „Life After Capitalism" vorwerfen kann, ist die klassische Diskussions-Form – darauf hatte „Life After Capitalism" bestanden. Unser neuer radikaler Aktivismus sollte jedoch nicht zu einer globalen Dauerkonferenz verkommen.

Diese Experimente, mit all ihren Erfolgen und Unzulänglichkeiten, empfand ich als extrem interessant. Sie hätten ein breiteres Publikum verdient. Stattdessen wurden sie erfolgreich marginalisiert (auf dem Weltsozialforum). „Life After Capitalism" beispielsweise wurde in einen Vorort-Country-Club abgeschoben und Intergalactica in ein Zelt, das selbst Karl Mays Winnetou nicht gefunden hätte. Aber warum das alles? Ich stimme nicht ganz mit dem Zorn der meisten Autoren überein, die über dieses problematische Thema geschrieben haben. Insbesondere bin ich nicht der Meinung, dahinter stecke organisierte politische Intention. Vielmehr glaube ich an bürokratische Kurzsichtigkeit – die gleiche bürokratische Gleichgültigkeit vonseiten der Forums-Organisation, die es ablehnt, uns gebührend ernstzunehmen. Vielleicht kommt jetzt ja die Zeit, sie eines Besseren zu belehren. Sollten wir daraus etwa die Konsequenz ziehen, und das Forum (WSF) aufgeben? Sollten wir die Losung ausgeben: Verlasst die Foren? Nein, noch nicht. Die Idee der Foren ist prinzipiell gut – vorausgesetzt, es besteht die Chance, wovon ich überzeugt bin, die Foren in anderer Form zu organisieren. „Damit die antikapitalistische Bewegung tatsächlich eine Veränderung bewirken kann, muss sie zuvor zu einem konfrontativen Ansatz gegenüber der liberalen Demokratie finden. Dies könnte in Form von Sozialforen, die auf lokaler Ebene überall in Europa gegründet werden und die direkte Beziehungen zu lokal kämpfenden Gemeinschaften aufbauen, geschehen. Diese (lokalen Foren), eingebunden in eine föderale Struktur – wobei die Autonomie auf lokaler Ebene respektiert bleibt – könnten etwas entstehen lassen, das die weltzerstörerischen, authoritär-unterdrückerischen Regierungs-Strukturen, die derzeit noch unseren Planeten kontrollieren, zunächst unterminiert u. später überflüssig macht" (L. Ferer).

Die Situation derzeit ist so: ein Mangel an Demokratie und „Transparenz" durchdringt das Worldsocialforum institutionell und auf allen Ebenen. An dieser Stelle habe ich eine wichtige Frage, die selbst die Mitglieder des sogenannten „International Council" kaum beantworten können: Wer organisiert das Forum eigentlich wirklich? Nimmt man sich die Liste sämtlicher Organisationen vor, die beim „International council" mitmischen, so verliert man sich rasch in einem Irrgarten aus anonymen Nichtregierungsorganisationen (NGOs). Das „International council" selbst, so stellt es sich mir dar, ist nur so eine Art Ehrenvorstand, der Entscheidungen nachträglich absegnet. Getroffen werden die Entscheidungen irgendwo zwischen Paris und Sao Paolo und zwar durch das OC. Aber wer oder was ist das OC? Keine Ahnung. Wahrscheinlich haben es dieselben Leute geschaffen, die auch das „Secretary for Call of the Social Movements" (eine geradezu orwell'sche Einrichtung) ins Leben gerufen haben. Dieses Sekretariat liegt irgendwo in Sao Paolo.

Und dasselbe gilt auch für das Europäisches Sozialforum. Ich selbst war Augenzeuge eines Vorbereitungstreffens des Europäisches Sozialforum – auf dem die bürokratische Altlinke (die ja reichlich Erfahrung mit dieser Art des politischen Kampfs hat) die (vielen) Graswurzel-Initiativen mühelos hinausbürstete. Auf diese Weise entsteht ein seltsames Paradox: Ausgerechnet die, die die Bewegung interessant und zu etwas Besonderem machen, die gewissermaßen am meisten zum Erfolg beigesteuert haben, bleiben in den „Institutionen" der Bewegung, also in den Foren, unterrepräsentiert. Wie gesagt, wir müssen die Formel „verlassen oder kontaminieren" durch die Formel „partizipieren oder verlassen" ersetzen – genau aus diesem Grund nämlich. „Kontaminieren" ist nicht ehrlich gemeint. Der Ausdruck ist entristisch; noch nicht mal produktiv, das Ganze. Abgeschoben auf die Nebenschauplätze des Forums, sind wir dazu verurteilt, marginalisiert zu bleiben und unsere Energie zu verschwenden. Wir sollten vielmehr in Dialog treten mit anderen Partizipanten der Bewegung. Um die Bewegung für uns rückzuerobern, müssen wir lernen, uns selbst zu organisieren. Sagen wir doch einfach: „Ein anderes Forum ist möglich". Auf alle Fälle wichtig: wir müssen unser eigenes Netzwerk aufbauen: PGA ('Peoples' Global Action). Die neue Sichtweise beinhaltet denn auch ein Überdenken unserer Vision, unserer Strategie, unserer Möglichkeiten, aber auch von Detailfragen bezüglich der anderen Welt, die unser Ziel ist. Die Frage stellt sich quasi von selbst: Wieso sollte der „neue Radikalismus" seine Energie an Endlosprojekte verschwenden? Warum nicht stattdessen lieber innerhalb des Peoples-Global-Action-Netzwerks eine einzigartige, kohärente, antiauthoritäre Politik formulieren? Eine Politik, gegründet auf die Prinzipien der Organisierung von unten: offene, transparente Methoden, breite Partizipation, Antiauthoritarismus, multitaktische Ansätze, Innovation, Spontaneität. Abzulegen sind Sektierertum u. das „Vergnügen an der Selbstisolierung". Andererseits dürfen wir aber auch nicht erneut in die Falle der alten Spielregeln tappen – der traditionalistisch-bürokratischen Spielregeln. Auch dem Machtstreben dürfen wir keine Chance geben - damit kennen wir uns ohnedies nicht aus. In unserm Hinterkopf sollte bleiben: unser antiauthoritäres Ziel kann es nicht sein, klein u. isoliert vor uns hinzudümpeln. Und unser Ziel ist der Aufbau der Bewegung - nicht 'summit hopping'. Unsere Arbeit vor Ort sollte mit Network-Arbeit vernetzt werden. Das (negative) Gegenteil hiervon wäre, sich in 'Netzwerken von Netzwerken' zu verheddern, bzw. in 'Prozessen von Prozessen' zu verlieren u. ansonsten immer nur von hier nach da zu 'hoppen'.

*Der Autor, Andrej Grubacic aus Belgrad, ist ein Aktivist der osteuropäischen Graswurzel-Bewegung und Mitglied von Peoples Global Action*

# Kurzes

## Peter-Paul Zahl ausgebürgert!

Unliebsam war er schon immer, ob als Mitverantwortlicher für die Berliner Anarchozeitung 883, ob als Drucker subversiver Schriften und deshalb Terrorverdächtiger, ob als Knastbruder wegen angeblichen Mordversuchs, ob als Schriftsteller, der der Berliner Szene in seinem Roman „Die Glücklichen" (Rotbuch-Verlag) genauso ein Denkmal setzte wie in seinem Theaterstück dem Hitler-Attentäter „Hans-Georg Elser" (Trotzdem-Verlag).
Jetzt hat man ihn ausgebürgert, ganz formal, rechtlich einwandfrei entsorgt sozusagen.
Peter-Paul Zahl hatte 1995 die jamaikanische Staatsbürgerschaft angenommen und weil er nicht vorher brav bei den deutschen Behörden angefragt und die doppelte Staatsbürgerschaft beantragt hatte, wurde ihm nun rückwirkend zum Jahr 1995 die Staatsbürgerschaft entzogen. Nicht dass man stolz wäre, Deutscher zu sein, aber es zeugt schon wieder von dieser typisch deutschen Behördenkleinlichkeit gepaart mit der durchaus politischen Absicht für einen Querkopf weniger „zuständig" zu sein.
Ein gewagter Ausflug in die Vergangenheit deutscher Traditionen gefällig? Das Kaiserreich ließ den deutschen Anarchisten Senna Hoy (Johannes Holzmann) im russischen Knast verrecken, weil man sich um diesen Querkopf einfach nicht kümmern wollte.

## Leonard Peltiers Antrag auf Anhörung abgelehnt!

Nachdem Präsident Clinton kurz vor seinem Amtsende nicht den Mut aufbrachte Leonard Peltier nach 27 Jahren zu begnadigen, wurde Ende November 2003 auch sein Antrag auf Anhörung abgelehnt. Ein neuer Antrag kann erst wieder 2008 gestellt werden.
Leonard Peltier wird für den Tod von zwei FBI-Beamten 1975 verantwortlich gemacht. Als Aktivist des American Indian Movement (AIM) war er an Schutzaktionen in Pine Ridge beteiligt. Wer die Schüsse auf die FBI-Agenten abgegeben hatte, konnte nie erwiesen werden. Erwiesen wurde jedoch, dass die Zeugenaussagen, die Peltier beschuldigten, polizeilich erpresst und falsch waren und dass Canada gefälschte Dokumente vorgelegt wurden, um seine Auslieferung an die USA zu veranlassen.

## AIM-Museum in Barcelona

Bob Robideau (AIM-Aktivist) gründete im Jahr 2000 in der Carrer de Ferlandia 16 in Barcelona ein kleines Museum zur Geschichte der AIM, nicht weit entfernt vom Büro der anarchosyndikalistischen CNT. Plakate, Fotos und Zeitungsartikel dokumentieren die AIM-Aktionen. Indianische Kunst und letztlich eine Ausstellungswand zum Fall Leonard Peltier ergänzen den Überblick.
Geöffnet Sa und So von 10 bis 15 Uhr.

## Anarchistische Praxis in Pinochets Chile

Andrez Perez und Filipe del Solar arbeiten an einer Buchrecherche, die den anarchistischen Widerstand in Pinochets Chile seit den 70er bis in die 90er Jahre beleuchten soll.
Untersucht werden anarcho-syndikalistische Aktivitäten, anarchistische Einflüsse auf die Studentenbewegung und die Gegenkultur sowie bewaffnete anarchistische Aktionen. Das Buch soll 2004 abgeschlossen werden.

## Wer sind die Hintermänner?

680 Millionen Dollar-Aufträge zum Aufbau des Irak erhielt der Bechtel-Konzern von der Regierung Bush zugeschanzt. Sicherlich ein Grund den Konzern näher anzuschauen: 1898 wurde das Unternehmen gegründet, es baute u.a. den Hoover-Damm in Nevada/Arizona, die Atomanlagen in Hanford und Los Alamos, es betreibt die Nevada-Test-Site und bildete schon vor dem 11. September Antiterrorspezialisten aus. In naher Zukunft (?) soll der Konzern auch das atomare Endlager der USA in den Yucca-Mountains organisieren. Im Jahr 2002 betrug der Konzern-Umsatz 12,7 Mrd. $. Wen wundert es, dass der Bechtel-Konzern zu den Hauptspendern des Bush-Wahlkampfs gehörte?

## Rolf Pohle ist gestorben

Bekannt wurde Rolf Pohle Vielen erst durch die Lorenz-Entführung 1975. Rolf Pohle hatte die Rechtshilfe der APO mitbegründet und wurde als politischer Aktivist im Zusammenhang mit der Verfolgung der RAF festgenommen. Vorgeworfen wurden ihm angebliche Waffenkäufe und angemietete Wohnungen für Illegale. 1974 wurde er zu über 6 Jahren Gefängnis verurteilt, die jedoch bereits ein Jahr später spektakulär endeten. Der Berliner CDU-Vorsitzende Peter Lorenz wurde von der Bewegung 2. Juni entführt und Rolf Pohle gehörte zu den im Austausch freigepressten Genossen. Rolf versuchte in Athen unterzutauchen und dort zu arbeiten, er wurde entdeckt, verhaftet und nach Deutschland ausgeliefert. Erst 1982 kam er wieder frei und ging zurück nach Athen, wo er als Übersetzer und Deutschlehrer arbeitete. Rolf Pohle ist am 7. Februar in Athen gestorben.

## Die Western Shoshone kämpfen gegen das atomare Endlager in Nevada/USA

Die Yucca-Mountains in Nevada sollen nach dem Willen der US-Regierung das zentrale Endlager für den Atommüll der USA erhalten. Unweit der Testsite der US-Streitkräfte auf der in den Anfangsjahren der Atombombe bereits Atomtests durchgeführt wurden, soll nun das Endlager entstehen. Damals wie heute wurden die Landrechte der Western Shoshone einfach übergangen. Der Stamm hat sein Land niemals an die USA abgetreten. Seit einigen Jahren wird dem Stamm ein150 Mio. Dollar Abfindungsangebot angetragen, das dieser bislang hartnäckig ablehnt. Behördliche Willkür wie die Beschlagnahme des Pferdebestands versucht diesen Widerstand zu brechen. Während einerseits die US-Regierung ihren Nutzungsplan vorantreibt, versuchen die Western Shoshone nun gerichtlich ihre Landrechte festzuschreiben und eine Nutzungsgebühr einzuklagen, denn abgesehen von der atomaren und militärischen Nutzung ihres Lands wurde auch Gold im Wert von 26 Mrd. Dollar abgebaut ohne dass die Indianer etwas davon abbekommen hätten.

## Emma Goldman

Die Organisatorin des Emma-Goldman-Papers-Projects an der Universität Berkeley Candace Fa hat letztes Jahr ein 696 S.-Werk über die frühen Jahre Emma Goldmans von 1890-1901 vorgelegt. Das Werk veröffentlicht Goldmans erste Schritte in der anarchistischen Bewegung und publiziert ihre ersten Artikel aus der deutschen anarchistischen Presse. Einige wichtige Beiträg für diese Sammlung konnten übrigens vom Schwarzen Faden beigesteuert werden.

*Michael Wilk*

# Global Governance versus Emanzip

## Von Maschinisten und Monsterbändigern

Die Kritik an übermächtigen Global Players, die ohne Rücksicht auf Mensch und Natur die Maxime der Kapitalverwertung über alles stellen, die im Makrosystem des Globus als auch im Mikrosystem des genetischen Codes ihre Interessen durchsetzen, findet breites Echo. Die Bewegung reicht dabei von radikalen KritikerInnen kapitalistischer Verwertungsdynamik über humanistisch orientierte Menschen, Kirchen und wertkonservativen Kreisen bis zu Gewerkschaften und Sozialdemokratie. Der gemeinsame Nenner an dem sich die unterschiedlichsten Menschen zusammenfinden, besteht vordergründig in der kritischen Wahrnehmung der Folgen des Globalisierungsexzesses. Die Verurteilung von wachsender Verelendung und die Kritik am Auseinanderdriften der Gesellschaft entwickelt sich jedoch, wie sollte es anders sein, ausgehend von dem jeweiligen gesellschaftlichen Standpunkt. So finden sich angesichts der Globalisierungssymptomatik die unterschiedlichsten Forderungen und Strategien: Während die einen, entsetzt über die Folgen der Armut und zunehmende Ellenbogenmentalität, die Erinnerung an Gleichheit und Brüderlichkeit, respektive Nächstenliebe hochhalten und andere, mit der gleichen Empörung über die Zustände die Abschaffung des Kapitalismus fordern, finden sich auch viele, die vor den Folgen der Globalisierung warnen, andererseits jedoch staatlich-sozialdemokratischer Regulationspolitik das Wort reden.

### Kapitalismus light

Die Neustrukturierung des Weltmarktes mit verschärften kapitalistischen Produktions- und Absatzbedingungen unterzieht die existenziellen Rahmenbedingungen einer eigenen speziellen Dynamik. Die Forcierung eines von nationalen Beschränkungen befreiten Handels, verbunden mit Deregulierung und Privatisierung vormals staatlicher oder kommunaler Betriebe, stehen für die ungehemmte imperative Wucht des Globalisierungsprozesses, der sich anschickt, auch die bisher nur teilkommerzialisierte Bereiche des Globus zu erfassen: Die der Kultur, der Süßwasserverteilung, der genetischen Codes der lebenden Materie. Die Handlungsmaxime einer, möglichst aller Lebensbereiche durchdringenden Kommerzialisierung, ist jedoch beileibe keine Neuheit innerhalb kapitalistischer Expandierung. Wer z.B. den Privatbesitz von Grund und Boden, also etwas das genauso gut oder besser, allen zustünde, für legitim erklärt, der sieht in der Idee Wasser, DNS-Struktur und vielleicht auch bald Atemluft kommerziell zu nutzen, keine prinzipielle Neuerung, sondern die Expandierung eines vorhandenen Prinzips: Die Anmaßung alles zur handelbaren Ware zu erklären, den Wert des Menschen und der Natur, über Leistung und Nützlichkeit zu definieren, und damit letztlich die Würde des Menschen und den Selbstsinn der Natur nachrangig zu betrachten. Bei der zu betrachtenden aktuellen Globalisierungsdynamik, geht es also nicht um eine moralisch besonders verwerfliche Form eines „speziellen Ökonomismus" (eines besonders extremen Kapitalismus), sondern eben um die Dynamik der kapitalistischen Verwertungsphilosphie an sich, deren jeweilige Protagonisten in ihrer Realisierung noch nie Skrupel hatten, alles zu Geld und Ware zu machen, was zu Geld und Ware gemacht werden konnte. Was AnhängerInnen eines neoliberalen Pragmatismus frohlocken lässt, wirkt sich für andere katastrophal aus: weltweit zunehmende soziale Ungleichheit, wachsende Verteilungskämpfe und soziale Konflikte, ansteigende Flucht und Migrationsbewegungen. „Bei einem Vergleich der verschiedenen Länder und Staatengruppen zeigt die Entwicklung (...), dass sich das weltweite Wohlstands- und Wachstumsgefälle zwischen reichen und armen Ländern in den letzten Jahrzehnten bis in die Gegenwart nicht verringert, sondern eher noch vergrößert hat."[1] Verfügte 1960 das reichste Fünftel der Menschheit über 70 % des Welteinkommens, so stieg dieser Prozentsatz bis 1998 auf 86 %, wogegen das ärmste Fünftel 1960 über marginale 2.3 % des Welteinkommens verfügte, und bis 1998 einen Verlust bis auf 1,3 % hinnehmen musste.[2]

Die hemmungslose kapitalistische Verwertung von Mensch und Natur ist keine Besonderheit einer momentanen neoliberalen Offensive, sondern im wahrsten Sinne des Wortes lange vorherrschendes Prinzip, das über die Globalisierungdynamik zugegebenermaßen eine andere und stärkere Heftigkeit entfaltet. Sich jedoch

ation

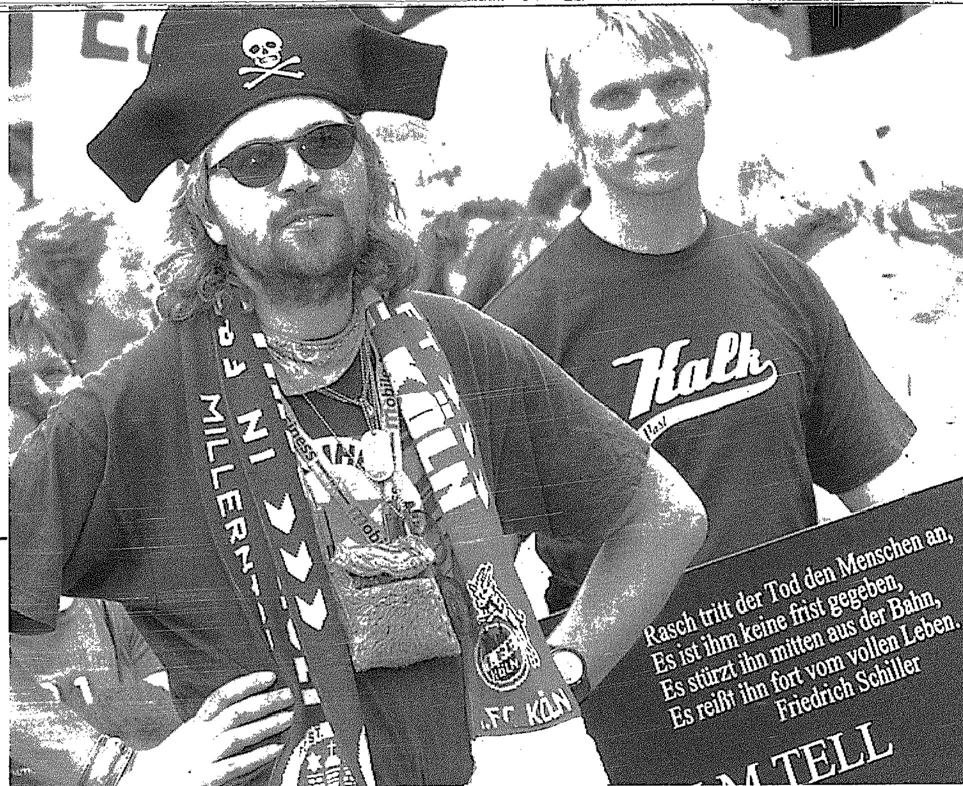


Foto: Herby Sachs, version

lediglich über die aktuelle Erscheinungsform der Globalisierung auszulassen, ohne das dahinterstehende Prinzip in Frage zu stellen, heißt der „klassischen" Form kapitalistischer Ausbeutung Absolution zu erteilen. Selbst zu den „gelobten Zeiten kapitalistisch-keynsianischer Prosperität", gab es Armut und Ausgrenzung, herrschten außerhalb der jeweiligen (Staats-) Grenzen sozialer Marktwirtschaft bittere Not und Elend, hatte plumpster Imperialismus Hochkonjunktur. Die vom fordistischen Produktions- und Konsumkreislauf ausgeschlossenen Menschen, dienten auch zu dieser Zeit als Quelle billiger Arbeitskraft. Für die Bodenschätze und Ernten anderer Länder wurde noch nie ein fairer Preis bezahlt. Der Hungertod durch Unterversorgung war zu jener Zeit nicht besser als in den Zeiten der sogenannten Globalisierung. Eine Tatsache, die jene verweigern anzuerkennen, die angesichts weltweiter Not und Verelendung nur von einer „ungebremsten Entfesselung des Kapitalismus" reden, und die, ihrer inneren Logik zufolge, die Lösung des Problems im „Bremsen und Fesseln" sehen.

Je nach Gusto für die eine oder andere Metapher, gefallen sie sich in der Rolle des Mechanikers oder der des Bändigers, im Versuch „eine aus dem Takt geratende kapitalistische Monstermaschinerie" zu zähmen. Aus der Akzeptanz grundsätzlicher Prinzipien kapitalistischen Handelns heraus, wird Globalisierung vor allem auf der Ebene eines „zeitgenössischen Manchesterkapitalismus auf globalem Niveau, unreguliert und destruktiv"[3] gesehen. Eine Position, die sich zwar von der überzeugter Neoliberalisierungsfanatiker unterscheidet, die tatsächlich das Nonplusultra in der, alle menschlichen Opfer verachtenden forcierten Ökonomisierung der Welt sehen, die jedoch auch jenen genügend Raum bietet, die zum Kapitalismus keine Alternative sehen wollen. Diesen Kritikerinnen der Globalisierung, geht es also nicht um die qualitative Infragestellung von Verwertung und Ausbeutung und schon gar nicht von Abhängigkeit und Herrschaft, sondern lediglich um die Quantität dieser Erscheinungsform kapitalistischer Herrschaftsmechanik. Gewünscht wird also eine Art Kapitalismus-Light, bei dem die augenscheinlich störenden Erscheinungen massenhaften Elends, hungernder und unversorgter kranker Menschen und einer zerstörten Umwelt auf ein erträgliches Maß reduziert werden. Welches Maß an Ausbeutung und Elend erträglich erscheint, bemisst sich hierbei nicht nur an der jeweiligen moralischen ego- und eurozentristischen Befindlichkeit des Globalisierungskritikers, sondern vor allem am taktisch-strategischem Verhältnis zur Macht, bzw. des eigenen Machterhalts. Die Gruppe derer, die eine „softe Globalisierung" auf dem Hintergrund eines „Kapitalismus light" fordern, ist uneinheitlich, aber einig in der Anerkennung des Herrschaftshandelns, in Form staatlicher und/oder interstaatlicher Regulation. Neben der per se breiten Akzeptanz staatlicher Macht liegt eine weitere Erklärung in der tief verankerten Verkennung institutioneller Macht in der Rolle des Wohlfahrtsstaats. Die Anerkennung und der Ruf nach staatlicher Regie, sei es die des klassischen Nationalstaats oder die interstaatlicher (internationaler) Institutionen wird auf diesem Hintergrund zum bezeichnenden Merkmal des politischen Handelns. Die naheliegende Konsequenz appellierend und verhandlungsbereit gegenüber staatlichen und interstaatlichen Institutionen aufzutreten hat zur Folge, das Konfrontation klein und Kooperation groß geschrieben wird. Die auf den Staat vertrauende Haltung, führt jenes anti-emanzipative Muster fort, das nicht auf eigene Kraft und Lernvermögen, sozialen Protest und direkten Widerstand setzt, und das in Jahren „sozialstaatlichen Trainings" den Staat als Regulator und Wohlfahrtsgaranten in den Köpfen der Menschen etablierte. Ein bewährtes Muster „moderner" Herrschaftssicherung, die okkupierend integriert und sich so als Machtapparat „Staat" den Menschen eben nicht entgegenstellt, sondern diese einzubeziehen sucht. Es mag paradox anmuten: Gerade das vormals gut funktionierende Herrschaftsmodel „Sozialstaat" ermöglicht seine Ausdünnung. Der nur marginale Widerstand gegen die verschärfte Erscheinungsform kapitalistischer Realität und das Ausdünnen sozialer Sicherungen lässt sich vor allem durch den effektiv greifenden Faktor einer jahrzehntelangen psychosozialen Einbindung und Entmündigung erklären. Der/die zu-

dem traditionell obrigkeitshörige Deutsche begegnet den Plänen sozialer Kürzungen und staatlich forcierter ökonomische Verschärfung noch meist mit jener Ruhe, die gemeinhin als erste Bürgerpflicht staatlicherseits schon immer gerühmt wurde.

### Auf der Suche nach neuen Strategien der Herrschaftssicherung.

Die Realitäten der „New Economy" lassen auch bei den sozialdemokratischen-sozialistischen Parteien, die seit Ende der 90er Jahre einen Teil der europäischen Regierungen stellen, vermehrt Distanz gegenüber der ungezügelten neoliberalen Dynamik aufkommen. Die Verschärfung sozial-ökonomischer Verhältnisse, deren Wegbereiter man einerseits ist, wird andererseits mit Sorge betrachtet. Profilierung tut Not, ist doch kaum noch eine Unterscheidung in der Strategie der verschiedenen politischen Parteien im Umgang mit neoliberaler Globalisierung zu erkennen. „Die Prekarisierung der Lebensverhältnisse nimmt zu, der Anteil der sozialversicherten Normalarbeitsverhältnisse ist in der Bundesrepublik auf unter 50% gesunken."[4] Die politische Elastizität der Sozialdemokratie wird vor die Aufgabe gestellt, einerseits Erfüllungsgehilfe in der Umsetzung neuer Markterfordernisse im Rahmen der Globalisierungsdynamik zu sein, andererseits der Gewissheit Folge zu tragen, dass mit radikaler Entgarantierung und dem völligen Ausdünnen sozialer Sicherungssysteme kein sozial-demokratischer Staat gemacht werden kann. Die potenzielle Umstrukturierung der Gesellschaft, eine zunehmende Hierarchisierung, baut Konflikt- und Spannungsfelder auf. Die Gefahr eines nicht mehr weitgehend reibungsfreien gesellschaftlichen Funktionierens ist, zumindest potenziell, gegeben. Konzepte der „harten Hand" und der „broken windows" Theorie, lösen sozialarbeiterisch-ausgleichende Strategien ab, die Tendenz integrierende Prozesse zugunsten separierender zu vernachlässigen, muss ordnungspolitisch abgesichert werden. Bestimmte gesellschaftliche Räume, Einkaufszonen und Bahnhöfe werden verstärkt zu Zonen sozialer Ausgrenzung: mittels Kameras und Securities überwacht und über Innenstadtsatzungen reguliert, spalten sich Konsumfähige und solche, die eben „nicht die Umsätze bringen, die stören und verunsichern" und so die Sicherheitsbedürfnisse der ersteren begründen. Der Einsatz klassisch autoritärer Repression, Überwachung und Kontrolle, Polizei und Verschluss, der zuvor eher als Reserveinstrumentarium im Falle des Versagens freiwilliger Ein- und Unterordnung zum Einsatz kam, wird verstärkt angewandt, die Ausweitung juristisch abgesichert.[5] Die im Sinne der Herrschaftskontinuität hervorragend bewährte Technik der sozialgesellschaftlichen Autoregulation, der Steuerung durch Mainstream und Anpassungsverhalten steht zur Disposition. Die Gefahr, auf längere Sicht Akzeptanzverluste gegenüber den Herrschaftsinstitutionen hinnehmen zu müssen, ist selbst bei der sprichwörtlichen deutschen Obrigkeitshörigkeit gegeben. In der Konsequenz wird nach Paradigmen gesucht, die sich einerseits an den Erfordernissen neoliberaler Marktordnung orientieren, andererseits jedoch an die bekannte sozialdemokratische Strategie der Herrschaftssicherung anknüpfen sollen. Gesucht wird die sozialdemokratische Variante der Globalisierung und der dazugehörige Staat. Es wird nach einem Lösungsweg gesucht, der einen gebändigten Kapitalismus ermöglichen soll, dies möglichst unter Einbeziehung der für diesen Zweck utilisierbaren gesellschaftlichen Gruppen. Es geht hierbei nicht um die Restauration des klassischen Wohlfahrtsstaates des keynsianischen Typs, sondern um neue adäquate Formen des Herrschaftshandelns.



Foto: Herby Sachs, version

### Global Governance, das Werkzeug der Maschinisten.

Die durch neoliberale Globalisierungsdynamik hervorgerufenen gesellschaftlichen Prozesse, die Ausgrenzung (Separierung) und Hierarchisierungstendenz, sowie veränderte Aufgaben des Staates, die Verlagerung von Machtbefugnissen auf internationale nichtstaatliche Institutionen, führten schon vor Jahren zu einer intensiven Debatte über die Möglichkeit einer regulierenden Intervention, die auch den veränderten Herrschaftsmechanismen Rechnung trägt. Der Diskurs über die Möglichkeit Globalisierung „anders" zu gestalten, gleichsam eine positive Form der vorherrschenden neoliberalen entgegenzustellen, wird breit getragen. Exemplarisch für einen solchen Diskurs ist die Auseinandersetzung über *„Global Governance"*. Dieser Begriff, erlaubt weniger eine klare Übersetzung, sondern erfordert vielmehr eine an den jeweiligen Nutzer gebundene Interpretation.[6] *Global Governance*, etwas strenger übersetzt als „Globale Ordnungspolitik" oder gar „Weltordnungspolitik", findet vor allem auch Anhänger unter den sozialdemokratischen-sozialistischen Parteien Europas, die seit Ende der 90er Jahre einen Teil der europäischen Regierungen stellen, und ebenso wie die Grünen in der BRD die Bändigung des durch den neoliberalen Globalisierungsprozess entfesselten Kapitalismus proklamieren, ohne jedoch die zugrunde liegende Macht und Herrschaftsmechanik grundsätzlich in Frage stellen zu wollen.

Supranationale Einrichtungen wie IWF, Weltbank und WTO stehen als globale Herrschaftsinstitutionen für eine Neustruktur von Macht, jenseits des „klassischen" Staates. Global Governance trägt dieser veränderten globalisierten Machtstruktur Rechnung, indem sie nicht auf eine neue Regierungsstruktur innerhalb eines Nationalstaates abzielt, sondern vielmehr die Möglichkeit eines Zusammenwirkens verschiedener Staaten, internationaler Institutionen, diverser suprana-

tionaler ökonomischer Institutionen und sogar darüber hinaus auch Nichtregierungsorganisationen beschreibt. Die Option formelle und informelle Beziehungen, international, als auch innerstaatlich sowie lokal zusammenwirken zu lassen, erscheint vielen als Chance die Probleme neoliberaler Globalisierung in den Griff zu bekommen. Im machtpolitischen Sinne geht es darum, den Verlust an nationalstaatlicher Steuerungsfähigkeit auszugleichen und neue, globalisierungsgerechte Formen der Einflussnahme zu eröffnen. *Global Governance*-Konzepte unterscheiden sich vom zentral-autoritären Projekt der „neuen Weltordnung" des US-Präsidenten Bush, in dem sie nicht die stromlinienförmige Gleichrichtung von Politik und Wirtschaftsmodellen forciert, sondern in dem sie eine Fülle verschiedener Strukturen interaktiv zu verbinden sucht. Das integrative Zusammenwirken verschiedener Akteure im Gestaltungsprozess Globalisierung stellt jedoch nie die vorhandenen Herrschaftsinstitutionen in Frage. Im Gegenteil: Als Kooperationspartner ist die Basis einer gestalterischen Zusammenarbeit die Akzeptanz der institutionalisierten Macht. Im Kontext eines Prozesses, der mit „Globalisierung" auch einen Verlust an bewährtem Herrschaftsinstrumentarium im Sinne einer sozial-integrativen Politik beschreibt, stellt *Global Governance* einen politischen Reformansatz dar, der diese Option neu eröffnen soll. Es handelt sich in diesem Sinne auch um den Versuch einer Neugestaltung von Staatlichkeit, die nicht nur die hierarchisierende Maxime neoliberaler Ökonomisierung umsetzt, sondern ebenso Ebenen „sanfter" Herrschaft im Sinne der Integration und Utilisation von Gegenläufigem nutzt. „Die Debatte zielt auf den Ausbau der internationalen Kooperation unter Einbeziehung aller Politikfelder – einschließlich der Nichtregierungsorganisationen und Gewerkschaften-, die Rückgewinnung der staatlichen Steuerungsfähigkeit und die Schaffung eines globalen Ordnungsrahmens in einer globalisierten Ökonomie".[7] Der in diesem Sinne geführte *Global Governance*-Diskurs bezieht sich auf gewerkschaftliche Interessen ebenso, wie auf politische Leitbilder, wie die der Agenda 21[8] oder auch auf den Begriff der Nachhaltigkeit, die für sich ökonomiekritische Aspekte mit reformistischen Gestaltungswillen verknüpften. Auf dieser Grundlage weckt *Global Governance* Begehrlichkeiten; jeder der genannten Akteure wird zum Globalisierungsgestalter, Jeder und Jede, wird verantwortliche(r) KonstrukteurIn des Globalisierungsverlaufs. Der Reiz eines scheinbar „offenen" Prozesses, „eines freien Spiels der Kräfte", lässt die Illusion entstehen, im großen Rahmen Einfluss nehmen zu können, ohne die hären Ziele „eine andere Welt ist möglich" (attac), aus dem Auge zu verlieren. Während es für sozialdemokratischen und grünen Regierungsträger darum geht, im Ringen um formal-politische Hegemonie Unterschiedlichkeit gegenüber klassisch neoliberalen Positionen zu zeigen und über die Apostrophierung von *Global Governance*-Konzepten Einflussverluste im Bereich alter und neuer sozialer Bewegungen wettzumachen, laufen andere, nicht parteilich orientierte GlobalisierungskritikerInnen Gefahr, zum Rädchen im Globalisierungsgetriebe zu werden. *Global Governance* beschreibt und verspricht die Beeinflussungsmöglichkeit globaler Herrschaftsstrukturen gerade auch durch NGO's und soziale Bewegungen, aber eben um den Preis der Mitgestaltung, die eine innere Ausrichtung auf zentrale Herrschaftsinstanzen und eine damit verbundene adaptierte Sicht der Dinge auf der Grundlage einer Mindestakzeptanz beinhaltet. Es geht, etwas vereinfacht ausgedrückt, nicht mehr um die Zerstörung von Macht und Herrschaft, sondern um die Gestaltung von Macht und Herrschaft. Das Hochgefühl und der Eindruck massenhaften Protest von Seattle und Genua, sind weniger durch die Wasserwerfer und Polizeiknüppel beherrschbar, als vielmehr durch die weit zur Umarmung ausgebreiteten Arme der integrationsbereiten *Global Governance*-Protagonisten. Die Leimruten der Integration werden gelegt, und je nach struktureller und inhaltlicher Beschaffenheit der globalisierungskritischen Organisation wird mehr oder weniger gierig danach gegriffen.



Foto: Christian Ditsch, version



Foto: Christian Ditsch, version

### Global Governance – staatliche Rekonstituierung und Konfliktvermeidungsstrategie

Die Bereitwilligkeit, mit der konzeptionell auf sozialkritische Gruppen und Bewegungen zugegangen wird, entspringt einerseits aus der Notwendigkeit, Staatlichkeit neu und globalisierungsgerecht zu konstituieren, andererseits erinnert sie überdeutlich an moderne Konfliktvermeidungsstrategien, die bereits im Vorfeld gesellschaftlicher Auseinandersetzungen befriedende interaktive Lösungen forcieren sollen. Beides ist kein Widerspruch. Ähnlichkeiten zwischen den interaktiven Be-

teiligungsprozessen auf globaler Ebene mit Einbindung von NGO's und sozialem Widerstand und den schon praktizierten lokal/regionalen Integrationsmanövern sind kein Zufall, sondern Ausdruck der hohen Potenz von kooperativen Strategien im politischen Konflikt. Die Erfahrungen mit sozialen Bewegungen, sei es der Häuserkampf, die Auseinandersetzungen um die Atomenergie oder auch die Flughafenerweiterung in Frankfurt/Main, führten auf staatlicher Seite zum Einsatz von Konfliktvermeidungsverfahren, deren Ziel darin besteht, keine größeren Proteste aufkommen zu lassen, deren Folgen finanziell und politisch folgenschwer sein könnten. Im kommunalen und auch regionalen Rahmen werden speziell bei der beabsichtigten Umsetzung von Großprojekten mit hohem Protest- und Widerstandspotenzial frühzeitig Versuche unternommen, die neben dem offiziellen Genehmigungsprozedere auch Gesprächsangebote, Runde Tische und andere „Kooperationsangebote" enthalten. Allemal besser den Gegner und die Gegnerin eines Großprojekts in langwierigen detailreichen Diskussionsrunden am grünen Tisch zu binden, als Protest auf der Straße fürchten zu müssen, der teuerer und vor allem potenziell unkalkulierbar erscheint. Diese Angebote, die natürlich auch Ergebnis von hartem Widerstand andernorts sind, bedeuten damit keinesfalls eine neue Form „bürgernaher" und demokratischer Verwaltung oder eine basisorientierte Form kapitalistischer Planung. Das Mediationsverfahren am Frankfurter Flughafen, bei dem Flughafenbetreiber, Umweltverbände, Fluggesellschaften und Bürgerinitiativen von staatlich ins Leben gerufenen Mediatoren an einen Tisch gebeten wurden, steht beispielhaft für ein solches Projekt. Auf dem Hintergrund der Erfahrungen mit Auseinandersetzungen um die Startbahn 18-West führte die Angst der Landesregierung und der Flughafenbetreiber vor neuen Protesten, frühzeitig zum Einsatz des aus dem anglo-amerikanischen Raum bekannten Konfliktvermeidungsverfahren Mediation. Die Funktion dieser Verfahren bezieht sich nicht nur auf den jeweiligen Konflikt und der hier beabsichtigten schnelleren und kostengünstigeren Durchsetzung eines Projekts, sondern reicht sozialpsychologisch weit darüber hinaus: „Dieses Erleben (der Mediation) kann der verbreiteten Politik und Staatsverdrossenheit entgegenwirken und demokratiefördernde Wirkung zeitigen. Es geht um eine Neubelebung von Bürgerengagement in die Angelegenheiten des Staates und um den Aufbau langfristig harmonischer Beziehungen zwischen gesellschaftlich relevanten Interessengruppen"[9]. Bezeichnend auch hier, das deutlich auffällige integrative Moment[10]: „Wichtig ist, dass die sich zu Wort meldenden Bürger nicht zurückgewiesen, sondern als Teil der Aktivdemokratie (!) betrachtet werden. Das Ziel sollte sein, Protest in Diskussion zu verwandeln...".[11] Befriedungsstrategien haben Konjunktur, Mediations- und Dialogverfahren, Konsensusgespräche und Runde Tische, all diese von Sozialstrategen angebotenen Prozesse dienen der Vermeidung von gesellschaftlichen Konflikten, der frühzeitigen Integration von potenziellem Widerstand ebenso, wie der Akzeptanzerhöhung gegenüber der Offizialmacht. Kooperationsangebote, Spaltung und Integration von Widerstand sind praktiziertes Herrschaftsinstrument – im regionalen Rahmen der „Global Region" Rhein-Main und im globalen Bezug selbst. Bei aller Unterschiedlichkeit der Dimension, die Parallelen sind überdeutlich. Allemal ist es für die Nutznießer etablierter Macht sinnvoller, Widerstand nicht brechen zu müssen, sondern ihn zur Erreichung der eigenen Ziele zu nutzen. Warum Polizei, Wasserwerfer, oder im globalen Maßstab auch Armee und Handelsboykott einsetzen, wenn es friedlich geht? Und so bitten sie zu Tisch, natürlich nicht alle, nur einige, die Spezialisten und Fachleute der NGO's und einige Auserwählte, die etwas beizutragen haben, „konstruktiv" ist das Stichwort. Konstruktive Mitarbeit und Mitgestaltung ist erbeten, am gemeinsamen Problem der „Turboglobalisierung". Ein bisschen Kritik am Detail tut gut, sie wirkt im Sinne eines kreativen Elements, wie es deutlich von z. B. ökologischer Seite ausging, die inzwischen lukrative Sektoren eines eigenen ökologischen Marktes erschlossen hat. Die apostrophierte globalisierungskritische gemeinsame Interessenslage der Betroffenen, das Bemühen um friedliche Lösungen, und die damit verbundene Verurteilung der Gewalt der Strasse, sollen massenmedial verbreitet die öffentliche Auseinandersetzung bestimmen. Staatliche Gewalt ist unter konfliktvermeidenden Bedingungen immer Reserveinstrumentarium, von dem allerdings hemmungslos Gebrauch gemacht wird, wenn die moderne Herrschaftsstrategie der Integration versagt, wenn nach der Unterschiedlichkeit der Interessen gefragt, und die Erfüllung menschlicher Bedürfnisse konsequent eingefordert wird.




Foto: Christian Ditsch, version




Foto: Christian Ditsch, version

### Resistenz und Emanzipation.

Die sozialpsychologisch geschickt zum Einsatz gebrachte Umarmung staatlicher Macht gegenüber sozialen Bewegungen, das klassische Angebot zur parlamentarisch-parteilichen Partizipation oder die Angebote scheinegalitärer Mediation, sind ebenso wie die Strategie des *Global*

*Governance* auf Kooperation und Akzeptanz angewiesen. Das ist ein Vorteil für die Umarmten und Umworbenen, – sie können sich verweigern. So wie die alltägliche Eingebundenheit der eigenen Person in die Zirkulationen der Macht, deren Dynamik einen oft fließenden und nicht zu trennenden Übergang von systemisch-sozialer und staatlicher Macht schafft, die Frage der zumindest partiellen Verweigerung aufwirft, stellt sich für soziale Bewegungen, für Initiativen und Gruppen die Frage des Einlassens. Die Verweigerung, die Resistenz gegenüber den Angeboten zur Partizipation an (supra)staatlicher Macht, ist unter den praktizierten und projektierten Integrationsstrategien ein wesentliches Moment in der Debatte emanzipativer Strategie. Ebenen sozialen Widerstands und direkter Aktion, die emanzipativ auch das Vertrauen in die eigene Kraft der Betroffenen stärken und somit zur Basis einer grundlegenden Veränderung werden könnten, stehen den auf Kooperation basierenden obrigkeits- und staatstreuen Konzepten gegenüber. Resistenz im Sinne von Widerstand gegen die klassisch repressiven Elemente staatlichen Regierens, aber auch im Sinne von Widerständigkeit gegenüber den Kooperations- und Integrationsversuchen des Staates, in Verbindung mit den Lernprozessen eigener Verantwortlichkeit ist im Sinne emanzipativer Dynamik untrennbar verbunden. Die Schwierigkeit mit der Globalisierung von Herrschaftsbeziehungen umzugehen, dürfte unter emanzipativen Aspekten auch im noch größeren Auseinanderklaffen von Strukturebene und Wirkebene liegen. Die Denationalisierung ökonomischer Prozesse, und die Vielzahl der Determinanten in den Entscheidungsebenen, sind mehr denn je der Nachvollziehbarkeit durch die betroffenen Menschen entzogen, die Chefetage ist noch weiter anonymisiert und entrückt, geblieben ist jedoch die sinnliche Erfahrung der Entmündigung, der Ausbeutung und Fremdbestimmung. Out-sourcing, Just-in-Time Production, bestimmen ebenso wie Strukturveränderungen im globalisierten Unternehmen die „Wertigkeit" des/der Einzelnen, ebenso wie sich eine den „globalen Erfordernissen" angepasste Regionalentwicklung und ein solcher Städtebau in den Lebensbedingungen der betroffenen Menschen manifestiert. Auch unter „globalisierten" Machtverhältnissen bleiben Protestformen nur dann wirksam und dauerhaft, wenn sie sich an diesen lokalen und regionalen Erscheinungen von Macht und Herrschaft orientieren. Widerstand, der sich auf eine Präsenz auf Gipfeltreffen beschränkt, bleibt auf der Ebene von Protest-Events stehen, wenn er von den AkteurInnen nicht in den jeweiligen „Normalbetrieb" übertragen wird. Die notwendige und eindruckvolle Massenpräsenz bei internationalen Protesten verkommt ohne diesen Alltagsbezug zum Überdruckventil mit dem alle paar Monate Dampf abgelassen wird. Die Entwicklung dauerhaft emanzipativer, die Herrschaftsmechanik in Frage stellender Gegenmacht, bedarf einer „Lust am Widerstand", die Freiheit sinnlich, gerade auch unter Alltagsbedingungen erfahrbar macht. Die Antworten auf eine sich stetig und dynamisch veränderten Herrschaftssituation finden und entwickeln sich somit im zwischenmenschlichen Bereich alltäglicher Solidarität ebenso wie im Versuch der organisierten Revolte gegen Großprojekte der Ökonomie und des Staates und einem internationalen Massenprotest gegen die Gipfel der Hierarchie.



Foto: Christian Ditsch, version

*Fragmente aus „Soziale Bewegungen zwischen Konfrontation und Kooperation. Bedingungen für emanzipative Politik im globalisierten Kapitalismus" (Arbeitstitel) Aufsatzsammlung, Herausgegeben von Rolf Engelke und Michael Wilk, Trotzdem Verlag, Erscheinung voraussichtlich 2004.*

1 Fischerweltalmanach 2002, S. 1089
2 Zahlen : UNDP,United Nations Development Program, n.Spiegel30,2001
3 attac (Globalisierung von Unten, Beilage zur Taz vom 29.6.2001)
4 Global Governance, U. Brand u. A. Westfälisches Dampfboot S.12
5 Hier spielt das massive Vorgehen gegen AusländerInnen und Flüchtlinge und die auf diesem Gebiet geplanten Verschärfungen eine entscheidende Rolle. Es sind vorerst meist noch die „anderen", die „Nichtdeutschen" denen unter dem Argument der Terrorbekämpfungsmaßnahmen eine Vorreiterrolle in der Gewöhnung an staatliche Supervision zukommt.
6 James Rosenau wird meist als Miturheber des Begriffs genannt. Er veröffentlichte gemeinsam mit Ernst-Otto Czempiel 1992 „Governance without Goverment: Order and Change in World Politics", das zu einem zentralen Referenzpunkt aller Veröffentlichungen wurde. (n. Global Governance, U. Brand u. A. Westfälisches Dampfboot, S. 28)
7 Michael Blank, Geschäftsführung der Otto Brenner Stiftung, Justiziar der IG Metall in Global Governance VSA-Verlag , S.8
8 Agenda 21 ist das Ergebnis der UN-Konferenz für Frieden und Entwicklung 1992 in Rio de Janeiro. Der Aktionsplan zur Umsetzung von Sustainable Development wurde auch zum Ziel vieler lokaler/kommunaler Initiativen (Lokale Agenda 21). Ebenso werben Unternehmen wie z.B. Deutsche Bahn AG mit „sozialem und ökologischem Handeln". Die Agenda Fahne wird hochgehalten („Bahn Agenda 21", Grüne Welle Werbung DB 2002), während gleichzeitig Arme und Drogenabhängige mit dem 3-S-Konzept ("Service, Sicherheit, Sauberkeit", Bahnhof live, DB Werbung 2002) aus den Bahnhöfen vertrieben werden.
9 Thomas Barbian „Mediation bei Umweltkonflikten, Überlegungen zur erfolgreichen Anwendung", SOWI 22.,1993, S. 93
10 Aus gutem Grund haben die Bürgerinitiativen gegen die Flughafenerweiterung im aktuellen Konflikt verweigert am Mediationsverfahren teilzunehmen. Zu klar war die Absicht der hessischen Landesregierung und der Flughafenbetreiber, die Bemühung AusbaugegnerInnen einzubinden, wurde durch diese vereitelt. Die Möglichkeit einer selbständigen Entwicklung, einer eigenständigen emanzipativen Dynamik, Erfahrungen und Positionen, wurde mit der Entscheidung gegen die Teilnahme am Mediationsverfahren offengehalten
11 Hildrut Nassmacher, „Mehr Bürgernähe durch neue Beteiligungsverfahren"0, Politische Bildung H. 1/98 S.73

*Takis Fotopoulos*

# FÜR EINE DEMOKRATISCHE GLOBA

Jeder redet heute über Globalisierung, aber nur wenige versuchen diesen Begriff zu definieren. Dies wäre aber wichtig, weil selbst in analytisch denkenden Köpfen erhebliche Verwirrung herrscht. Jeder versteht unter Globalisierung etwas anderes. Überwiegend wird nur die wirtschaftliche Globalisierung gesehen, die doch nur einen Aspekt oder eine Komponente – wenn auch die wichtigste – der Globalisierung darstellt. Man kann aber ausserdem von technischer, politischer, kultureller und sozialer Globalisierung sprechen. So bezieht sich die technische Globalisierung auf die Informatikrevolution und die neuen Kommunikationstechniken. Die politische Globalisierung ergibt sich aus dem Absterben des Nationalstaates (insoweit er seine ökonomische Souveränität eingebüßt hat). Die kulturelle Globalisierung äußert sich in der gegenwärtig ablaufenden Homogenisierung der Kultur, wenn beispielsweise in unserem „Globalen Dorf' praktisch jedermann dieselben Videos und TV-Serien anschaut, die gleichen Produkte konsumiert (oder wenigstens danach strebt) usw. Die soziale Globalisierung schließlich umfasst die Vereinheitlichung der heutigen Lebensstile, die nur noch um Individualismus und Konsum kreisen.

Zwischen diesen verschiedenen Aspekten der Globalisierung bestehen zweifellos zahlreiche Querverbindungen. Dennoch lässt sich behaupten, dass einzig die ökonomische Globalisierung die anderen Erscheinungsformen bedingt. Denn in einer Marktwirtschaft stellt die Wirtschaft das die Gesellschaft beherrschende Element dar, auch wenn das die Autonomie der übrigen Elemente nicht ausschließt. Will sagen, zwischen den verschiedenen Elementen besteht eine asymmetrische Beziehung in dem Sinne, dass in einer Marktwirtschaft das ökonomische Element das politische bedingt, wohingegen es in den ex-„kommunistischen" Gesellschaften gerade umgekehrt war, denn dort dominierte die Politik über die Ökonomie. Auf jeden Fall sind die Beziehungen zwischen den einzelnen Elementen sowohl von Autonomie als auch von Interdependenz bestimmt. Das heisst die Sphären der Kultur, Wirtschaft und Politik sind nicht unabhängig voneinander – selbst in solchen Marktwirtschaften, in denen die Trennung der Sphären augenfällig ist. Wir haben es also mit einem Interaktionsprozess zu tun, bei dem die technische Globalisierung zum einen die wirtschaftliche Globalisierung fördert und andererseits von dieser selbst verstärkt wird, bei dem die politische Globalisierung notwendiger Weise die wirtschaftliche Globalisierung flankiert und bei dem schließlich die kulturelle und die soziale Globalisierung zwangsläufig aus der wirtschaftlichen Globalisierung folgen. Ich will mich daher auf die wirtschaftliche Erscheinungsform – als die bestimmende Komponente der allgemeinen Globalisierung -konzentrieren.

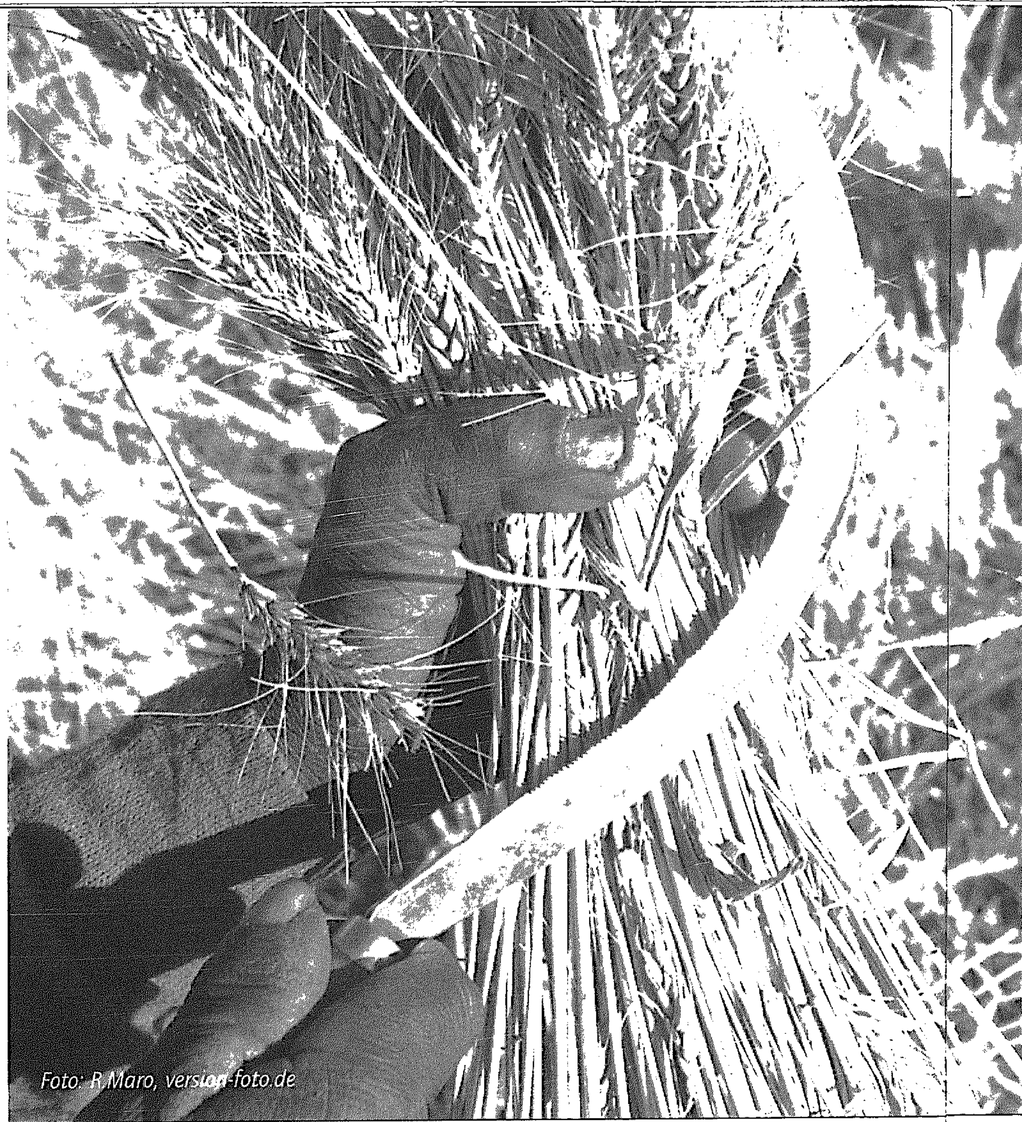
> Sphären der Kultur, Wirtschaft und Politik sind nicht unabhängig voneinander

Zunächst müssen wir eine deutliche Trennlinie zwischen den Begriffen *wirtschaftliche Globalisierung* und *Internationalisierung der Marktwirtschaft* ziehen. *Globalisierung* bezieht sich auf eine grenzenlose globale Wirtschaft, wo jeder ökonomische Nationalismus eliminiert ist und die Produktion in dem Sinne internationalisiert worden ist, dass die großen Konzerne sich zu staatenlosen Körperschaften mit Länder übergreifend integrierter Arbeitsteilung gewandelt haben. *Internationalisierung* hingegen liegt dort vor, wo die Märkte internationalisiert sind, wo also grenzüberschreitend freier Kapital- und Warenverkehr herrscht (bei Wirtschaftsblöcken wie der EU gilt dies auch für die Arbeitskräfte), der Nationalstaat zwar noch existiert und sich mit den multinationalen Konzernen in die Macht teilt, seine Rolle aber zunehmend auf die Sicherstellung eines stabilen Umfeldes für ökonomische Markteffizienz reduziert sieht. In einem solchen System internationalisierter Märkte wird die Wirtschaftspolitik der einzelnen Staaten wie auch die Reproduktion der Wachstumswirtschaft selbst von den grenzüberschreitenden Waren- und Kapitalströmen bedingt. Denn internationale Institutionen wie der Weltwährungsfonds (IWF), die Weltbank oder die Welthandelsorganisation (WHO) folgen nur auf dem Papier den Anweisungen ihrer Mitgliedsstaaten; in Wahrheit vertreten sie die Interessen der transnationalen Wirtschaftseliten – die im übrigen in den großen Marktwirtschaften die maßgebende Rolle bei der Auswahl der politischen Eliten spielen.

## Historie der ökonomische Globalisierung

Da die internationalisierte Marktwirtschaft Systemcharakter hat und der erste Anlauf dazu im 19. Jahrhundert erfolgte, ist es zum Verständnis der Umfassenden Demokratie nützlich, einmal einen Blick auf diese Zeit zu werfen. Als sich die moderne Gesellschaft herausbildete, implizierte dies eine institutionelle Trennung der Gesellschaft sowohl von der Wirtschaft (= Marktwirtschaft) als auch von der politischen Sphäre (= repräsentative Demokratie). Sobald das System der Marktwirtschaft sich gefestigt hatte, bra-

Ausstellung der "Müllmenschen" des Kölner Aktionskünstlers H.A. Schult auf der Kölner Fachmesse Entsorga.




ALISIERUNG

chen soziale Konflikte aus, die 150 Jahre andauerten, von der Industriellen Revolution bis zum letzten Viertel des 20. Jahrhundert – Kämpfe zwischen den Herren über die Marktwirtschaft, also der die Produktion und Distribution kontrollierenden kapitalistischen Elite, und der übrigen Gesellschaft. Diejenigen, die die Marktwirtschaft kontrollierten (und dabei die Unterstützung anderer sozialer Gruppierungen fanden, nämlich der Nutznießer des institutionellen Umfeldes), strebten danach, Arbeit und Boden möglichst weit gehend den Marktkräften zu unterwerfen und zu diesem Zweck alle gesellschaftlichen Schutzmechanismen dieser beiden Bereiche so weit wie möglich abzuschaffen, um eben ihre freie, kostengünstige Beweglichkeit zu gewährleisten. Die Gegenseite, also vor allem die in dieser Periode mächtig anschwellende Arbeiterklasse, wollte ihrerseits die gesellschaftlichen Arbeitskontrollen maximieren und es auf diese Weise der Gesellschaft ermöglichen, sich gegen die Gefahren der Marktwirtschaft – vorrangig Armut und Arbeitslosigkeit – zu schützen.

Auch wenn solche sozialen Konflikte, also *subjektive* Faktoren, zu allen Zeiten eine wichtige Rolle als Bestimmungselement der jeweiligen Moderne gespielt haben, so sollte man doch meines Erachtens den Einfluss *objektiver* Faktoren nicht zu niedrig einschätzen. Dies aber unterläuft Castoriadis, dem bedeutenden Demokratietheoretiker, wenn er das von ihm so genannte *imaginäre* Element der Geschichte überbetont und dabei die *systemischen* Elemente vernachlässigt. In der gesamten Geschichte der Marktwirtschaft waren diese *objektiven* Faktoren wirksam, vielleicht weniger im strengen Sinne der marxistischen *wissenschaftlichen* Ökonomie mit ihrem *Gesetz der abnehmenden Profitrate* und ihren *Akkumulationsphasen*, sondern eher in der allgemeinen Dynamik des *Wachse oder stirb*, die zur Internationalisierung der Marktwirtschaft geführt hat. Jedenfalls lassen sich die Motive und Handlungen der Wirtschaftseliten aus derartigen objektiven Faktoren herleiten, auch wenn stets unklar – und unvorhersehbar – blieb, welche wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Ergebnisse die sozialen Kämpfe letztlich haben würden.

Erstes Ergebnis dieser Kämpfe war im 19. Jahrhundert die liberale Moderne, die sich allerdings nur von den 30er zu den 80er Jahren hielt. Dem schloss sich eine relativ kurze Periode im 20. Jahrhundert an, in der die Moderne mit Etatismus gleichgesetzt wurde, bis dieser in den Siebzigern vom heutigen Neoliberalismus abgelöst wurde. In der Zeit des klassischen Liberalismus führte die Wachstumsdynamik die Marktwirtschaft in eine immer stärkere Internationalisierung, verbunden mit einem ersten gezielten Versuch der Wirtschaftseliten, mittels Freihandel, flexiblen Arbeitsmärkten und per Goldstandard festgelegten Wechselkursen eine völlig liberalisierte internationalisierte Marktwirtschaft aufzubauen. Dieser Versuch schlug allerdings fehl und endete im Zusammenbruch der liberalen Moderne, weil eine notwendige Bedingung für eine selbstregulierte Marktwirtschaft nicht erfüllt war, nämlich ein offener und flexibler Waren- und Kapitalmarkt. Ein derartiger Markt konnte natürlich zu einer Zeit noch gar nicht existieren, da die großen Kolonialmächte wie England und Frankreich über weite Teile der Erde eine nahezu monopolistische Macht ausübten, was wiederum auf Kosten aufsteigender nichtkolonialer Mächte wie der USA oder kleinerer Kolonialmächte wie Deutschland ging. Dieser erste Versuch einer Internationalisierung war auch schon deswegen zum Scheitern verurteilt, weil die damaligen Wirtschaftseliten sich rein national definierten. Bei der heutigen transnationalen Wirtschaftselite sieht das ganz anders aus, womit eine notwendige Bedingung für die Entstehung einer wahrhaft internationalisierten Marktwirtschaft erfüllt ist.

Es gab also nach der ersten liberalen Moderne zunächst eine protektionistische Übergangsphase, nach deren Ende unter dem Druck der sozialistischen Bewegung die Moderne eine neue, etatistische Form annahm – im Westen die Sozialdemokra-

tie, im Osten der sowjetische Etatismus. Diese etatistische Ausprägung der Moderne realisierte sich im Osten als systematische Unterdrückung jeder marktgesteuerten Ressourcenallokation und gleichzeitig im Westen als Versuch einer spürbaren Marktkontrolle mit dem Ziel, die Arbeiterschaft zu schützen. Warum mussten beide Ansätze scheitern?

Im Osten lag es an der zunehmenden Unvereinbarkeit zwischen den Anforderungen einer *effizienten* Wachstumswirtschaft und den institutionellen Strukturen (vor allem dem Planungszentralismus und der Parteidemokratie), die gemäß der marxistisch-leninistischen Ideologie in diesen Ländern aufgebaut worden waren.

Im Westen herrschte eine entsprechende Unvereinbarkeit zwischen dem zunehmenden Etatismus und der gleichzeitig beschleunigt ablaufenden Internationalisierung der Märkte. Indem die objektiven Bedingungen und ihre Auswirkungen auf die gesellschaftlichen Konflikte sich gravierend veränderten, führten sie den Zusammenbruch der westlichen, etatistischen Moderne herbei. Hier ist etwa an die immer weiter gehende Öffnung der Waren- und Kapitalmärkte mit den entsprechend veränderten Anforderungen an die Geschäftswelt zu denken, verbunden mit dem Erstarken der neoliberalen Bewegung und dem gleichzeitigen Schrumpfen der Arbeiterklasse, also dem massiven Rückzug der Arbeiterbewegung als Folge von Deindustrialisierung und technologischem Wandel.

Der Ansatz der *Umfassenden Demokratie* versteht die Internationalisierung der Marktwirtschaft als einen Prozess, der von Anfang an durch die Marktwirtschaft selbst in Gang gesetzt worden war. Zwar haben nach dem Zweiten Weltkrieg die hoch entwickelten kapitalistischen Länder auf die Ausbreitung des real existierenden Sozialismus und den Erfolg der nationalen Befreiungsbewegungen in der Dritten Welt dadurch reagiert, dass sie die Internationalisierung der Marktwirtschaft aktiv voran trieben. Das ändert aber nichts daran, dass vor allem *objektive* Faktoren der Marktdynamik dafür verantwortlich waren, während die *subjektiven* Faktoren der Sozialkonflikte nach dem Abtreten der Arbeiterbewegung eine eher passive Rolle spielten. In diesem Sinne muss der Kurswechsel der großen internationalen Institutionen (IWF, WHO, Weltbank usw.) hin zu stärkerer Marktöffnung – dem sich auch die einzelnen Mitgliedsländer anschlossen – als *endogen* angesehen werden (denn er reflektierte und institutionalisierte nur den bereits vorhandenen marktwirtschaftlichen Trend), nicht aber als *exogen*, wie die reformistische Linke behauptet.

Wie ich in meinem Buch *Umfassende Demokratie* aufgezeigt habe, konnte ein System selbstregulierter Märkte im 19. Jahrhundert nur auf der Grundlage staatlich geförderter nationaler Märkte entstehen. War dies aber einmal eingetreten, so erzeugte das System seine eigene irreversible Dynamik und damit die heutige internationalisierte Marktwirtschaft. Insofern setzt sich dieser Ansatz deutlich von Polanyi ab, dem er ansonsten durchaus verpflichtet ist. Er glaubt eben nicht wie Polanyi, dass die Sozialdemokratie die allgemeine Vermarktwirtschaftlichung noch aufhalten kann, und folgt auch nicht neueren sozialdemokratischen Vorstellungen wie etwa denen von Gray, der – ebenfalls unter Berufung auf Polanyi – in der Öffnung der Märkte nur eine Auswirkung der derzeit tonangebenden neoliberalen Ideologie auf die Wirtschaftspolitik sieht.

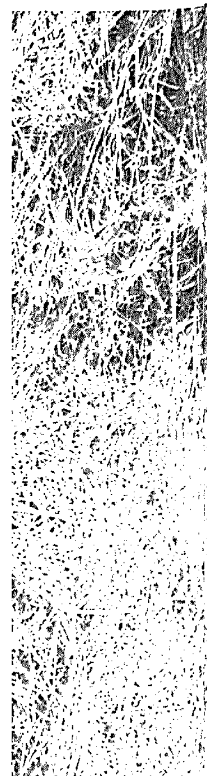
So ist die neoliberale internationalisierte Marktwirtschaft in erster Linie auf diese Dynamik zurückzuführen, also weder auf irgendwelche Verschwörungen noch auf bösartige neoliberale oder verkommene sozialdemokratische Parteien, wie die Reformlinken meinen. Nein, in ihr vollendet sich jener Prozess der Vermarktwirtschaftlichung, der gegen das kurze etatistische Interregnum (zwischen den 30er und 70ern des 20. Jahrhunderts) schon deswegen die Oberhand behielt, weil jede Art staatlicher Marktinterventionen der parallel dazu ablaufenden Internationalisierung zuwider lief. Politisch bedeutete diese einschneidende Entwicklung das Ende des sozialdemokratischen Konsenses der ersten Nachkriegsjahre. Dieser Konsens vereinte Sozialdemokraten und Konservative in der Überzeugung, der Staat müsse durch aktive Interventionen so auf die Wirtschaft einwirken, dass die diversen sozialdemokratischen Ziele wie Vollbeschäftigung, Wohlfahrtsstaat, Umverteilung usw. möglichst gut erreicht würden. Auf diese etatistische Phase folgte die bis heute andauernde neoliberale Phase, d. h. der neoliberale Konsens, dem die Regierungen von Mitte-Links bis Mitte-Rechts verpflichtet sind.

In einer internationalisierten Marktwirtschaft stellt eine *nachhaltige Entwicklung* einen Widerspruch in sich dar.

## Die neoliberale Phase der Globalisierung

Die transnationale Wirtschaftselite, die sich nach dem Zweiten Weltkrieg herausgebildet hat und heute die internationalisierte Marktwirtschaft kontrolliert, hat von jeher nach einer Maximierung der Rolle des Marktes und einer Minimierung der Mechanismen zum Schutz der Arbeiterschaft und der Umwelt gestrebt, um so maximale Profitabilität und *Effizienz* (im engen technisch-wirtschaftlichen Sinn) zu garantieren. Klar, nicht sämtliche sozialen Marktkontrollen sollten damit abgeschafft werden. Einige, wie etwa Regulierungen, sind für ein effizientes Funktionieren der Märkte durchaus erforderlich, während andere (z.B. eine minimale soziale Absicherung der ärmsten Bevölkerungsschichten) für die Reproduktion der Arbeiterschaft und zur Verhinderung sozialer Unruhen gebraucht werden. Sodann die ökologische Frage: Die transnationalen Wirtschaftseliten haben natürlich deren Brisanz erkannt, möchten aber keinesfalls diejenigen unter ihnen vergrämen, die wie etwa die Erdölindustrie von der Umweltzerstörung leben. Also suchen sie nach Kompromissen von der Art der Strategien *nachhaltiger Entwicklung*, wie sie von grünen Politikern und befreundeten

*Foto: R.Maro version-foto.de*



Organisationen (Greenpeace, Freunde der Erde usw.) – unter direkter oder indirekter finanzieller Förderung durch die Multis – propagiert werden. Dabei liegt doch auf der Hand, dass in einer internationalisierten Marktwirtschaft eine *nachhaltige Entwicklung* einen Widerspruch in sich darstellt. Aktuelles Beispiel ist die Weigerung der Bush-Regierung, dem Kyoto-Vertrag beizutreten, und zwar auf Einspruch der Erdölindustrie, mit deren finanzieller Hilfe Bush die Präsidentenwahl gewonnen hatte. Die Vorschläge des Kyoto-Vertrages sind ja äußerst vorsichtig und reichen sowieso bei weitem nicht aus, doch in ihrer Summe schaden sie der Erdölindustrie, dienen jedoch auch den Interessen der Elite anderer Branchen (etwa der Versicherungs- und der Landwirtschaft sowie der Tourismusindustrie, die aus nahe liegenden Gründen über den Treibhauseffekt besorgt sind). Umweltgefahr hin oder her – dieses Ungleichgewicht wollte die Bush-Regierung jedenfalls wieder austarieren.



Die heutige neoliberale Moderne stellt also eigentlich eine Synthese dar zwischen der altliberalen und der etatistischen Variante, bei der das liberalisierte und selbstregulierte Marktgeschehen so in ein System staatlicher Kontrollmechanismen eingebettet ist, dass Menschen und Umwelt wenigstens minimal geschützt bleiben. Der Staat spielt im Hinblick auf die Märkte heute eine völlig andere Rolle als die eines Nachtwächters, während der liberalen Phase und während der etatistischen Phase, die eines gesellschaftlichen Schutzengels. Heute muss der Staat einerseits mit den Märkten die *Angebotsseite* der Wirtschaft (Konkurrenzfähigkeit und *Effizienz*, also die Profite) stärken und andererseits die Kontrolle über die marginalisierten Bevölkerungsschichten dadurch gewährleisten, dass er für deren Überleben sorgt. Dass er dadurch naturgemäß erheblich an ökonomischer Souveränität eingebüßt hat, sieht man schon an dem Entstehen der riesigen Wirtschaftsblöcke, deren supranationale Institutionen die wirtschaftliche Rolle des Nationalstaates zunehmend erodieren.

Dies gilt vor allem für die EU, denn hier hat besagter Prozess bereits eingesetzt. Nicht nur der Warenmarkt, sondern auch Arbeits- und Kapitalmärkte sind vollständig liberalisiert, und so entsteht ein ausgedehntes Wirtschaftsgebiet mit festen Währungsparitäten, ganz wie unter dem Goldstandard der ersten Internationalisierungsphase. Dieser neue Standard, in dem der Euro die Rolle des Goldes übernimmt, dürfte viel bessere Erfolgschancen haben als sein Vorgänger, sind doch die Ursachen für dessen Versagen beseitigt – nämlich die Beschränkungen, denen man damals Waren-, Kapital- und Arbeitsmärkte unterworfen hatte, nicht nur im Interesse der nationalen Wirtschaftseliten, sondern auch zum Selbstschutz der Gesellschaft gegen ihre Vermarktwirtschaftlichung. In der neoliberalen Aufhebung dieser Schranken liegt also eine historische Chance dafür, dass der Vermarktwirtschaftlichungsprozess sich vollenden kann und die neoliberale Internationalisierung von mehr Erfolg gekrönt sein wird als ihre altliberale Vorläuferin.

Politisch waren die Voraussetzungen für die Vollendung dieses Prozesses gegeben, als im Osten der *real existierende Sozialismus* zusammengebrochen und im Westen die Sozialdemokratie gescheitert war. Heute stehen nicht nur Mitte-Links- wie Mitte-Rechts-Parteien, gleich ob an der Regierung oder nicht, hinter der einen oder anderen Variante des Neoliberalismus, sondern dieser durchdringt auch die Strategien jener internationalen Organisationen, mit deren Hilfe die transnationalen Eliten die Weltwirtschaft beherrschen (IWF, Weltbank, WHO, EU, Nafta, usw.). So wird unmisssverständlich klar, dass dieser neue Konsens den aus der internationalisierten Marktwirtschaft resultierenden radikalen Strukturwandels perfekt repräsentiert.

Es kommt nicht darauf an, ob die jetzige liberale Wirtschaftsordnung offener und integrierter ist als die frühere, sondern ob ihre Erfolgsaussichten bei der Schaffung einer selbstregulierten internationalisierten Marktwirtschaft besser sind als bei der Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert. Ich selbst bin hiervon überzeugt, weil nämlich heute erstmalig die vier Systeme vorhanden sind, auf die nach Polanyi jedes auf selbstregulierten Märkten aufgebaute Gesellschaftssystem angewiesen ist. Es sind dies:

- ein selbstregulierter Markt (d. h. die *Marktwirtschaft*): Ist heute weiter als je zuvor entwickelt angesichts der Freiheit der Waren- und Kapitalmärkte, des allgemeinen Rückzugs des Etatismus und der Flexibilisierung auch des Arbeitsmarktes;
- ein liberaler Staat (d. h. eine repräsentative *Demokratie*): Ist untrennbar mit dem selbstregulierten Markt verknüpft und heute allgegenwärtig;
- ein System des Machtgleichgewichts: Ist nach dem Zusammenbruch des *real existierenden Sozialismus* und der Internationalisierung der Märkte in Form der

Neuen Weltordnung gegeben, als notwendiges Gegenstück zu der durch die internationalisierte Marktwirtschaft verkörperten Neuen Wirtschaftsordnung;

– das neue Weltwährungssystem: Ergibt sich aus der Einführung des Euro und aus den in Nord- und Südamerika vorangetriebenen Ansätzen zur Schaffung eines panamerikanischen Dollars. Vieles spricht dafür, dass dieser Trend an Fahrt gewinnen und letztlich in feste Paritäten zwischen den drei großen Währungsblöcken Euro, Dollar und Yen münden wird. Enden dürfte das Ganze in einer neuen Weltwährung, d.h. in einem erdumspannenden Währungssystem als Garant eines stabilen Finanzrahmens für den aus der Globalisierung erwachsenen vernetzten Wirtschaftsraum.

### Langfriststrategie für eine demokratische Globalisierung

Nach dem Zusammenbruch des Staatssozialismus fehlt uns heute die Vision einer realistischen gesellschaftlichen Alternative. Das Projekt der *Umfassenden Demokratie* bietet nicht nur diese Vision, sondern darüber hinaus eine Langfriststrategie und ein Kurzfristprogramm, die den Weg zu dieser neuen Gesellschaftsordnung weisen. Denn was den Systemwechsel betrifft, so sind die Aktivitäten der heutigen Antiglobalisierungbewegung als Übergangsstrategien chancenlos, solange sie nicht Bestandteil einer programmatisch-politischen Massenbewegung werden. Bestenfalls können sie sich zu einer Art *Widerstandsbewegung* gegen die Globalisierung entwickeln und einige – leicht rückgängig zu machende – Reformen herbeiführen. Den Systemwechsel selbst werden sie jedoch niemals schaffen, denn ohne die konkrete Vision einer künftigen Gesellschaft, ohne eine klare Strategie und ein Kurzfristprogramm für den Weg dahin können sie nicht einmal den dazu unentbehrlichen systemsprengenden Bewusstseinswandel erzeugen. Wer das System wirklich überwinden will, erreicht dies nur mit einem politischen Programm, das Vision, Strategie und Kurzfristtaktik umfasst.

Zur Strategie der *Umfassenden Demokratie* gehört der Aufbau einer machtvollen Bewegung für ein politisches Programm mit dem unverhüllten Anspruch, hier und jetzt die gesamte Gesellschaft zu einer wirklich demokratischen umzubauen. Ausdrücklich muss also – parallel zum Wertewandel – auch der Systemwechsel angestrebt werden. Zu diesem Zweck müssen mehr und mehr Menschen an die neue Politik herangeführt werden, während gleichzeitig ökonomische Ressourcen wie Arbeit, Kapital und Boden dem Markt entzogen werden. Hierdurch sind Institutionen und Wertesystem so zu verändern, dass die neuen Institutionen die unvermeidlichen Konflikte mit der Staatsmacht bestehen und am Ende die Umfassende Demokratie und das neue demokratische Paradigma an die Stelle von Marktwirtschaft und repräsentativer Demokratie samt ihrem gesellschaftlichen Begründungsparadigma treten können.

Warum diese Strategie? Zu einem Systemwechsel gehört ein – kultureller wie institutioneller – Bruch mit der Vergangenheit, und der setzt zwingend einer neue politische Organisation und ein umfassendes politisches Programm für den Systemwechsel voraus. Das systemkritische Bewusstsein muss nämlich ein Massenphänomen werden; eine Beschränkung auf die Avantgarde (wie bei den Staatssozialisten) oder auf Wohnbezirke und Kommunen (wie bei den libertären Grüppchen) reicht nicht aus. Bevor die *Umfassende Demokratie* Wirklichkeit werden kann, muss erst die neue Kultur sich durchgesetzt haben, und dazu müssen neue politische und ökonomische Institutionen die Gesellschaft sichtbar prägen. Ohne den praktischen Aufbau derartiger

*Foto: R.Maro version-foto.de*

Institutionen ist eine politische Bewegung für ein neues Massenbewusstsein nicht denkbar.

Unter dieser Strategie müssen demnach – und zwar von unten nach oben – *Stützpunkte wirtschaftlicher und politischer Machtausübung durch das Volk* errichtet werden, die sich anschließend nach und nach zu einer föderalen *Umfassenden Demokratie* vernetzen. Entscheidend ist: Sobald irgendwo Menschen in nennenswerter Anzahl eine Basis für *Demokratie in Aktion* errichtet haben, müssen sie sich an den Aufbau der entsprechenden politischen und ökonomischen Institutionen



machen.

### Abriss eines Kurzfrist-Programms

Kurzfristig müssen neue politische Organisationsformen geschaffen werden, in denen sich die gewünschten Gesellschaftsstrukturen widerspiegeln. Also nichts von der Art der üblichen politischen Parteien, sondern so etwas wie *Demokratie in Aktion*, von der nicht nur politische Initiativen ausgehen, sondern auch solche auf dem Gebiet der Wirtschaft, des Sozialwesens, der Ökologie und der Kultur. Im einzelnen:

- Politisch durch die Errichtung von *Schatteninstitutionen* für Direkte Demokratie (Bürgerversammlungen usw.) sowie durch direkte Aktionen (Demos, Massenversammlungen, Teach-ins, Ziviler Ungehorsam).
- Ökonomisch durch die Gründung *demotischer* Produktions- und Konsumeinheiten. Das sind Wirtschaftsbetriebe, die, zunächst von Bürgern privat finanziert, diesen kollektiv gehören und von ihnen und den Betriebsangehörigen kontrolliert werden. Ist die örtliche Mehrheit einmal errungen, können auch Kommunalsteuern dafür eingesetzt werden.
- Sozial durch die Einführung der Selbstverwaltung am Arbeitsplatz, in den Schulen usw. sowie generell durch den Kampf für demokratische Verhältnisse in diesen Bereichen.
- Ökologisch durch Sicherstellung umweltfreundlicher Verhältnisse in Produktion und Konsum sowie durch direkte Aktionen gegen anhaltende Naturzerstörung (von Seiten der Konzerne).
- Kulturell durch Einflussnahme der Gemeinschaft auf Kunst und Medien sowie durch die Gründung von Alternativmedien, um so dem mit der Umfassenden Demokratie harmonisierenden Wertesystem zur Vorherrschaft zu verhelfen.

Heute sind die Menschen noch von jeder Art Machtausübung entwöhnt, vor allem politisch und ökonomisch. Dann jedoch werden sie sich geradezu zur Mitwirkung an einer derartigen Bewegung gedrängt fühlen, d. h. sie werden mit ihrer Stimmabgabe ihrer örtlichen *Demokratie in Aktion* zum Leben verhelfen.

Ihnen wird klar sein, dass Probleme wie Armut, Arbeitslosigkeit usw. sich nur durch eine institutionalisierte *Umfassende Demokratie* lösen lassen (in der also Unternehmen, gesellschaftliche Dienste usw. vom Volk beherrscht werden), und sie können diese *Umfassende Demokratie* auf den Weg bringen, sobald sie in ausreichender Stärke die lokale Basis für ihre *Demokratie in Aktion* errichtet haben. Sie wissen auch, dass sie gegen die Verseuchung von Wasser, Luft und Nahrung einen durchschlagenden Erfolg nur erringen können, indem sie die örtliche Macht im Rahmen der *Umfassenden Demokratie* übernehmen, also in ihren Kommunen handeln, sich aber von der allgemeinen politischen und gesellschaftlichen Arena fern halten. Sie wissen schließlich, dass sie nur dann Herren ihres eigenen Lebens sein werden, wenn sie zuerst die lokale Macht erobern und sich dann regional föderieren. Das heißt, die Menschen werden sich für die *Umfassende Demokratie* engagieren, aber nicht weil sie sich nach einem abstrakten Demokratie-Ideal sehnen, sondern weil sie durch ihr eigenes Tun erkennen , dass die Ursache all ihrer ökonomischen, ökologischen und sozialen Probleme in der Konzentration der Macht auf so wenige zu suchen ist.

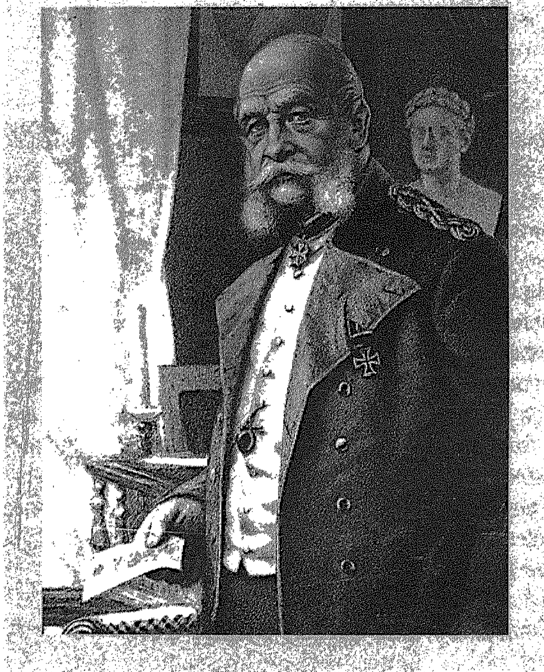
Ich möchte mit der Feststellung schließen, dass die Menschheit im neuen Jahrtausend vor einer lebensentscheidenden Wahl steht. Entweder wir verharren in unserer bisherigen Lebensweise und bei den Institutionen zur Sicherung und Ausweitung der riesigen Machtkonzentration auf allen Ebenen und nehmen damit die sich verschärfende multidimensionale Krise in Kauf. Oder wir machen uns an den Aufbau einer neuen politischen Bewegung zur Errichtung der Institutionen für eine nachhaltige *Umfassende Demokratie* und initiieren dadurch einen Prozess, in dessen Verlauf erstmalig in der Geschichte eine neue und wahrhaft demokratische Weltordnung möglich wird.

Literatur

Takis Fotopoulos, Umfassende Demokratie, Grafenau 2003

Gray, False Dawn [muss noch vervollständigt werden]

*Übersetzt von Helmut Richter*



# Die patriarchale Gesellschaft sc

## Zur Ausstellung „Die Gesetze des Vaters"

Otto Gross propagierte die sexuelle Revolution zwei Jahrzehnte vor und radikaler als Wilhelm Reich. Mit seinen anarchistischen Auffassungen säte er Zwietracht zwischen die Freunde Erich Mühsam und Gustav Landauer, da letzterer die Gross'schen Ideen ablehnte. Gross geriet in Verruf, weil er mit Patientinnen schlief und zwei seiner lebensmüden Patientinnen half, sich umzubringen. In der Psychoanalyse an den Rand gedrängt, in die Psychiatrie zwangseingeliefert, wurde er von C.G. Jung analysiert und drehte den Spieß um. Die Schriftsteller Franz Jung und Raoul Hausmann wurden genauso stark beeinflusst, wie Leonard Frank, Erich Mühsam und T.H. Lawrence. Sein Tod passte ins Bild, zeitlebens kokainabhängig, starb er schließlich in einem Berliner Hauseingang: verhungert und erfroren.

Gerhard Dienes und Ralf Rother haben ein gut aufgebautes Begleitbuch zur Grazer Ausstellung herausgegeben, indem nicht die einzelnen Biografien sondern die Beziehungen von Gross zu Gross und Kafka und Freud aufgezeigt werden.

Getreu dem Credo, dass sich der Expressionismus sehr stark am Vater-Sohn-Konflikt, bzw. an den Autoritätskonflikten in monarchistischen Gesellschaften, abgearbeitet hat, wird seit eh und je der Vater-Sohn-Konflikt im Hause Gross als exemplarisch verstanden, weil besonders zugespitzt: Hans Gross gilt als Begründer der wissenschaftlichen Verbrechensbekämpfung, sein Handbuch für Untersuchungsrichter, umfasst u.a. bereits die Auswertung von Fußabdrücken oder die Dekodierung von Einbrecherzinken. Gross schuf die Verbrecherkategorie der „Degenerierten", dazu zählten für ihn die Gewohnheitsverbrecher, die Arbeitsscheuen, sexuell Perverse, „politisch Malkontente" und alle Zigeuner. Am liebsten wollte er diese Gruppe aus dem Verkehr ziehen und am liebsten so, wie es die Engländer vorexerziert hatten, als sie ihre „Verbrecher" nach Australien deportierten, alle weg in entfernte Lager.

Otto wandte sich schon früh gegen die Unmenschlichkeit des Strafrechtes und entfloh als Schiffsarzt der akademischen Karriere. Er wurde Bohemien. Gegen die Autorität des Gesetzes entwickelte er sich zum politischen Anarchisten. Wider die sexuelle Normierung warb er für hemmungsbefreiende Promiskuität. Die „Zertrümmerung der Vaterrechtfamilie" als Zielvorstellung, entwarf er eine Utopie des Matriarchats, die Degenerierten wurden zu Hoffnungsträgern der als notwendig erkannten Revolution und passten so beispielsweise zu den Revolutionshoffnungen von Erich Mühsam und seiner Gruppe Tat in München, die im „5. Stand", in den Vagabunden, den Huren, den Arbeitslosen, den Lumpen das revolutionäre Subjekt erblickten, die deshalb für die Revolution zu gewinnen seien, weil sie – im Gegensatz zu den Arbeitern – nichts zu verlieren haben.

Wenn Otto Gross den familiären Konflikt in eine politische Theorie umgemünzt hat, seine Vaterwelt als Antibild genommen hat, um zu einer eigenen beruflichen Theorie und politischen Utopie zu gelangen, so setzte der Vater seine Polizeitheorie gegen seinen „degenerierten" Sohn vorbehaltlos ein. 1913 ließ Hans Gross seinen Sohn aus Berlin entführen und in verschiedene Heilanstalten einsperren. Der Fall, der von den Expressionisten und Anarchisten publik gemacht wurde, wurde zum Symbol für den Kampf der Moderne gegen die herkömmliche, monarchistische Welt, die mit dem Ausbruch des 1. Weltkriegs endgültig untergehen sollte. Interessant das Verhältnis beider zu Freud. Der Vater der Kriminalistik sah in der Psychoanalyse eine wissenschaftliche Methode zur Erfassung des menschlichen Charakters, etwas, das den „idealen" Richter interessieren muss, wenn er die Degenerierten von den Gelegenheitsverbrechern unterscheiden will.

Otto Gross übernahm die Theorie des ödipalen Konflikts. Anfangs von Freud anerkannt, zog er aus dem von Freud festgestellten Zusammenhang zwischen Gesellschaftsstruktur und psychischem Leiden radikale Folgerungen. Die Psychoanalyse wurde für ihn zur Methode, zur „Vorarbeit der Revolution". Auch Revolutionäre haben autoritäre Gesetze verinnerlicht, die Psychoanalyse sollte sie davon befreien. Freud erschrak zutiefst: „Wir sind Ärzte und wollen Ärzte bleiben."

Otto Gross sah dies als Inkonsequenz, Freud getraute sich nicht, den letzten Schritt seiner eigenen Theorie zu denken.

## heint zerstört

## in Graz

*von Alexander Navajo*

**Bleibt Franz Kafka.**

Er studierte drei Semester bei Hans Gross Strafrecht und Rechtsphilosophie. In seiner Erzählung „In der Strafkolonie" schildert er die Deportationsfantasien des Hans Gross. Auch im „Prozeß"-Roman hat der allmächtige Untersuchungsrichter viel mit dem „idealen" Richter gemeinsam. Und zudem entstand der Roman wenige Monate nachdem die Entführung des Otto Gross aus Berlin auf Befehl des Kriminalistikprofessors stattgefunden hatte.

Kafkas Verhältnis zu Otto entsprang einem Zufall, 1917 traf Kafka in einem Nachtzug den vollgekoksten Otto Gross. Otto führte ihn in die Psychoanalyse ein und beide erwogen, gemeinsam „Blätter gegen den Machtwillen" herauszugeben. Beide Autoren teilten die Ansicht, dass die Unterdrückung des Einzelnen durch den bürokratischen Übervater beendet werden müsse. Kafka war allerdings im Gegensatz zu Gross pessimistisch, was die Veränderungsmöglichkeiten anbetraf.

Im Anarchismus, der Boheme, im linken Expressionismus und Dadaismus, in der Frauenemanzipation und in der Rätebewegung 1917–1919 konnte Gross eine Bestätigung seiner Prophezeihungen erleben. 1919 hätte sich Graz noch nicht an seinen revolutionären Sohn herangewagt. Heute – im Zeitalter des anything goes – ist alles relativ geworden. Otto Gross, der Dissident, das enfant terrible eignet sich als großer Sohn der Stadt, die Kulturhauptstadt Europas winkt mit originärer Kultur. Gross' Hauptfeind, die patriarchale Familie scheint zerstört, abgelöst von Singlehaushalten, allein erziehenden Müttern, Lesben- und Schwulenehen. Aber die neue anarchistische, matriarchale und „machtlose" Gesellschaft ist auch nicht entstanden. Der Patriarch ist nur nicht mehr greifbar, der Chef als Boss hat sich überlebt, Strukturen und Sachzwänge beherrschen uns, Technik tut ihr übriges, beides zusammen, gezogen an fast unsichtbaren Fäden unsichtbarer „Chefs" verwirklicht neue Überwachungssysteme, die der Fantasie des Hans Gross durchaus gerecht werden. Der Verbrecher der Zukunft bekommt seine elektronische Fußfessel, der Außenseiter seine Chipkarte, die ihm so manchen Eintritt verwehren wird, der „Terrorist" wird auf eine militärische Basis nach Cuba verschleppt und die übergestülpte Kapuze macht versinnbildlicht, dass er nicht mehr Teil der normalen Welt sein darf, dass er sie nicht einmal mehr sehen soll.

Es ist nicht leichter geworden, autoritäre Verhaltensweisen offenzulegen und abzuschaffen, denn wie eh und je bedürfen selbst die Revolutionäre einer psychoanalytischen Entgrenzung, um Grenzen überschreiten zu können.

Katalog (Böhlau, Wien 2003) 24,90 Euro


**Impressum:**

Redaktions- & ABOadresse:

Schwarzer Faden, PF 1159
D-71117 Grafenau
Tel. 07033-44273, Fax 07033-45264
e-mail: info@schwarzerfaden.de

| | |
|---|---|
| Einzelpreis: | 4,– € |
| ABO (4 Nrn.): | 15,– € |

Kontoverbindung:
Postgiro Stuttgart: Kto. W. Haug,
Ktonr. 57463-703, BLZ 600 100 70
Erscheinungsweise: 4 x jährlich
Auflage: 2500
Herausgeber:
Trotzdem-Verlag/W. Haug, Grafenau
ISSN: 0722-8988, ZIS-Nr. 701

Namentlich gekennzeichnete Beiträge stehen unter der Verantwortlichkeit der VerfasserInnen und geben nicht die Meinung des Herausgebers oder des presserechtlich Verantwortlichen wieder.

**Verlag, Satz & Vertrieb:**
Verein für libertäre Bildungspolitik, Grafenau
Das Redaktionskollektiv entscheidet über Inhalt und Form der Zeitschrift. Ein Anspruch auf Veröffentlichung besteht nicht. Der Abdruck erfolgt honorarfrei. Anti-copyright: Nachdruck von Texten ist unter Angabe der Quelle und Zusendung eines Belegexemplars ausdrücklich erwünscht.

**Redaktion dieser Ausgabe:**
Wolfgang Haug, Andreas Ries, Herby Sachs (V.i.S.d.P.).

**Mitarbeit:** Der SF versucht eine Mischung aus aktuellen politischen Ereignissen, Internationalismus, Aktualisierung libertärer Theorie, Aufarbeitung freiheitlicher Geschichte und einer Kultur- und Medienkritik von unten. Eingesandte Artikel, Photos, Graphiken etc. sind erwünscht!

Technologie: Wir wünschen uns die Artikel per Datenträger. Am besten im Textverarbeitungsprogramm Word, als txt-Datei auf MAC-Basis, mcw-Datei auf DOS-Basis, als rtf-Datei oder als e-mail: schwarzerfaden@gmx.de

Auslieferung an den Buchhandel:
BRD: Trotzdem-Verlag, Grafenau
Österreich: Anarchistische Buchh., Wien
Schweiz: Anares, Bern

Anzeigenpreise (zzgl. 16% MWST):

| | |
|---|---|
| Kleinanzeige: | 15,– € |
| halbe Spalte (5,4x 13,5cm): | 80,– € |
| ganze Spalte (5,4x27 cm): | 150,– € |
| 1/4-Seite (8,5x 13 cm): | 150,– € |
| 1/2-A-4-Seite: | 250,– € |
| 1 A-4-Seite: | 500,– € |
| Beilagen | 300,– € |

Dauerkunden erhalten 30% Rabatt!

Anzeigen, wenn es möglich als digitale Vorlagen. Am liebsten als EPS- (Text in Kurven konvertiert), PDF- (druckfähig!), oder TIFF-Dateien.

*Hubert van den Berg/Dieter Nelles*

# Nationalismus oder Kultur

Über die kulturpolitischen Vorstellungen in der anarchosyndikalistischen Exilpublizistik in den Niederlanden (1933–1940)

Die anarchosyndikalistische[1] Emigration hat bislang in der Exilforschung kaum Beachtung gefunden[2], oder wurde als vollkommen unbedeutend marginalisiert, wie von Lieselotte Maas, die in ihrem Handbuch der deutschen Exilpresse schreibt:

„Im Spektrum der Exilpresse blieben die Blätter der Anarchisten (...) absolute Randerscheinungen. Aktivitäten von einzelnen für einzelne, ohne wirksame Kontakte zu den Diskussionen des deutschen Exils."[3]

Diesem Urteil von Lieselotte Maas widersprechen zunächst folgende Tatsachen: Die Gruppe Deutsche Anarcho-Syndikalisten (DAS), die länderübergreifende Organisation deutscher anarchosyndikalistischer Flüchtlinge, war während der ersten neun Monate des Spanischen Bürgerkriegs die politisch einflußreichste deutsche Exilgruppe in Barcelona. Die DAS war verantwortlich für die politische Kontrolle aller deutschsprachigen Ausländer und in der Auslandspropaganda der spanischen Anarchosyndikalisten und der katalanischen Regierung an hervorragender Stelle beteiligt. Ein publizistisches Ergebnis dieser Aktivitäten war das sogenannte Schwarz-Rotbuch, ein Materialienband über die Organisierung der NSDAP und ihrer Nebenorganisationen im Ausland[4], das 1937 in deutscher und spanischer Sprache erschien und durchaus im deutschen Exil rezipiert wurde. So würdigte die vom Internationalen Sozialistischen Kampfbund (ISK) herausgegebene Exilzeitschrift Sozialistische Warte als „geschichtliches Verdienst" des Schwarz-Rotbuches, es habe die Organisationen der NSDAP im Ausland „in ihrer internationalen Weite entblößt (...). Es wäre zu empfehlen, diese Dokumente mindestens ins Englische und Französische zu übersetzen".[5] Während des Spanischen Bürgerkriegs gelang es außerdem der spanischen Gruppe DAS ihre Mitgliederzahl von zwanzig auf vierzig zu verdoppeln. Rechnet man noch die fünfzig bis sechzig deutschen Emigranten hinzu – unter ihnen Carl Einstein[6] –, die sich in Spanien der anarchosyndikalistischen Confederación Nacional del Trabajo (CNT) anschlossen, so muss das Urteil von Lieselotte Maas, die deutschen Anarchosyndikalisten hätten „ganz offensichtlich den eigenen kleinen Kreis nie zu sprengen" vermocht[7], revidiert werden.

Darüberhinaus ist zu berücksichtigen, dass es in anarchosyndikalistischen Kreisen ein anderes Verhältnis zum Leben im Exil gab; es wurde nicht, wie bei den meisten anderen deutschen Emigranten als Ausnahmesituation begriffen. Zwar war die erzwungene Emigration auch für die deutschen Anarchosyndikalisten ein einschneidendes Erlebnis. Politische Verfolgung und, damit verbunden, Flucht und Exil begleiteten jedoch die anarchistischen Aktivitäten seit ihren Ursprüngen. Speziell im wilhelminischen Kaiserreich gehörte die erzwungene Emigration mehr oder weniger zum normalen Bestandteil der politischen Biographie deutscher Anarchisten. So befanden sich die organisatorischen Zentren – insbesondere in der Zeit der Sozialistengesetze – nicht in Deutschland sondern in London, New York sowie im benachbarten Ausland.[8] Umgekehrt war Berlin, wo sich seit 1923 das Sekretariat der in kritischer Abgrenzung zur kommunistischen Roten Gewerkschafts-Internationale gegründeten anarchosyndikalistischen Internationalen Arbeiter-Assoziation (IAA) befand, eines der wichtigsten Zentren der anarchistischen und anarchosyndikalistischen Emigration, hauptsächlich aus der Sowjetunion.[9]

In diesem Zusammenhang bedeutete das stark ausgeprägte internationalistische Selbstverständnis der Anarchosyndikalisten, dass sich ihr Wirkungsbereich potenziell nicht auf ein bestimmtes Land beschränkte; bezeichnend ist in dieser Hinsicht, dass von den bis Kriegsende im Exil lebenden Emigranten und Emigrantinnen anarchosyndikalistischer Provenienz nach 1945 nur zwei nach Deutschland zurückkehrten. Bezeichnend ist ebenfalls das Vorwort der 1936 veröffentlichten niederländischen Übersetzung von Rudolf Rockers Hinter Stacheldraht und Gittern Rudolf Rocker.[10] Das Buch beschreibt Erlebnisse dieses anarchosyndikalistischen Theoretikers während seiner Internierung als deutscher Immigrant zur Zeit des Ersten Weltkriegs in England, wo er seit 1895 gelebt hatte, ursprünglich weil ihm in Deutschland eine Gefängnisstrafe drohte. Im Vorwort des Buches wird zwar beiläufig erwähnt, der Autor habe Deutschland 1933 erneut verlassen müssen und lebe jetzt in den Vereinigten Staaten. Die Bedeutung des Buches wird aber keineswegs darin gesehen, dass über Erlebnisse aus einer früheren Emigrationszeit berichtet wird, sondern dass sich dem Buch in autobiographisch veranschaulichter Form die Grundsätze anarchistischer Weltanschauung entnehmen lassen. So zeigt Hinter Stacheldraht und Gittern exemplarisch, dass das anarchosyndikalisti-

sche Exil sich nicht so sehr als Exil, als Teil der deutschen Emigration, sondern vielmehr als Teil einer internationalen Bewegung verstand.[11] Es war es daher auch kein Zufall, dass die einzige deutsche Emigrantengruppe, mit der die DAS eng zusammenarbeitete, in der Internationalen Transportarbeiter Föderation (ITF) organisierte deutsche Seeleute waren, die mit der DAS sowohl das internationalistische Verständnis als auch die syndikalistische Ideologie teilten.[12]

In diesem Sinne ist die zitierte Feststellung von Maas dann auch nicht als Defizit aufzufassen. Gleichzeitig muss dieser Feststellung aber entgegengehalten werden, dass es dennoch Kontakte zum übrigen Exil gab – man half mit bei der Verbreitung der Exilpresse, z. B. des Pariser Tageblatts und der Neuen Weltbühne in Deutschland. Beiträge von Autoren, wie Carl Einstein, Julius Epstein und Stefan Heym, erschienen in der anarchosyndikalistischen Presse. Auch gelang es, als Teil einer Kampagne für die in Moskau im Frühjahr 1936 verhaftete Kreszentia Mühsam – die Witwe des 1934 im KZ Oranienburg ermordeten Schriftstellers Erich Mühsam – sowohl die deutsche Exilöffentlichkeit wie auch ausländische linke Intellektuelle zu interessieren. Durch Interventionen zu ihrem Gunsten u. a. von Thomas Mann[13] konnte dadurch – wenn auch nur vorübergehend zur Beruhigung der Öffentlichkeit – ihre Freilassung im Oktober 1936 durchgesetzt werden.

### Das anarchosyndikalistische Exil in den Niederlanden

Die 1933 etwa 4000 Mitglieder zählende anarchosyndikalist. Gewerkschaft Freie Arbeiter-Union Deutschlands (FAUD)[14] wurde wie die anderen Arbeiterorganisationen in der Zeit nach der Machtübergabe vom Januar 1933 von den Nazis zerschlagen; etwa 100 Mitglieder wurden im Laufe des Jahres 1933 verhaftet. Der FAUD gelang es aber innerhalb kurzer Zeit eine illegale Organisation aufzubauen, der rund 600 Mitglieder angehörten.[15] Einige Dutzende exponierter Mitglieder zogen indessen ins Ausland, nach Spanien, Frankreich, Schweden und in die Niederlande.

In den Niederlanden wurden die Flüchtlinge von der Schwesterorganisation, dem Nederlandsch Syndicalistisch Vakverbond (NSV) unterstützt, die schon 1927 eine Hilfsorganisation für Flüchtlinge, den Fonds Internationale Solidariteit (FIS) gegründet hatte.[16] Bis 1936 sammelte diese Organisation insgesamt 6000 Gulden für die bei Gastfamilien untergebrachten Flüchtlinge[17]. Wenn Geld in der FIS-Kasse vorhanden war, erhielten sie als Unterstützung sieben Gulden in der Woche. In De Syndicalist beklagte der Kassenführer des FIS jedoch wiederholt, dass zu wenig gespendet wurde und die wöchentliche Unterstützung nicht ausgezahlt werden konnte.[18] Dennoch fiel in der Retrospektive das Urteil über die niederländische Emigration sehr positiv aus. Fritz Benner, der seit 1935 in Amsterdam war und nach dem Spanischen Bürgerkrieg nach Schweden emigrierte, verglich die beiden Länder:

„Die Schweden sind ja auch gute Kameraden, leisteten auch Solidarität, solange es nötig war. Aber es ist nicht dasselbe, wie es bei Euch [in den Niederlanden] war. Die Schweden nahmen aus großen Kassen. Ihr sammelt per Cent zusammen. Solche Sachen, die für Euch Holländer und auch für uns sozialistische Deutsche selbstverständlich sind, wie: ins Haus aufnehmen, Pässe besorgen usw., kennen die Schweden nicht."[19]

Trotz der solidarischen Aufnahme durch die Genossen und Genossinnen des Gastlandes trennte sie die Erfahrung des Nazismus. Dazu schrieb Fritz Benner:

„Ich war selbst in drei Konzentrationslagern. In einem musste ich erleben, wie man den Menschen, den ich am meisten auf der ganzen Welt verehrte, den Menschen, durch dessen Schriften ich Revolutionär und Anarchist geworden war, langsam zu Tode quälte. Erich Mühsam! Ich musste schweigen. Sehr schnell merkte ich in Holland, dass auch die Elite eines Volkes, die Arbeiterklasse, nicht in der Lage ist, durch Zeitungen und Bücher sich ein Bild von der wirklichen Lage eines anderen Landes zu machen. Es fehlt die praktische Erfahrung, die Phantasie. (...) Wie tief ein Mensch durch Mißhandlungen sinken kann, konnten die Genossen einfach nicht begreifen."[20]

In Amsterdam wurde im November 1933 eine Auslandsorganisation für die versprengten FAUD-Mitglieder, die – bereits erwähnte – Gruppe DAS, gegründet. Kurze Zeit später bildeten sich ebenfalls DAS-Gruppen in Stockholm, Paris und Barcelona gebildet, die bis zum Ausbruch des Spanischen Bürgerkriegs insgesamt etwa vierzig Personen umfaßten. Die Amsterdamer Gruppe DAS übernahm das Sekretariat – die sogenannte „Zentralstelle" –, das laut eines internen Schreibens der IAA[21] drei Aufgaben hatte:

1. Die Herstellung von regelmäßigen Verbindungen nach Deutschland und die Organisierung des Materialtransports. So wurden von der Gruppe DAS konspirative Grenzüberschreitungen organisiert, Flüchtlinge aus und Propagandamaterial nach Deutschland geschmuggelt. Der von Amsterdam aus organisierte Transport illegaler Schriften wurde im Laufe des Jahres 1935 fast eingestellt, weil der illegale Leiter der FAUD wegen drohender Inhaftierung emigrieren musste und den in Deutschland verbliebenen Genossen nach weiteren Verhaftungen diese Form der illegalen Arbeit als zu gefährlich erschien.[22]
2. Die Herausgabe von Propagandamaterial nach Deutschland. Zu diesem Zweck wurden 1933–1934 in Amsterdam u. a. eine Broschüre mit dem Tarntitel „Eßt deutsche Früchte und ihr bleibt gesund", in dem das 1934er Mai-Programm des NSV in deutscher Übersetzung enthalten war, sowie die Zeitschriften Direkte Aktion und Sturmglocke hergestellt. Zeitschriften, die sich nicht zuletzt mit dem Versagen der deutschen Arbeiterbewegung in bezug auf Hitlers unaufhaltsamen

FAUD-Büro in Berlin



Aufstieg und die fast reibungslose Machtübergabe an die Nazis befaßten. Dieses Versagen wurde zum einen einer fehlenden Stärke durch fehlende Einheit, insbesondere durch die Machtbestrebungen kommunistischer und sozialdemokratischer Führungscliquen, zum anderen einer autoritären Disposition der deutschen Arbeiterbewegung zugeschrieben. Eine Autoritätsgläubigkeit, die sich offen in der Politik der SPD und KPD manifestiert habe: im Zentralismus und in den hierarchischen Organisationsstrukturen der SPD und KPD, ferner in der Bejahung des Staatswesens und der Festschreibung auf den Parlamentarismus, außerdem in der bei der KPD-Führung observierten Tendenz, sich weniger an den Interessen des deutschen Proletariats als an den Wünschen Moskaus zu orientieren, und – last but not least – in der „verräterischen Haltung" der SPD, die, da wo die Arbeiterschaft sich gegen den bürgerlichen Staat auflehnte, solche Revolutionierungsansätze, wie etwa 1918–1919 in Berlin und München, notfalls mit Hilfe der Polizei und des Militärs unterdrücken ließ.[23]

3. Die Herausgabe von entsprechendem Propagandamaterial und einer Zeitung zur Propaganda unter den deutschen Emigranten und Auslandsdeutschen in allen Ländern mit Sektionen der IAA. In diesem Zusammenhang wurde zum einen in Amsterdam in den Jahren 1934–1935 eine „Neue Folge" des bereits vor 1933 erschienenen Theorieorgans des Berliner IAA-Sekretariats, Die Internationale[24], herausgegeben, in der theoretisch-beschauliche Beiträge, größtenteils verfaßt von ehemaligen FAUD-Theoretikern, wie Rudolf Rocker, Helmut Rüdiger, Augustin Souchy, sowie von dem Niederländer Arthur Müller-Lehning, bereitgestellt wurden. Zum anderen wurde von der niederländischen Gruppe DAS einen „Pressedienst" aufrechterhalten. Die DAS bemühte sich, Nachrichten über die Lage in Deutschland und den dortigen anarchosyndikalistischen Widerstand zu verbreiten, teils über die Monatschrift Pressedienst der IAA, teils durch die Weitergabe von Nachrichten an die ausländische anarchistische Presse, wie z. B. die Wochenzeitung De Syndicalist, Organ des NSV. In De Syndicalist sowie in weiteren niederländischen anarchistischen Zeitungen erschienen außerdem im Zeitraum 1933 bis 1937, in dem die Niederlande Hinterland des anarchosyndikalistischen Widerstandes im Rheinland waren und das Amsterdamer IAA-Sekretariat als Anlaufstelle deutscher Flüchtlinge fungierte, öfters Erlebnisberichte und politische Kommentare von anarchosyndikalistischen Emigranten.[25]




Diese Tätigkeiten der Gruppe DAS in den Niederlanden endeten größtenteils, als 1936 der Spanische Bürgerkrieg ausbrach und die meisten Emigranten so schnell wie möglich nach Barcelona, der Hochburg des spanischen Anarchosyndikalismus fuhren, um endlich offensiv gegen den Faschismus kämpfen zu können.[26] So entschlossen sich vier der derzeit sieben in den Niederlanden verbleibenden anarchosyndikalistische Emigranten, als die Nachricht von den Straßenkämpfen in Barcelona am 19./20. Juli 1936 sie in einem Zeltlager der holländischen Arbeiterbewegung erreichte, direkt nach Spanien zu gehen.[27] Der Berliner Paul Brunn blieb zurück, um den Kontakt zu den illegalen Gruppen in Deutschland zu halten, wo der Ausbruch des Spanischen Bürgerkriegs der illegalen Arbeit neuen Auftrieb gegeben hatte.[28] Diese Gruppen sammelten Geld für ihre spanischen Genossen und einige deutsche Anarchosyndikalisten kamen nach Amsterdam, um von dort nach Spanien zu gelangen. Allerdings brachten die verstärkten Aktivitäten die Gestapo auf die Spur der illegalen Strukturen. Der Gestapo gelang es 1937 dadurch, die verbliebenen illegalen Gruppen der FAUD im Rheinland, Sachsen, Thüringen und Berlin definitiv zu zerschlagen.

Aber nicht nur in Deutschland sondern auch in Spanien wurde der politische Spielraum für die deutschen Anarchosyndikalisten enger. Im Verlauf des Bürgerkriegs verloren die spanischen Anarchisten immer mehr an politischem Einfluß. Besonders die ausländischen Anarchosyndikalisten waren von der stalinistischen Repression betroffen. Mit besonderem Nachdruck wurden die Mitglieder und Sympathisanten der DAS von deutschen Kommunisten in Spanien verfolgt.[29] Einige saßen bis zum Ende des Bürgerkriegs als „trotzkistisch-faschistische Agenten" in spanischen Zuchthäusern und Gefängnissen.

Amsterdam wurde wieder zur Durchgangsstation des deutschen anarchosyndikalistischen Exils, nur diesmal in eine andere Richtung. Einigen gelang durch Hilfe der ITF die Einreise nach Schweden. Die in den Niederlanden verbliebenen Emigranten und Emigrantinnen gerieten nach der Besetzung durch die Nazis in die Hände der Gestapo.[30] In Schweden setzten einige wenige Anarchosyndikalisten in Verbindung mit der ITF den Kampf gegen den Nazismus bis zum Ende des Kriegs fort.

### Rudolf Rockers Nationalismus und Kultur

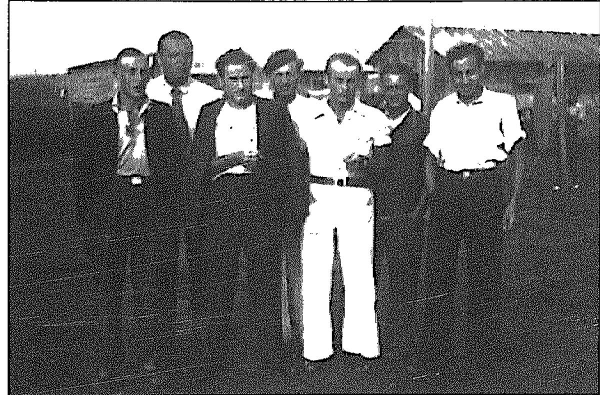
In dieser letzten Phase der deutschen anarchosyndikalistischen Emigration erschien in niederländischer Sprache eine 800-seitige Abhandlung, Nationalismus und Kultur, verfaßt von dem bereits genannten Rudolf Rocker, zwischen den beiden Weltkriegen international einem der wichtigsten Theoretiker des Anarchosyndikalismus,

insbesondere weil er die syndikalisatische Klassenkampftheorie um eine kulturelle Komponente erweiterte. Rockers magnus opus, zweifelsohne eine der bedeutendsten Veröffentlichungen der anarchosyndikalistischen Emigration, wurde 1936 zunächst auf Englisch und Spanisch, 1939 bis 1940 auch auf Niederländisch publiziert. Eine integrale deutsche Ausgabe erschien erst 1949 unter dem Titel „Die Entscheidung des Abendlandes"; Auszüge in deutscher Sprache wurden allerdings bereits 1935 unter dem Titel „Staat und Kultur" in der Internationale vorpubliziert.[31]

Obwohl Rocker 1933 aus Deutschland in die Vereinigten Staaten zog und dort bis zu seinem Tod im Jahre 1958 blieb und er somit in sensu stricto nicht dem niederländischen Exil zuzurechnen ist, verdient Nationalismus und Kultur trotzdem die nötige Beachtung. Zunächst findet man in diesem Buch das anarchosyndikalistische Kulturverständnis zusammenhängend formuliert, während kulturpolitische Überlegungen in Beiträgen anderer Anarchosyndikalisten eher verbröckelt oder implizit enthalten sind.[32] Ferner lebte Rocker zwar in Amerika, konnte dort jedoch nicht frei publizieren, da eine offen anarchistische politische Betätigung die reale Gefahr der Abschiebung aus Amerika mit sich brachte.[33] Die niederländische anarchosyndikalistische Enklave bildete indessen für den in Amerika verbleibenden Rocker quasi eine Hintertür, indem er hier unbehelligt politische Kommentare im IAA-Pressedienst, in der Internationale und De Syndicalist publizieren konnte, während seine Bücher, darunter *Hinter Stacheldraht und Gittern* und *Nationalismus und Kultur*[34], im Amsterdamer Verlag VAU (Vereniging Anarchistische Uitgaven) veröffentlicht wurden. Ein Verlag, in dem auch Bücher anderer deutscher Emigranten, z. B. von Wilhelm Reich und Max Hodann, erschienen.[35] Anzumerken ist hier noch, dass Rocker wegen seiner politischen Tätigkeiten ohne Zweifel Probleme mit der niederländischen Polizei bekommen hätte,[36] dass jedoch die niederländische Gesandtschaft in Berlin für ihn als Treuhänder auftrat, um seine 1933 konfiszierte Bibliothek und Archive zurückzubekommen.[37] Tatsächlich erhielt Rocker auf diesem Weg von den Nazis als unpolitisch eingestufte Teile seiner Bibliothek zurück. Politisches Material, Bücher, Broschüren, Zeitschriften und Manuskripte Rockers wurden dagegen vernichtet.

Das bereits 1933 fast fertigstellte Manuskript von Nationalismus und Kultur blieb aber erhalten; es gehörte zu den wenigen Sachen, die Rocker 1933 auf der Flucht mitgenommen hatte. Kern der in der Tradition anarchistischer Denker des 19. Jahrhunderts geschriebenen Abhandlung ist die Auffassung, dass „Machtpolitik", gemeint ist: Herrschaft, Autorität, als wesentliche historische Kategorie und grundsätzliches Problem kontemporäner Gesellschaft zu verstehen sei. „Der Wille zur Macht, der stets von einzelnen oder von kleinen Minderheiten in der Gesellschaft ausgeht", sei, so Rocker, „überhaupt eine der bedeutsamsten Triebkräfte in der Geschichte, der in seiner Tragweite bisher viel zuwenig beachtet wurde, obwohl er häufig einen entscheidenden Einfluß auf die Gestaltung des gesamten wirtschaftlichen und sozialen Lebens hatte."[38] Da Machtpolitik als einer der bedeutendsten Triebkräfte der Geschichte zugleich als eigentliche Ursache großer gesellschaftlicher Missstände – Unterdrückung, Ausbeutung und Krieg – anzusehen sei, sollte sich folgerichtig jede Bestrebung zur Verwirklichung einer besseren Gesellschaft das Kontern von Machtpolitik zu ihrem Hauptanliegen machen. Roter Faden in Nationalismus und Kultur ist dann auch ein von Rocker in der ganzen okzidentalen Geschichte observierter Antagonismus zwischen autoritärem und anti-autoritärem Denken und Handeln. Dieser Antagonismus habe in mehreren Etappen – Renaissance, Reformation und Aufklärung – auf politischer Ebene zur Bildung moderner Nationalstaate einerseits, jedoch gleichzeitig zur Entwicklung freiheitlicher Gegentendenzen, eines „ursprünglichen", im Gegensatz zur sogenannten Manchester-Schule stehenden, u. a. von Thomas Jefferson repräsentierten Liberalismus sowie eines freiheitlichen, anarchistischen Sozialismus andererseits geführt. Der grundsätzliche Widerstreit herrschaftsfördernder und – auflösender Tendenzen habe sich indessen nicht nur politisch, militärisch oder wirtschaftlich manifestiert, denn Machtpolitik sei, so Rocker, immer auch legitimationsbedürftig gewesen. Ursprünglich habe der christliche Glaube diese Rechtfertigung geliefert, indem er die Existenz eines als höchste Autorität anzuerkennenden Gottes gepredigt habe. Während Religion in dieser Weise bereits das Grundmuster autoritären Denkens geliefert habe, seien jeweilige Herrschereliten darüberhinaus von der Kirche immer wieder, als seien sie „von Gottes Gnaden" mit ihrer Macht ausgestattet, legitimiert worden. Als solche religiöse Argumentationsweisen durch die in der Aufklärung einsetzende Säkularisierung an Kraft einbüßten, sei ihre Funktion, Rocker nach, von der Politik und der politischen Philosophie übernommen worden, indem diese, wie er an Hand des deutschen Idealismus beschreibt, sich zum einen durch „Staatsvergötterung" auszeichneten, zum anderen Herrschaft über ein neues abstractum, „die Nation", „das Volk" begründeten. Der „Nationalitätsdünkel" sei dabei tatsächlich nur „ein Deckmantel [gewesen], hinter dem sich die Sonderinteressen herrschender Minderheiten verbergen" würden.[39] Rocker spricht daher auch von „Nationalpolitik" als religiöser Politik. So heißt es – bezogen auf die Aktualität der dreißiger Jahre –, dass die damalige politische Reaktion sowohl in faschistischem als auch in kommunistischem Gewand, „der blinde Glaube breiter Massen [sei], der auch die schmählichste Vergewaltigung jedes Menschenrechtes bedingungslos gutheißt, solange sie von einer bestimmten Seite begangen wird und alles kritiklos verurteilt, das von

DAS-Gruppe



jener Seite als falsch und ketzerisch verdammt wird. Der Glaube an die politische Unfehlbarkeit der Diktatoren [Hitler wie Stalin] ersetzt heute den Glauben an die religiöse Unfehlbarkeit der katholischen Päpste und führt moralisch zu denselben Ergebnissen."[40]

dessen Gegenkraft zu begreifen und – auf die modernen Nationalstaate bezogen – grundsätzlich nicht nur anational, sondern antinational, wie die kulturelle Blüte in Zeiten fehlender oder zerfallender nationaler politischer Einheit und zentralistischer Staatsgebilde, z. B. in der griechischen Antike oder der italienischen Renaissance, ebenso wie der grenzüberschreitende Charakter moderner und avantgardistischer Kunst und Literatur anzeigen würden. Umgekehrt bilde jedes Machtgefüge, insbesondere der Staat, sei es der frühere Gottesstaat oder seien es dessen neuzeitliche Varianten, der bürgerliche, faschistische oder kommunistische Nationalstaat, eine akulturelle und zugleich antikulturelle Kraft. Dabei dürfte „das eine heute allen nach einer tieferen Erkenntnis strebenden Menschen klargeworden sein: der heutige Großstaat und der moderne Wirtschaftsmonopolismus haben sich zu furchtbaren Geißeln der Menschheit ausgewachsen und führen uns in immer rascherem Tempo einem Zustand entgegen, der ganz offenkundig in die brutalste Barbarei ausmündet".[43] „Kunst und Kultur [aber] stehen über der Nation, über dem Staate. Wie kein wahrer Künstler nur für ein bestimmtes Volk schafft, so läßt sich auch die Kunst als solche nie in das Prokrustesbett der Nation spannen. Sie wird vielmehr als feinste Deuterin des sozialen Lebens am ersten zur Vorbereitung einer höheren gesellschaftlichen Kultur beitragen, die Staat und Nation überwinden wird, um der Menschheit die Pforten einer neuen Gemeinschaft aufzutun, die ihrer Sehnsucht Ziel ist.[44]

Demonstration in Barcelona 1936



So wie aber herrschaftsfördernde Politik immer wieder von herrschaftsauflösender Politik entgegengewirkt worden sei, so habe auch Religion, in offener Form als Christentum und getarnt als Nationalpolitik, ihren Gegenpart gehabt: nämlich die Kultur, die Rocker an Hand des Gegensatzpaares Natur-Kultur in rousseauianischer Weise definiert. Die Begriffsbestimmungen von Naturzustand als „Beherrschung des Menschen seitens seiner Umgebung" und Kulturzustand als „Beherrschung der Umgebung durch den Menschen" miteinander vermischend, versteht Rocker als Wesen von Kultur die Nicht-Beherrschung des Menschens seitens seiner Umgebung. Kultur sei – mit anderen Worten – das freie Handeln und Denken des autonomen Individuums.[41] „Ist aber die Kultur", so führt er aus, in diesem Sinne „nichts anderes als eine stete Überwindung des primitiven Naturgeschehens und der machtpolitischen Bestrebungen innerhalb der Gesellschaft, die den Lebensgang des Menschen beengen und seine schöpferische Betätigung dem äußeren Zwange starrer Formen unterwerfen, dann ist sie ihrem Wesensinhalt nach überall gleich, trotz der stets wachsenden Zahl und der unendlichen Verschiedenheit ihrer besonderen Ausdrucksformen".[42]

Kultur stehe daher nicht nur prinzipiell mit jeder Form von Freiheit einengendem, zentralistischem Machtstreben auf gespanntem Fuß, sondern sei gleichzeitig als

Um die beiden Titel von Rockers Buch miteinander zu verbinden: Die Entscheidung des Abendlandes liege folglich in der Wahl zwischen Nationalismus und Kultur. Da der Nationalismus zur nationalsozialistischen Barbarei geführt habe, sei alles daranzusetzen, Kultur, und darunter versteht Rocker im Grunde genommen höhere Kultur: Literatur, bildende Kunst, Musik, Architektur, zu fördern. Offensichtlich ist hier der Rückgriff auf den bürgerlichen klassisch-romantischen Idealismus. Dieser ist allerdings von seiner Befürwortung von Staatgefügen als gesellschaftlicher Organisationsform und der „Nation" als deren Grundlage entledigt. Rocker strebt außerdem keine bloße „ästhetische Erziehung" an, denn so wie die Kultur, die „wahre Kultur", sich dem Nationalismus entgegenstellt, so habe sich, damit diese Kultur sich überhaupt durchsetzen kann, auch ein freiheitlicher Sozialismus durchzusetzen, wie Rocker in seinem Schlußwort schreibt:

„Befreiung der Wirtschaft vom Kapitalismus! Befreiung der Gesellschaft vom Staate! In diesem Zeichen werden die sozialen Kämpfe einer nahen Zukunft stattfinden [müssen], um einer neuen Ära der Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität [und – könnte man hinzufügen – Kultur] den Weg zu bahnen. (...) Was uns not tut, ist ein neuer humanitärer Sozialismus, der sich von allen Kollektivvorstellungen und vorgefaßten Dogmen befreit hat und den Menschen wieder zum Mittelpunkt alles sozialen Geschehens macht."[45]

Wiederholt wurde in Rezensionen Nationalismus und Kultur als Gegenstück zu Oswald Spenglers Untergang des Abendlandes aufgeführt.[46] Nun kann man hier sagen, dass die Wirkung von Rockers Buch im Vergleich mit Spenglers Bestseller nichtig war. Außerdem, dass Nationalismus und Kultur im deutschen Exil kaum rezipiert wurde, trotz der augenfälligen Nähe von Rockers Kulturverständnis zu der u. a. von Klaus Mann vertretenen Auffassung, dass „die Literatur in Zeiten des vollendeten 'Antihumanismus' eine politische Sendung" besitze und „die Intellektuellen daher die genuinen Feinde des Faschismus" seien,[47] und trotz einer gewissen Verwandtschaft zwischen der Bedeutung, die Rocker, wie auch andere Anarchosyndikalisten, einer autoritären Veranlagung als Grundlage für Faschismusanfälligkeit beimaßen einerseits und die Untersuchungen zur autoritären Persönlichkeit des Instituts für Sozialforschung andererseits. Während Nationalismus und Kultur aber von der deutschen Exilöffentlichkeit kaum wahrgenommen wurde[48], fand es indessen durchaus eine große Leserschaft, allerdings außerhalb

des deutschen Exils: zum einen in amerikanischen und englischen akademischen Kreisen, zum anderen im anarchosyndikalistischen Spektrum.

So wurden von der spanischen Übersetzung in Spanien und Lateinamerika, wo es in den dreißiger Jahren größere anarchosyndikalistische Bewegungen gab, über 100.000 Exemplare verkauft. In der anarchistischen Presse wurde Nationalismus und Kultur von führenden Autoren, wie Augustin Souchy und Alexander Berkman, „als Offenbarung gefeiert (...) und für sie rückte Rudolf Rocker damit endgültig in die Reihe der großen Philosophen des freiheitlichen Sozialismus auf – gleichberechtigt mit Proudhon, Bakunin und Kropotkin".[49] Anläßlich der Veröffentlichung der niederländischen Übersetzung, von welcher der letzte Teil erst im März 1940 erschien, so dass ihre Rezeption in den Niederlanden durch die deutsche Besatzung bereits nach einem Monat unterbunden wurde, hieß es in De Syndicalist, das Buch sei das „meisterhafte Lebenswerk einer unserer größten sozial-anarchistischen Denker", eine „geniale Arbeit (...), eine exzellente wissenschaftliche Grundlage für die Grundsätze und Kampfformen des Sozialanarchismus".[50]

In den Vereinigten Staaten und in England fand Nationalism and Culture, von dem zwei Auflagen erschienen, vor allem in Kreisen von linksliberalen Intellektuellen eine positive Resonanz, wie z. B. aus Briefen und Rezensionen von Lewis Mumford, Bertrand Russell[51] und Herbert Read hervorgeht. In diesem Zusammenhang dürfte Herbert Reads einflußreiches Buch Education through Art (Erziehung durch Kunst), in dem Read die Bedeutung künstlerischer Ausbildung für die moralische Erziehung freier Menschen beschreibt, nicht zuletzt auch von Nationalismus und Kultur mitgeprägt worden sein, da er Rockers Buch, wie eine Besprechung von ihm in T.S. Eliots The Criterion zeigt, eingehend studiert hat.[52] Der Rocker-Biograph Peter Wienand erwähnt darüberhinaus:

„Ein besonderes Echo fand Rockers Manuskript (...) bei jener Schicht amerikanischer Intellektueller, die die alten liberalen Traditionen ihres Landes hochhielten, und die bei Rocker nun in neuer Form Jeffersonsches Gedankengut für die Gegenwart aufbereitet sahen. (...) Insbesondere die um die Zeitschrift 'The Roman Forum' in Los Angeles gescharte Gruppe von Mitarbeitern, die hauptsächlich der Universität von Kalifornien angehörten, bemühten sich, Rocker und sein Werk in akademischen Kreisen publik zu machen. Mit dem Herausgeber Frederick W. Roman, mit Professor Arthur E. Briggs und mit seinem englischen Übersetzer Professor Ray E. Chase verband Rudolf bald eine herzliche persönliche Freundschaft, und wie er 1935 aus Los Angeles (...) schrieb, hielten „Nicht weniger wie vier Professoren hier Vorträge über 'The Philosphy of Rudolf Rocker'". Aber auch an anderen Universitäten wurde „Nationalism and Culture" als ein Standardwerk bei der Diskussion über das Nationalismus-Problem herangezogen, und der als Schriftsteller bekante René Fuelop-Miller, der nun als Professor für Soziologie und Anthropologie am Hunter-College in New York lehrte, schrieb noch 1956, „(...) Rockers 'wunderbares Werk' hätten ihm und seinen Schülern viel gegeben."[53]

Abschließend ist daher die anfangs zitierte Behauptung von Lieselotte Maas, die anarchosyndikalistische Publizistik sei eine Aktivität von Einzelnen für Einzelnen gewesen, insofern zu berichtigen, als diese Publizistik vielleicht nicht so sehr in der deutschen Exilöffentlichkeit, dennoch aber außerhalb des eigenen anarchosyndikalistischen Emigrantenkreises ihre Wirksamkeit zeitigte, nicht zuletzt in der Form von Nationalismus und Kultur. Eine Wirkung, die es ebenso wie das hier nur in seinen Umrissen dargestellte anarchosyndikalistische Exil näher zu erforschen gilt.



Kolonne Durutti

**Anmerkungen**

1 Der deutsche Anarchosyndikalismus verstand die sozialrevolutionäre Gewerkschaft zugleich als radikale Kulturbewegung. Dabei galt als Gradmesser für die Höhe der Kultur nicht „das Vorhandensein einer Fülle von Möglichkeiten", sondern „das Maß und das Verhältnis, in dem alle einzelnen [d. h. autonome Individuen in anarchistischem Sinne] daran teilhaben". Nach diesem Verständnis waren für die Anarchosyndikalisten „Gerechtigkeit, Kultur und Kommunismus gleichbedeutend", Fritz Oerter, Was wollen die Syndikalisten? Berlin 1920, S. 11.

2 Eine Ausnahme bildet: Patrik v. zur Mühlen, Spanien war ihre Hoffnung. Die deutsche Linke im Spanischen Bürgerkrieg 1936 bis 1939. Bonn 1983, S. 74–97.

3 Lieselotte Maas, Handbuch der deutschen Exilpresse 1933–1945, Bd. 4., Die Zeitungen des deutschen Exils 1933 bis 1939 in Einzeldarstellungen. Frankfurt/Main 1992, S. 292f.

4 Schwarz-Rotbuch. Dokumente über den Hitlerimperialismus, hrsg. von der Gruppe DAS. Barcelona 1937. Die Dokumente waren von der Gruppe DAS in Barcelona bei Hausdurchsuchungen im Deutschen Klub, der als lokale NSDAP-Zentrale fungierte, sowie in Wohnungen deutscher Nazis beschlagnahmt worden, vgl. Dieter Nelles, Der „Rote Consul" von Barcelona. Ein Name und dessen Konsequenzen. In: Tatort Duisburg 1933–1945. Widerstand und

Verfolgung im Nationalsozialismus, hrsg. von Rudolf Tappe und Manfred Tietz. Essen 1993, S. 513-520.

5 Sozialistische Warte, Nr. 18 vom 15. Oktober 1937.

6 Vgl. zu Einsteins Engagement in Spanien: Marianne Kröger, Carl Einstein im Spanischen Bürgerkrieg: Gratwanderung zwischen Engagement und Desillusionierung. Die Jahre 1937 und 1938 anhand von Briefen und des Interviews in „La Vangardia" vom 24. Mai 1938. In: Archiv für die Geschichte des Widerstandes und der Arbeit, Nr. 12, Bochum 1992, S. 79-92.

7 Maas, a. a. O., S. 383.

8 Vgl. Ulrich Linse, Organisierter Anarchismus im Deutschen Kaiserreich von 1871. Berlin 1969.

9 Vgl. Rudolf Rocker, Aus den Memoiren eines deutschen Anarchisten. Frankfurt/Main 1974.

10 B. Reyndorp, Voorwoord. In: Rudolf Rocker, Achter prikkeldraad en tralies. Amsterdam 1936.

11 Dieses Selbstverständnis führte auch dazu, dass der Fall Mühsam von deutschen Anarchosyndikalisten nach dessen Ermordung 1934 nicht wie von anderen Exilkreisen als Anlaß aufgegriffen wurde, eine Vereinheitlichung der Opposition gegen die Nazis zu propagieren, sondern Mühsam insbesondere in polemischer Abgrenzung zu angeblichen




kommunistischen Vereinnahmungsversuchen als Anarchist (und anarchistischer Bolschewismus-Kritiker) gewürdigt wurde, vgl. Hubert van den Berg, Die Ermordung Erich Mühsams. Stellungnahmen und Diskussionen deutscher Emigranten 1933–1935. In: Exilforschung. Ein internationales Jahrbuch, Bd. 12, Exil und Innere Emigration, zu erscheinen 1994.

12 Zu dieser Gruppe des deutschen Widerstandes vgl. Hermann Knüfken, Über den Widerstand der Internationalen Transportarbeiter Föderation gegen den Nationalsozialismus und Vorschläge zum Wiederaufbau der Gewerkschaften in Deutschland - zwei Dokumente 1944/45, eingeleitet von Dieter Nelles. In: 1999. Zeitschrift für Sozialgeschichte des 20. und 21. Jhrts, Jg. 7 (1992), H.3, S. 64–87.

13 Vgl. Thomas Mann, Briefe 1889-1936. Frankfurt/Main 1961, S. 420; Thomas Mann, Tagebuch 1935-1936. Frankfurt/Main 1978, S. 341ff.

14 Während die Syndikalisten bis zum Ersten Weltkrieg in Deutschland ein Schattendasein am Rande der Arbeiterbewegung führten, errangen sie in den proletarischen Massenbewegungen der Jahre 1918–1923 eine gewisse Bedeutung. So vereinigte die FAUD auf ihrem Höchststand im Jahre 1921 circa 150.000 Mitglieder. Nach 1923 ging die Mitgliederzahl jedoch kontinuierlich zurück und im Jahre 1932 gehörten ihr nur noch 4300 Mitglieder an. Aber die FAUD blieb bis 1933 eine kleine, in die gesellschaftlichen Auseinandersetzungen eingreifende Organisation am linken Rand der Arbeiterbewegung, deren Mitglieder sich sehr stark mit den Zielen des freiheitlichen Sozialismus identifizierten. Vgl. zum deutschen Anarchosyndikalismus: Hans Manfred Bock, Syndikalismus und Linkskommunismus von 1918 bis 1923. Ein Beitrag zur Sozial- und Ideengeschichte der frühen Weimarer Republik. Darmstadt 1993; Ulrich Klan/Dieter Nelles, `Es lebt noch eine Flamme'. Rheinische Anarcho-Syndikalist/-innen in der Weimarer Reublik und im Faschismus. Grafenau 1986.

15 Vgl. Wolfgang Haug, „Eine Flamme erlischt". Die Freie Arbeiter-Union Deutschlands (Anarchosyndikalisten) von 1932 bis 1937. In: IWK, Jg. 25 (1989), H. 3, S. 359-378.

16 Vgl. Volkert Bultsma/Evert van der Tuin, Het Nederlandsch Syndicalistisch Vakverbond 1923-1940. Amsterdam 1980, S. 93ff.

17 Vgl. Brief von Georg Hahn (Groningen) an Albert Jensen vom 14. November 1936, in: Arbetarrörelsens Arkiv, Stockholm, Bestand Sveriges Arbetares Centralorganisation (SAC), F I, Vol. 1.

18 Vgl. z. B. B. Meijer, FIS. „Nederland". In: De Syndicalist, Jg. 11 (1933), Nr 7; G. Haan, FIS. Nederland. In: De Syndicalist, Jg. 13 (1936), Nr. 52.

19 Brief von Fritz Benner an Albert de Jong vom 9. Juli 1950, in: Archiv Albert de Jong im Privatbesitz von Rudolf de Jong, Haarlem.

20 Brief von Fritz Benner an Albert de Jong, 18. Januar 1946, in: Archiv Albert de Jong im Privatbesitz von Rudolf de Jong, Haarlem.

21 Vgl. Bericht des Sekretariats der IAA über die Beziehungen der deutschen Sektion (April 1933 – Mai 1934), Madrid, 5. März 1934, in: Internationaal Instituut voor Sociale Geschiedenis (IISG), Amsterdam, Archiv IWMA, Nr. 34.

22 Vgl. das Gestapo-Vernehmungsprotokoll von Paul Brunn, Amsterdam, 19. Mai 1941, in: Bundesarchiv, Zwischenarchiv Dahlwitz-Hoppegarten, Bestand Z/C 6993.

23 Trotz dieser fundamentalen Kritik, die in Verbindung mit dem Selbstverständnis deutscher Anarchosyndikalisten als Repräsentanten einer anarchosyndikalistischen Internationale dazu führte, dass eine Teilnahme an irgendwelcher Form deutscher antifaschistischer organisatorischer Einheit mit der (Exil-)SPD und (Exil-)KPD abgelehnt wurde, arbeiteten Anarchosyndikalisten dennoch punktuell mit Vertretern dieser Parteien zusammen.

24 Die Internationale wurde in Deutschland mit dem Tarntitel Deutschtum im Ausland. Blätter zur Pflege deutscher Art. Herausgegeben vom Verband deutscher Schulen im Ausland verbreitet.

25 So z. B. ein anonymer Bericht des aus dem KZ Oranienburg entkommenen FAUD-Mitglieds Fritz Benners über Erich Mühsams Schicksal: Reportage van bruin sadisme. In: De Syndicalist, Jg. 12 (1934), Nr. 6; vgl. auch: Uit de klauwen, a. a. O.

26 So bediente De Syndicalist sich in der Folgezeit, nachdem der „Pressedienst" der DAS zum Erliegen gekommen war, vor allem von Informationen aus Faschismus, Organ der ITF, um die Berichterstattung über Deutschland fortzusetzen.

27 Fritz Benner (Wuppertal), Helmut Kirschey (Wuppertal), Karl Löshaus (Köln) und Karl Sieveck (Berlin) gingen Ende Juli 1936 nach Spanien.

28 Neben Brunn hielten sich zu diesem Zeitpunkt noch Georg Ackermann (Kassel) und Erna Sauerbrey (Leipzig) in den Niederlanden auf.

29 So wurde der aus den Niederlanden abgeschobene Gustl Doster (vgl. Anm. 36) als „Gestapo-Agent" in mehreren kommunistischen „Tscheka-Gefängnissen" festgehalten, vgl. Doster in Spanje gevangen. In: De Syndicalist, Jg. 15 (1937), Nr. 22.

30 Georg Ackermann (Kassel), Paul Brunn (Berlin), Paul Helberg (Düsseldorf), Erna Paul (Kassel) und Erna Sauerbrey (Leipzig).

31 Rudolf Rocker, Staat und Kultur. In: Die Internationale, Neue Folge 1 (2/3), S. 34-44.

32 Z. B. in den Nachrufen auf Erich Mühsam, vgl. die Sonderausgabe zu Erich Mühsams Ermordung des Pressedienstes der IAA, Nr. 181, August 1934; sowie: Helmut Rüdiger, Het Duitsche fascisme. "Und es soll am deutschen Wesen / Noch einmal die Welt genesen..." In: De Syndicalist, Jg. 11 (1933), Nr. 5.

33 Ausnahmen bildeten in diesem Zusammenhang Nationalismus und Kultur, dessen Thesen von Rocker zunächst in Vorträgen referiert wurden und durch die Gewichtung liberal-aufklärerischer Denktraditionen (etwa Thomas Jeffersons) großen Anklang fanden in liberalen akademischen Kreisen in den Vereinigten Staaten, die auch die englische Erstveröffentlichung bewirkten, sowie die Beteiligung an der in New York von dem Deutsch-Amerikaner Robert Bek-Gran herausgegebenen Zeitschrift Gegen den Strom, vgl. Michael Rohrwas-

ser, Der Stalinismus und die Renegaten, Stuttgart 1991, S. 240.

34 Rudolf Rocker, Nationalisme en cultuur. Amsterdam 1939/1940.

35 Max Hodann, Raad in sexuele nood. Brieven uit de praktijk. Amsterdam 1936; Wilhelm Reich, Sexualiteit en nieuwe cultuur. Amsterdam 1939.

36 So wurde der bereits zweieinhalb Jahren in Amsterdam wohnhaften, anarchosyndikalistische Emigrant Gustl Doster (Darmstadt) am 26. Juni 1936, von der Amsterdamer Polizei verhaftet, nachdem die Gestapo die niederländischen Autoritäten mitgeteilt hatte, dass er sich noch immer politisch betätigen würde. Ein Versuch, ihn gleich am selben Tag „freiwillig" nach Belgien abzuschieben, scheiterte, weil er nicht einwilligte. Nach einem Hungerstreik gegen seine Abschiebung, den er selber abbrach, wurde er schließlich doch nach Belgien abgeschoben, von wo er anschließend nach Spanien weiterfuhr. Vgl. Duits syndicalist gearresteerd. In: De Syndicalist Jg. 13 (1936), Nr. 52; Voor asylrecht in Nederland. Aan de Nederlandse Arbeidersklasse. In: De Syndicalist, Jg. 14 (1936), Nr. 1; Albert de Jong, Doster in hongerstaking! Op voor asylrecht. In: De Syndicalist, Jg. 14 (1936), Nr. 2; Albert de Jong, Doster noch steeds in hechtenis. Hij heeft de hongerstaking opgegeven. In: De Syndicalist, Jg. 14 (1936), Nr. 3; Albert de Jong, Doster is nog niet vrij!! In: De Syndicalist, Jg. 14 (1936), Nr. 4; Kam. G. Doster. In: De Syndicalist, Jg. 14 (1936), Nr. 5.

37 Vgl. Briefwechsel in: Bundesarchiv, Koblenz, R 58, Nr. 764.

38 Rudolf Rocker, Die Entscheidung des Abendlandes. Hamburg 1947, Bd. 1, S. 23.

39 Peter Wienand, Der „geborene" Rebell. Rudolf Rocker. Leben und Werk. Berlin 1981, S. 369.

40 Rocker, a. a. O., Bd. 2, S. 724.

41 Ebd., Bd. 2, S. 463.

42 Ebd., S. 467.

43 Ebd., S. 712.

44 Ebd., S. 705.

45 Ebd., S. 731.

46 Vgl. B. Reyndorp, Een leerboek der vrijheid. In: De Syndicalist, Jg. 17 (1939), Nr. 3; Herbert Read, Review of Two Rocker Books. In: Testimonial to Rudolf Rocker, 1873-1943. Los Angeles 1944, S. 16f, ursprünglich erschienen in: The Criterion. A Quarterly Review, Vol XVII, Nr. LXIX, Juli 1938, S. 768f; Wienand, a. a. O., S. 372f.

47 Günther Heeg, Die Wendung der Geschichte. Konstitutionsprobleme antifaschistischer Literatur im Exil. Stuttgart 1977, S. 14.

48 Ausnahmen bildeten Thomas Mann und – wenn man ihn noch zum Exil zählen kann – Albert Einstein. In Briefen bekundeten die Bedeutung des Buches, vgl Testimonial, a. a. O., S. 43f.

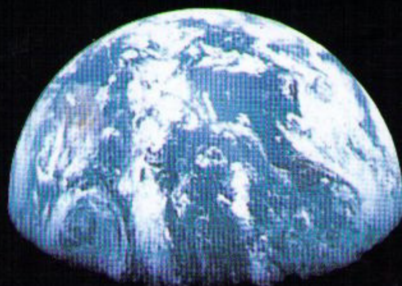
49 Wienand, a. a. O., S. 371.

50 Reyndorp, a. a. O.; vgl. auch B. Reyndorp, De betekenis van Rudolf Rockers levenswerk. In: De Syndicalist, Jg. 17 (1940), Nr. 37 und Nr. 39. Die Bedeutung, die Nationalismus und Kultur beigemessen wurde, wird auch indiziert durch die Veröffentlichung in De Syndicalist 1938/39 von einer Artikelreihe von Rocker, De weg naar de afgrond, in der er die Thesen von Nationalismus und Kultur zusammenfaßte, und die wegen ihrer 'hervorragenden Qualität' zur politischen Bildung und zur gemeinsamen Lektüre in den lokalen NSV-Gruppen empfohlen wurde, vgl. Rocker over reactie en fascisme. In: De Syndicalist, Jg. 16 (1938), Nr. 27.

51 Vgl. Testimonial, a. a. O.

52 Vgl. Read, a. a. O.

53 Wienand, a. a. O., S. 372.



Wir sind im Juni
wieder zurück!